

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 5 / 18. Jahrgang

6. März 1997

G 7756 D Preis 2,00 DM

Castor- Transport: „Mehrfach- störung“

Zahlreiche Proteste

Die Proteste gegen den Castor-Transport hielten bei Redaktionsschluß an. Hier ein Bericht von Dienstag morgen.

Am Freitag, 28. Februar, rollten drei Castoren mit je 19 abgebrannten Brennstäben über eine fragwürdig tragfähige Neckarbrücke vom AKW Neckarwestheim nach Walheim, hier kam einer aus Grundremmingen und zwei aus La Hague hinzu. Der Sechserpack setzte sich per Bahn ins Wendland in Bewegung.

An vielen Orten – so Fulda, Erfurt, Günzburg, Hannover, Hamburg, Göttingen und schließlich in Lüneburg mit ca. 15.000 Beteiligten – hatte es vorbereitende Demonstrationen und Veranstaltungen gegeben. Auch Anschläge auf Banken, Kundenzentren und Bahneinrichtungen werden gemeldet: aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg, Hessen, Berlin und Dessau. Als Beweise dienen stets in der Nähe gefundene Anti-Castor-Parolen und Flugblätter oder z.B. eine im ICE nach Göttingen entdeckte Werbebrochure „Kundeninformation Strahlenschutz“, die die Reisenden über die unzulänglichen Sicherheitsvorkehrungen bei Atommülltransporten der Bahn AG informiert. Es erfolgen Hausdurchsuchungen und Festnahmen, so in Göttingen und bei Robin Wood in Berlin.

Im Wendland liefen die Vorbereitungen für den Einsatz von 30.000 Polizisten und Bundesgrenzschützern auf Hochtouren. Anders als bei den letzten beiden Castor-Transporten durften auch die „ganz Jungen“ und Frauen als Begleitschutz eingesetzt werden. Die Tätigkeit wird aber vorsorglich in der Personalakte vermerkt – um Mehrfach-Einsatz-Bestrahlung zu vermeiden.

Die Bezirksregierung in Lüneburg erließ für den Landkreis das übliche Versammlungsverbot und untersagte, daß man sich den Straßen und Schienen des Transportweges mehr als 50 Meter zur Rechten und Linken nähert. Empört reagierten darauf die Kommunen, und Landrat Zühlke erklärte, daß der Kreis der einmarschierenden Polizei keine öffentliche Gebäude zur Verfügung stellen werde. Der Wasserverband Dannenberg-Hitzacker verweigerte den Beamten das Wasser für die Wasserwerfer. Als das Oberverwaltungsgericht Lüneburg in einem Eilverfahren zwangsweise fünf



Etwa 12.000 Menschen protestierten am vergangenen Samstag in München gegen den am gleichen Tag stattfindenden Aufmarsch von Faschisten gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Der Marienplatz, auf dem die Nazis ihre Schlusskundgebung hatten durchführen wollen, war so voll von Gegendemonstrant/innen, daß die Nazis nicht auf den Platz konnten. Ausführlicher Bericht S. 8.



Sporthallen in Hitzacker und Dannenberg einforderte, gab es kurzentschlossen durch 150 Eltern, SchülerInnen und zwei Lehrer eine mehrtägige Besetzung.

Die Gemeinderäte von Woltersdorf, Trebel, Luckau und weitere Kommunalparlamente, die „an der Strecke“ liegen, haben sich – meist einstimmig – gegen den Transport ausgesprochen. Ebenso 135 Bank- und Sparkassenangehörige. Die „Bäuerliche Notgemeinschaft“ fand sich am Samstag, 1. März, bei der Demonstration und Kundgebung in Lüneburg mit 50 Treckern ein, am Sonntag, 2. März, bei einer „Stunkparade“, waren es bereits 500, und am selben Abend wurden 80 Traktoren ein-

fach auf der Straße in Richtung Verladebahnhof Dannenberg quergestellt. Am Tag darauf – Montag, 3. März – war die Straße von 4 x 10 m breiten Löchern so unterhöhlt, daß hier ein 420 m langer Treck mit sechs je 120 t wiegenden Castoren kaum noch fahren dürfte.

Das Gelände um den Verladebahnhof ist weiträumig abgesperrt und wird von tausenden von Polizisten und BGSlern bewacht. Zehntausende leisten im Landkreis Widerstand, dafür wurden allein 10 Camps eingerichtet. 3.000 Menschen haben sich rund um den Dannenberger Ostbahnhof zur Sitzblockade zusammengefunden. Aber es sind vor allem die kleinen Gruppen und einzelne

AKW-Gegner, die ständig von den Polizeieinheiten „abgeräumt“ oder von den Gleisen „abgekettet“ werden müssen. Der Castor erreichte sein Ziel erst mit 8 Stunden Verspätung. Offensichtlich haben sich alle auf eine gut funktionierende Kleingruppentaktik mit „Mehrfachstörung“ eingerichtet, wie es die Vor-Ort-Berichterstattung bei N3 analysiert. Ihr Versuch, in den Interviews immer wieder zum Abschwören gegen Gewalttäter zu bewegen und die „Friedlichen aus dem Landkreis“ gegen die „autonomen Chaoten von außerhalb“ auszuspielen, wirkt eher hilflos. Es läßt sich keiner finden, der nicht gegen den Castor-Transport wäre. (E. Lechner)

Hessenwahl: Rote Karte für Kohl? Linke Bündnispolitik war erfolgreich

„Geben Sie Bonn die Quittung“! Diese und ähnliche Losungen standen zum Schluß im Zentrum des hessischen Kommunalwahlkampfes von SPD, Bündnis 90/Grüne und den Offenen Listen der PDS. Im Wahlergebnis drückte sich der Widerstand gegen die Kohl-Regierung und rechte Politik leider nicht deutlich aus.

Die Ergebnisse waren für die Parteien von Ort zu Ort zum Teil sehr unterschiedlich. Die Wahlbeteiligung ging weiter zurück auf 66% (1993: 71,3%), wobei die Beteiligung der erstmals wahlberechtigten EU-Bürger noch deutlich darunter lag. Die Sozialdemokraten konnten im Landesdurchschnitt ihre massiven Verluste von 1993 nicht ausgleichen und gewannen nur 1,6 Prozentpunkte dazu (38%). Die Grünen erzielten mit 11% dasselbe Ergebnis wie vor vier Jahren. Die CDU konnte ihren Stimmenanteil sogar um einen Prozentpunkt auf 33% steigern. Immerhin ist die FDP aus vielen Kommunalparlamenten, in denen sie bis jetzt vertreten war, abgewählt worden. Rechte und faschistische Parteien, vor allem Reps und NPD, haben zwar zum Teil deutlich verloren. Sie sind aber in fast allen Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen, in

die sie 1993 hineingewählt wurden, wieder vertreten. Sie kandidierten fast „flächendeckend“ und erhielten im Landesdurchschnitt 6,6% der Stimmen (1993: 8,3%). Abgewählt wurden sie nur in Kassel und in zwei Landkreisen.

Die Ergebnisse für die linken Wahlbündnisse und Oppositionslisten sind nicht schlecht. Die Offenen Listen der PDS erzielten zwischen 0,9% und 2,3%. Die linken Wahlbündnisse, die häufig unter Beteiligung der DKP gegründet wurden und schon länger existieren, konnten ihre Ergebnisse im wesentlichen halten und zum Teil auch verbessern. Von besonderer Bedeutung ist hier Marburg, wo die PDS und die „Marburger Linke“ ein Bündnis eingingen, das zu einem Stimmenanteil von 6,2% und fünf Mandaten führte.

Einige weitere Ergebnisse (in Klammern jeweils der Stimmenanteil 1993): Linke Bürger Liste Gersfeld: 12,5% (11,6%), Alternative Liste Hessisch-Lichtenau: 11,3% (10,6%), Demokratisches Bündnis, Wächtersbach-Wittgenborn: 16,8% (23,3%), Offene Liste der DKP Mörfelden-Walldorf: 10,2% (10,3%), DKP Reinheim: 8% (9%). In Langenselbold erhielt eine Liste der Grünen, die hier erstmals antrat und auf

der auch Mitglieder der DKP kandidierten 13,2%. Die DKP erreichte hier 1993 8,8%.

Die Offenen Listen der PDS, die als solche sämtlich erstmalig kandidierten, erzielten folgende Ergebnisse: Frankfurt: 1,6%, Kassel: 1,4%, Gießen: 1,7%, Fulda: 1,2%, Bad Homburg: 0,9%, Offenbach: 2,3%. In Offenbach hatte die PDS 1993 das Wahlbündnis „Niemand“ unterstützt, das damals 2,6% erreichte.

In Frankfurt war die Kampagne des Bürgerblocks für den Wiedereinzug der FDP in den Römer erfolgreich. CDU und FDP erreichten zwar zusammen nur einen Stimmenanteil von 41,9%. Die Mehrheit von rotgrün ist jedoch dahin. Die Fraktion der Reps kann jetzt als „Zünglein an der Waage“ wirken. Im Ergebnis wird es einen „Allparteien-Magistrat“ ohne Opposition geben. Die Offene Liste der PDS (1,6%) erhielt 4.037 Stimmen, das sind rund 2.500 Stimmen weniger als bei den Bundestagswahlen, aber etwa 800 mehr als das 1993 kandidierende Bündnis der PDS mit der Ökologischen Linken. Das von der DKP unterstützte Internationale Linke Bündnis erhielt 784 Stimmen (0,3%). Ortsratsmandate konnte weder die PDS noch das „Bündnis“ erzielen. (ola)

AKTUELL IN BONN

41,1 Millionen DM für die „Kommando Spezialkräfte“

Für den Aufbau des „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr stehen bisher 41,1 Millionen DM zur Verfügung. Das hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen mitgeteilt. Das KSK, eine Art militärische GSG-9, soll „Schlüsselinformationen“ in Krisen- und Konfliktgebieten weltweit ermitteln, also wohl ausspionieren, um dann auf Befehl der Regierung Personen „aus terroristischer Bedrohung und Evakuierung (außerhalb Deutschlands)“ zu retten. Weitere Aufgaben der Militärformation seien die Abwehr terroristischer Bedrohungen und der Kampf „gegen subversive Kräfte sowie verdeckte Operationen im Aufgabenbereich der Streitkräfte“. Eine weltweit einsetzbare militärische Eingreiftruppe also. Die BRD auf dem Weg zum Weltgendarmerie. Bis zum Jahr 2001 soll die Einheit einsatzbereit sein.

Staatsknete für private Dienstboten?

Auf Antrag der SPD soll der Arbeits- und Sozialausschuss des Bundestags demnächst eine öffentliche Anhörung über die Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten durchführen. Die SPD will sogenannte „Dienstleistungsagenturen“ schaffen, die bis zu 40 Prozent ihrer Kosten aus Staatsmitteln erhalten und Kräfte für private Dienste (Kindermädchen, Pflegerkräfte für alte Leute, Putzfrau usw.) an private Haushalte vermitteln. Diese Kräfte, so die SPD, sollen auf diese Weise alle sozialversichert werden. Die SPD meint, wenn es gelänge, nur ein Viertel der durch solche Agenturen vermittelten Personen aus dem Kreis der bisher arbeitslos gemeldeten Personen zu gewinnen, reiche das für die öffentlichen Haushalte. Union und FDP lehnen den SPD-Antrag ab, die Grünen finden ihn „ausgesprochen interessant“. Auch die PDS stimmte dem SPD-Antrag zu.

Grüne: Aufklärung über „radikal“-Ermittlungen

Umfassende Aufklärung über die Ermittlungsmaßnahmen deutscher Behörden in den Niederlanden gegen die Zeitschrift „radikal“ wollen die Grünen im Bundestag. In einer kleinen Anfrage (Bundestags-Drucksache Nr. 13/6936) verlangen sie präzise Informationen über eine Durchsuchung der Wohnung eines spanischen Staatsbürgers im niederländischen Vaals, bei der Kriminalbeamte aus der BRD beteiligt waren. Auch wünschen sie Auskunft über die Aktivitäten des Generalbundesanwalts gegen einen Internet-Zugang zu Inhalten der in den Niederlanden nicht verbotenen Zeitschrift. Schließlich wollen sie Auskunft über die Rechtsgrundlagen der Ermittlungen des GBA in den Niederlanden und eine Bilanz der nun zehnjährigen Verfolgung der Zeitschrift durch die Bundesanwaltschaft.

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes?

Der Bundesrat verlangt eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes. Die „Privilegierung“ von Aussiedlern aus den Republiken der früheren Sowjetunion und den baltischen Staaten gegenüber anderen „Spätaussiedlern“ soll wegfallen, fordert die rot-grüne

Bundesratsmehrheit (Bundestags-Drucksache 13/6915). Bisher wird bei Aussiedlern aus der früheren Sowjetunion eine quasi „Gruppenverfolgung“ wegen ihrer angeblichen deutschen Volkszugehörigkeit angenommen, so daß diese Spätaussiedler im Unterschied zu Aussiedlern aus anderen Staaten Osteuropas keine präzisen Angaben über ihre „Verfolgung“ in der Sowjetunion und über ihre „deutsche Volkszugehörigkeit“ machen müssen. Das wollen SPD und Grüne aber künftig verlangen. Die Regierung lehnt den Bundesratsantrag ab. Das Bundesvertriebenengesetz sei erst vor wenigen Jahren „in einem breiten politischen Konsens neu geordnet worden“, kritisiert sie den Antrag des Bundesrats.

Die Maut kommt – immer öfter

Mit neuen Finanzierungsprogrammen hat Bundesverkehrsminister Wissmann auf die Forderungen aus der Bauwirtschaft nach mehr staatlichen Aufträgen reagiert. Die Baufirmen behaupten, mit staatlichen Investitionen (Autobahnen u.ä.) könnten pro 1 Milliarde DM Aufträge jeweils 125.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Verkehrsminister Wissmann bot daraufhin für 17 Verkehrsprojekte über insgesamt 6,8 Milliarden DM jeweils 20% „Anschubfinanzierung“ durch den Bund an (= ca. 1,4 Milliarden DM), der Rest solle privat finanziert und durch staatlich kontrollierte und begrenzte Mautgebühren von ca. 3,50 DM je Fahrt von den Autofahrern wieder hereingeholt werden. Die meisten dieser Projekte sind Brücken und / oder Tunnel, so daß relativ leicht Mautstellen eingerichtet werden könnten. Mit Ausnahme eines Tunnels in Lübeck unter der Trave sind alle anderen Projekte erst im Planungsstadium, so daß ihr Bau frühestens im Jahr 2000 beginnen kann. Die Baufirmen verlangen vom Minister die (Vor-)Finanzierung von erheblich mehr Projekten und höhere staatliche Anteile.

Was kommt demnächst?

Am 13. März berät der Bundestag unter anderem über Gesetzentwürfe von Regierung und Oppositionsparteien zur schärferen Bestrafung von Sexualdelikten und zum Zeugenschutz sowie über ein Gesetzentwurf der PDS zur Änderung des Strafrechts (Reform der Sicherungsverwahrung). Daran anschließend folgt eine Beratung über eine große Anfrage der SPD zur „Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung“ (Bundestags-Drucksachen Nr. 13/2406 und 13/3885). Am nachmittag steht dann Kanthers Verordnung über die Einführung einer Visumpflicht für Jugendliche aus früheren Anwerbeländern der Tagesordnung, die Abgeordnete Duve (SPD) und Schwarz-Schilling (CDU) wünschen die „Förderung unabhängiger Medien in Bosnien-Herzegowina“, außerdem stehen der Entwurf eines Gentechnikgesetzes, die Beibehaltung der Buchpreisbindung und die (Rück-)Verlegung des Postverkehrs auf die Schiene (PDS-Antrag) auf der Tagesordnung des Parlaments. Am 14. März stehen Beratungen zum Tierschutz und zur Sicherung von Kuren bzw. Kureinrichtungen auf der Tagesordnung des Bundestags. Am 19. März berät die CDU auf einem „kleinen Parteitag“ über ihren weiteren Kurs in der Renten- und Steuerpolitik.

Internationale Beobachtung des Prozesses gegen B. Ramos Vega**Schluß mit der Folter an politischen Gefangenen in Spanien!**

Im Frühjahr 1997 wird vor dem höchsten spanischen Gericht der Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega beginnen. Benjamin Ramos Vega kommt aus der katalanischen Hauptstadt Barcelona. Ihm wird vorgeworfen, für die bewaffnete baskische Organisation ETA dort eine Wohnung angemietet zu haben: „Unterstützung einer bewaffneten Bande“, Strafmaß sechs bis zwölf Jahre. Vorwürfe, die allein auf durch Folter erpressten Aussagen eines anderen Gefangenen beruhen. Benjamin saß 16 Monate in Berlin in Auslieferungshaft.

Benjamin ist einer von 546 baskischen politischen Gefangenen, die sich derzeit in spanischen und auch französischen Gefängnissen befinden; einige von ihnen sind zu Haftstrafen von mehreren hundert Jahren verurteilt. Fast 2000 Menschen werden jährlich aufgrund des Konfliktes zwischen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung und dem spanischen Staat mit ähnlichen oder gleichlautenden Beschuldigungen wie Benjamin Ramos Vega festgenommen, ein großer Teil von ihnen gefoltert und viele zu Haftstrafen verurteilt.

Für den anstehenden Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega wollen wir eine internationale Prozeßbeobachtung organisieren. Wir wollen durch die Präsenz einer internationalen Kommission verhindern,

- daß ein Prozeß mit Beweisen geführt wird, die durch Folter zustande gekommen sind
- und daß Folterer ungestört als Zeugen der Anklage im Prozeß auftreten dürfen.
- Folter darf nicht belohnt und in der BRD wieder offen hoffähig gemacht werden!
- Wir protestieren gegen die deutsche Praxis der Zusammenarbeit mit Folterstaaten, gegen die Leugnung von Menschenrechtsverletzungen aus politischen Interessen und gegen die Legitimierung von Folter durch die BRD durch das Bundesverfassungsgericht! (...)

Der Prozeß

Die Untersuchungshaft kann in Spanien bei politischen Verfahren bis zu vier Jahren dauern. Vermutlich wird der Prozeß im Frühjahr 1997 vor der Audiencia Nacional in Madrid beginnen. Dieses höchste spanische Gericht ist ein Sondergericht für politische Strafverfahren. Diese Funktion hatte es auch schon während der Franco-Diktatur, allerdings unter der Bezeichnung „Tribunal

de Orden Superior“ („Tribunal höchster Rangordnung“). Anders als bei Prozessen in der BRD gegen vermeintliche RAF-Mitglieder ist die Prozeßdauer in Spanien in der Regel sehr kurz, bei Benjamin wahrscheinlich etwa eine Woche. Benjamin Ramos Vega wird „Unterstützung einer bewaffneten Bande“, „Lagerung von Kriegswaffen“ und „Sprengstoffbesitz“ vorgeworfen. Die Höchststrafe beträgt hierfür 32 Jahre.

Die Prozeßbeobachtung

Mit einer Prozeßbeobachtung 1995 konnte in einem Verfahren gegen elf angebliche ETA-Mitglieder erreicht werden, daß die Folterungen an Angeklagten und Zeugnissen vom spanischen Nationalen Gerichtshof anerkannt wurden, und es wurde verhindert, daß Mitglieder der Guardia Civil, die selber der Folter angeklagt waren, als Zeugen im Prozeß zugelassen wurden.

Mindestens zehn bereits feststehende BeobachterInnen aus der BRD werden für die Dauer einer Woche am Prozeß in Madrid teilnehmen: Persönlichkeiten, die ein berufliches, persönliches oder/und politisches Interesse gezeigt haben: JuristInnen, ProfessorInnen, ehemalige SpanienkämpferInnen, Abgeordnete, ÄrztInnen, JournalistInnen, MitarbeiterInnen von Menschenrechtsorganisationen.

Wir werden während des Prozesses öffentliche Veranstaltungen, Pressekonferenzen sowie Zusammenkünfte mit Mitgliedern spanischer, katalanischer und baskischer Menschenrechtsorganisationen organisieren und versuchen, einen Besuch der Delegation bei Benjamin im Gefängnis zu erreichen. Bei der Organisation der internationalen Prozeßbeobachtungskommission arbeiten wir mit der baskischen Gefangenenhilfsorganisation „Gestoras pro amnistia“ zusammen.

Darüber hinaus wollen wir im Zusammenhang mit der Prozeßbeobachtung die Legitimierung und Verrechtlichung von Folter in der BRD, die europaweite Auslieferungspolitik und die Situation politischer Gefangener hier zum Thema machen.

Ganz dringend: wir brauchen Geld!

Spenden erbeten auf das Sonderkonto M. Wegner, Ktonr.: 771781-104, Postbank Berlin, BLZ 10010010

gez. Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin, Tel/Fax 030 - 2518539

Landesregierung stoppt Geld für „Haus Oberschlesien“

Das zuständige nordrhein-westfälische Sozialministerium hat die Zahlung der Zuschüsse des Landes an die Stiftung „Haus Oberschlesien“ in Ratingen-Hösel „bis auf weiteres“ gestoppt. Landessozialminister Horstmann will prüfen, ob das Land NRW seine Mitwirkung in der Stiftung und die Zuwendungen an die Stiftung nicht ganz einstellen will. Horstmann begründete seinen Schritt allerdings nicht mit der von Antifaschisten seit langem geübten Kritik an der revanchistischen Landsmannschaft der Oberschlesier, die die Mitglieder der Stiftung beruft. Vielmehr hat der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht über die Verwendung der Zuwendungen des Bundesinnenministeriums erhebliche Mängel festgestellt. Der Bundesrechnungshof hält die Organisati-

on der Stiftung für mangelhaft und die Verwaltungstätigkeiten für ungeordnet, die kassenmäßige Abwicklung entspricht nicht den Grundsätzen einer ordentlichen Geschäftsführung. So wird mehr als eineinhalb Jahre nach der Fertigstellung der mit erheblichen Bundesmitteln geförderten Neubau des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen-Hösel immer noch nicht genutzt. Ferner bemängelte der Bundesrechnungshof, daß die Stiftung ihre Beschäftigten besser bezahlt, als vergleichbare Beschäftigte beim Bund, und bei Publikationen die für die Vergabe geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen nicht beachtet hat – Finanzgebahren nach dem Motto „wir haben es ja und man wird uns schon nicht ...“. Das Land ist an der Finanzierung der Stiftung mit 21% beteiligt, 670.000 DM im Jahr. Der Bund finanziert rund 76%. (uwo)

Quelle: Pressemittd. NRW Landesregierung



Alle Fotos:
KSK-Werbefotos
des BmVg,
aufgenommen
bei einem
Fototermin
der neuen
Einheit am
6. September
1996.

Eine mordsteure Truppe zum „Eindringen in das gegnerische Gebiet“

Tobias Pflüger über die Elitekampfsoldaten beim Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw

Die Bundeswehr hat seit neuestem eine Elitekampfttruppe. Seit 1. April 1996 ist das sogenannte Kommando Spezialkräfte in Calw (Nordschwarzwald) in Dienst gesetzt. Schon ein Jahr danach, am 1. April 1997, also am Dienstag nach Ostern, sollen die ersten relevanten Teile des Kommando Spezialkräfte einsatzbereit sein.

Was ist dieses Kommando Spezialkräfte (KSK)?

Das KSK ist eine 1.000 Mann starke Truppe, die im Endstadium aus 850 Zeit- und Berufssoldaten und 150 Wehrpflichtigen bestehen soll. Die Wehrpflichtigen dürfen allerdings nur Handlangerjobs wie Fahrer, Köche und Bürohilfen ausführen. Kern der neuen Truppe sind die Elitekampfsoldaten, die als militärische Aufgaben u.a. das Agieren aus dem Hinterhalt, die Zerstörung „feindlicher“ Kommunikationseinrichtungen, das Lahmlegen militärischer Hauptquartiere und den Nah- und Häuserkampf haben. Die Zeitschrift „Truppenpraxis“ beschreibt die Spezialitäten der einzelnen Kommandotrupps und der jeweiligen Züge u.a. so: „Die Züge dagegen werden sich voneinander durch ihre Spezialisierung auf unterschiedliche Formen des Eindringens (Infiltration) in das gegnerische Gebiet unterscheiden. Der jeweils erste Zug wird spezialisiert auf das Eindringen zu Land, der zweite auf das vertikale Eindringen aus der Luft. In den dritten Zügen werden die Spezialisten für amphibische Operationen zusammengefasst, in den vierten Zügen die für den Kampf im Gebirge und unter arktischen Bedingungen.“

Trotz dieser eindeutig auch für Angriffskriege geeigneten Ausrichtung des Kommando Spezialkräfte auf militärische Kampfaufgaben wird in der ersten Zeit schwerpunktmäßig die Ausbildung für die Nebenaufgabe „Rettung gefangener Deutscher im Ausland“ durchgeführt. Dieser militärisch absolut sekundäre anfängliche Ausbildungsschwerpunkt ist vor allem für die Akzeptanz der Elitekampfsoldaten in der Bevölkerung wichtig.

Die Elitekämpfer bekommen – sofern sie eine martialische 90-Stunden-Dau-

er-Militärübung mit Schlafentzug etc. und einen 10-Tage-Extrem-Test bestanden haben (ca. die Hälfte der Soldaten schafft das nur) – umfassende Ausbildungen: Einzelkämpfer, Scharfschützen, Häuserkampf usw.

Es handelt sich bei den Elitekampfsoldaten des Kommando Spezialkräfte um die zukünftige Voraustruppe für ausschließliche Kriegs- und Kampfeinsätze. Sie bilden innerhalb der 338.000 Soldaten der Bundeswehr über den Soldaten der Hauptverteidigungskräfte und denen der anderen Krisenreaktionskräfte (53.600 Mann) die oberste Ebene.

Das KSK hat oberste Priorität: Neue Waffen in Calw

Die Einsatzbereitschaft, Ausbildung und die Ausrüstung des Kommando Spezialkräfte wird mit oberster Priorität vorangetrieben. Eine spezielle Ausrüstung für die KSK-Soldaten vor allem mit spezieller Tarnbekleidung, den neuen Handfeuerwaffen G 36 und neuartiger Elektronikausrüstung (zur Informationszerstörung) ist schon in Calw am Standort des Kommando Spezialkräfte eingetroffen.

Später sollen wichtige Großwaffensysteme aus der reichhaltigen Waffenkollektion der derzeitigen Aufrüstungswelle bei den Calwern landen: so etwa der Kampfhubschrauber Tiger, der Transporthubschrauber NH 90 oder das Satellitenkommunikationssystem Bundeswehr (SATCOMBW).

Alle drei sind wesentliche Kriegswaffensysteme für das „Gefechtsfeld der Zukunft“, sie sind alle Teil einer umfassenden Aufrüstungswelle. So können mindestens 215 neue Beschaffungsprojekte im Gesamtauftragswert von 192,7 Milliarden DM nachgewiesen werden.

Mordsteure Truppe

Doch nicht nur die neuen Großwaffensysteme, die zur Jahrtausendwende in Calw eintreffen werden, sind enorm teuer: Die Calwer Kaserne wird derzeit für 50 Millionen DM umgebaut, davon allein 10 Millionen DM für ein Wirtschaftsgebäude mit Offizierskasino. Die KSK-spezifische Ausrüstung kostet al-

lein in den Jahren 1997 bis 1999 41,1 Millionen DM.

Kommando Spezialkräfte als doppelter Verfassungsbruch

Das Kommando Spezialkräfte soll auch rein national eingesetzt werden. Also als rein deutsche Truppe, auch ohne Einbindung in ein „kollektives Sicherheitssystem“, wie es das Bundesverfassungsgericht am 12.7.1994 definiert hat: UNO, aber auch NATO und Westeuropäische Union (WEU). Außerdem soll das Kommando Spezialkräfte auch im Bedarfsfall ohne vorherige Zustimmung des Bundestages in Kriegseinsätze geschickt werden. Sollte der Bundestag danach dem Einsatz nicht zustimmen, will die Bundesregierung ernsthaft die Elitetruppe einfach wieder aus dem Einsatz zurückholen. Tja, Militärs und Militärfachleute können ob dieser Planung entweder nur lachen oder der Bundesregierung dreisten geplanten Verfassungsbruch nachweisen.

Wehrmachts-Connection

Die neuen Elitekrieger pflegen intensive Kontakte zu alten Elitekriegern: Die „Alten Kameraden“ der 78. Sturm- und Infanteriedivision, einer Eliteeinheit der Wehrmacht, haben in der Calwer Graf-Zeppelin-Kaserne einen Traditi-



onsraum, halten dort ihre jährlichen Treffen ab, die sie auch mal mit G-3-Übungsschießen begleiten, und werden betreut von ausgesuchten KSK-Offizieren.

Das KSK als typisches Beispiel für die neue Bundeswehr

Das Kommando Spezialkräfte (KSK) ist leider typisch für die Ausrichtung der neuen Bundeswehr, mit neuer Strategie, neuer Struktur und bald auch neuer Bewaffnung. Hier zeigt sich die neue Bundeswehr am klarsten: Es geht nur noch um Kampf- und Kriegseinsätze, die KSK-Einsatzpläne können schwerlich als „Hilfe“ oder „humanitäre Aktion“ deklariert werden. Hier wird die neue, auch offensive Strategie der Bundeswehr (Stichwort: Verteidigungspolitische Richtlinien, „Zugang zu Rohstoffen“ etc.) bald umgesetzt, und hier ist die neue Aufrüstungswelle bald konkret anzusehen.

Auflösung dieser Elitekampfttruppe!

Deshalb fordern wir von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. die sofortige Auflösung des Kommando Spezialkräfte. Dieser Meinung ist auch die gesamte baden-württembergische Friedensbewegung. Deshalb wurde beschlossen, am Ostermontag, 31.3.1997, am Stationierungsort des Kommando Spezialkräfte in Calw einen landesweiten Ostermarsch durchzuführen. Kommt alle nach Calw!

Tobias Pflüger ist Mitglied der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Tübingen.

Literaturtipps:

Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr, mit neuer Strategie, neuer Struktur und neuer Bewaffnung in den Krieg? Neuer ISP-Verlag, Köln, März 1997
IMI-Infoblatt Nr. 3: Das Kommando Spezialkräfte (KSK)

Nähere Infos bei der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Telefon und Fax 07071-49154.

Drei Wochen nach dem Beginn seiner zweiten Amtszeit gab Präsident Clinton seine diesjährige „State of the Union“-Ansprache vor den beiden Häusern des Kongresses. Von dieser Rede, einer Art Regierungserklärung und gewöhnlich das einzige Auftreten des Präsidenten vor dem Parlament, erwartete man Aufschlüsse über die Pläne Clintons für die nächsten vier Jahre. Und man erwartete Konkretes nach Clintons Phantasien über ein Amerika des 21. Jahrhunderts in seiner Rede anlässlich der Ablegung des Amtseids – eine Nation, wo alle Familien ein würdiges Leben genießen, mit Städten ohne Verbrechen, und wo jedes Kind versorgt und gut ausgebildet ist.

„Er spricht von Schlössern und bietet Hütten“

In der Einleitung seiner „State of the Union“-Rede beschwor Clinton die große Herausforderung, „unser Volk für die kühne neue Welt des 21. Jahrhunderts vorzubereiten“. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache blieb allerdings nicht viel übrig vom kühnen Sprung ins dritte Jahrtausend. „Er spricht von Schlössern und bietet Hütten“, charakterisiert ein Editorial in der Zeitschrift „The Nation“.

Ein Teil der angekündigten Maßnahmen waren Trostpflasterchen auf die tiefen Wunden, die die Abschaffung des Rechts auf Wohlfahrtsunterstützung und die Einschränkungen im letzten Jahr geschaffen haben. Die Unternehmen werden gebeten, doch bitteschön Arbeitsplätze für die 2 Millionen der Wohlfahrt „entwöhnten“ Arbeitsfähigen bereitzustellen – mit Steuererleichterungsgesetz etc., versteht sich.

Vor vier Jahren, nach seiner ersten Amtseinführung, hat Clinton mit großer Fanfare die große Reform der Krankenversicherung angekündigt. Das war ein Wahlversprechen und eine Sache von Dringlichkeit und Besorgnis: 37 Millionen US-Bürger hatten keine Krankenversicherung. Die Versicherungskonzerne haben dafür gesorgt, daß daraus nichts geworden ist. Heute haben 40 Millionen keine Versicherung, davon 10 Millionen Kinder. Clintons Haushaltsplan sieht vor, daß bis zu 5 Millionen Kinder Krankenversicherung bekommen. Die anderen fünf Millionen? Kein Wort darüber, daß 22 Prozent aller Kinder in Armut leben.

Ausbildungsreform: Es soll mehr Stipendien geben – so viel wie 1980

Ein großer Teil seiner Rede beschäftigt sich mit Ausbildungsreform. Erklärmaßen seine „höchste Priorität für die nächsten vier Jahre ist, sicherzustellen, daß alle Amerikaner die beste Erziehung in der Welt erhalten.“ Die „drei Ziele: jede(r) 8jährige muß lesen können; jede(r) 12jährige muß in der Lage sein, sich ins Internet einzuloggen; jede(r) 18jährige muß in der Lage sein, aufs College zu gehen, und jede(r) erwachsene Amerikaner muß in der Lage sein, sich lebenslang weiterzubilden.“

40% der 8jährigen können nicht für sich allein lesen. Clinton will eine Armee von 1 Million freiwilliger Tutoren mobilisieren, um dem abzuwehren. Zur Erleichterung des College-Besuchs schlägt Clinton einen Steuerkredit von 1.500 \$ pro Jahr und einen Freibetrag von bis zu 10.000 \$ pro Jahr vor. Er kündigt „den größten Anstieg von ... Stipendien (für mittellose Studenten) in 20 Jahren“ an – auf den Stand von 1980!

All das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, keineswegs genug für eine gute College- und Universitätsausbildung, die in den USA über 10.000 \$ pro Jahr kostet, und bei weitem kein Ausgleich für den seit Jahren anhaltenden Abbau von Realeinkommen, der es den Eltern unmöglich macht, ihren Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen.



Am 22./23. Februar ließ sich die neue US-Außenministerin Madeleine Albright bei ihrer weltweiten Antrittsreise von US-Militärs an der Grenze Südkoreas zu Nordkorea die Grenzbefestigungen erläutern.

Clintons zweite Amtszeit Weiter im Ausbau der „Neuen Weltordnung“

Das Regierungsprogramm des alten / neuen Präsidenten enthält wenig für die Armen, dafür viel Globalpolitik.

Mehr Jobs – aber was für welche?

Gut die Hälfte seiner Rede ist über Ausbildung, und kein einziges Wort über gut bezahlte Jobs. Vor vier Jahren war das noch das große Versprechen – Schaffung von gut bezahlten High-Tech-Jobs. Nun berichtet Clinton stolz von 11 Millionen neuen Jobs. Von High-Tech und gut bezahlt keine Rede mehr. Seine Rede ist eine einzige Kette von Wohltaten fürs Volk. Kein Wort darüber, was er für die Kapitalisten tun will. Bekanntlich ist er jetzt mehr „offen“ für eine Senkung der Kapitalertragssteuer – weil doch so viele gewöhnliche Bürger Aktiengewinne haben.

Ganze 20% seiner Rede widmet Clinton der Außenpolitik. Aber hier sieht man, wofür die Ausbildungskampagne gut ist. „Das amerikanische Volk muß in einer globalen Ökonomie gedeihen. Wir haben hart daran gearbeitet, Handelsbarrieren anderswo abzubauen, damit wir gute Jobs zu Hause schaffen können.“ Was für eine Lüge: alle Jobs zwischen den höchstqualifizierten und den Hamburger-Flip-Jobs werden nach und nach in Niedrigstlohnländer exportiert. Freie Konkurrenz zu den Hungerlöhnen auf dem Weltmarkt, das also sind die Jobaussichten für den Absoluten der Ausbildung für das 21. Jahrhundert.

Nachdem die Kapitalisten über Jahre den Reallohn um 10% gesenkt und die Produktivität um 18% erhöht haben, kann Clinton siegesgewiß erklären: „Amerika ist wieder die wettbewerbs-

stärkste Nation und der größte Exporteur der Welt.“ Und damit das so bleibt: „Jetzt müssen wir handeln, um unsere Exporte, besonders nach Asien und Lateinamerika, auszudehnen ... Deshalb brauchen wir die Ermächtigung, jetzt neue Handelsabkommen abzuschließen, die neue Märkte öffnen ...“ Und falls es jemand noch nicht kapiert hat: „In einem wirklich offenen Markt können wir jeden niederkonkurrieren, in jedem Winkel der Erde.“ Sollte das Niederkonkurrieren nicht zur Zufriedenheit der US-Imperialisten verlaufen, so ist das ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Märkte nicht „wirklich offen“ sind. Ein klarer Fall für aktive Außenpolitik.

Eine Außenministerin ganz nach dem US-Business-Geschmack

Für eine aktive globale Außenpolitik hat sich Clinton einen neuen Außenminister angelacht: Madeleine Albright. Die US-Presse überschlägt sich geradezu in Begeisterung und Lob, daß sie verspricht, „die Dinge beim Namen zu nennen“. Was sie auszeichnet ist die unbefangene Selbstverständlichkeit, mit der sie davon ausgeht, daß die USA ganz natürlich die erste Geige spielen und die Interessen des US-Kapitals allem anderen vorangehen. Ihre Spuren hat sie sich als Botschafterin der USA bei der UNO verdient, wo sie nach einer langen Kampagne erreicht hat, daß Generalsekretär Boutros Ghali nicht wiedergewählt wurde, weil er nicht nach der Pfeife der USA tanzen wollte.

Zur Absicherung existierender und Öffnung neuer Einflusssphären und Märkte hat Clinton seinen neuen Außenminister auf Weltreise geschickt. In Moskau verklickerte sie der russischen Führung, daß mit oder ohne ihre Zustimmung die NATO nach Osten ausgedehnt werde. Zwei Tage später erklärte sie in Tokio, daß Japan eine Schlüsselrolle in der Sicherheit Asiens für die USA spiele. Rußland hat sich schon einmal in der Zange einer Allianz zwischen Japan und einer mitteleuropäischen Macht befunden. Ein Kommentator in der „Washington Post“ gesteht der russischen Führung zynisch „einen halben Punkt“ zu, daß die NATO-Allianz in der Tat sich auf die russische Grenze zu bewegen, daß aber immer noch Pufferstaaten dazwischen lägen, die unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

In Japan hat Albright keineswegs ihre Mission fürs US-Kapital vergessen. In ihren Gesprächen mit dem japanischen Außenminister beschwerte sie sich über Handelsbarrieren für die US-Autoindustrie. Nicht zur Sprache kam, so die „Washington Post“, das Handelsbilanzdefizit von 48 Mrd. Dollar und das Widerstreben Japans gegen ein Ra-

ketenabwehrsystem, wofür US-Waffenproduzenten auf Aufträge hoffen. In den Senatsanhörungen für ihre Bestätigung als Außenminister sagte Madeleine Albright, daß die USA „nicht der Weltpolizist“ sei. Verfolgt man aber die Aufzählung, wo die USA ihren Einfluß verstärken wollen – im Zypern-Konflikt, in den Indien-Pakistan-Spannungen, in der tumultösen Kaukasusregion, Aufrechterhaltung ihrer zentralen Rolle im Mittleren Osten, in Nordirland, Bosnien-Herzegowina – dann ist kaum ein Gebiet ausgelassen. „Um den Gefahren zu begegnen und Chancen zu nutzen, müssen wir mehr als nur Zuschauer sein, mehr sogar als Mitspieler, wir müssen die Urheber der Geschichte unserer Zeit sein“, erklärte sie.

Und damit niemand auf die Idee kommt, daß die USA keine Pläne für Afrika habe: ein Artikel in der „Washington Post“ (9.2.97) berichtet vom Widerstand afrikanischer Staaten gegen die von den USA vorgeschlagene Africa Crisis Response Force. 10.000 Mann afrikanischer Truppen, von den USA gefördert, ausgerüstet und ausgebildet. Südafrikas Präsident Mandela habe die Clinton-Regierung wissen lassen, daß ein solcher Plan mit Mißtrauen betrachtet werde, solange er von den USA und nicht von der UNO komme. Und afrikanische Staaten hätten das Außenministerium wissen lassen: „Ihr wählt das Militärpersonal aus, ihr trainiert sie, ihr sagt ihnen, wann und wohin zu gehen – wo ist das der Unterschied zu angeheuerten Ghurkas (Söldnern)?“

(her, ger)

Nordkorea auf der Krisenwippe

Wankt oder fällt das letzte realsozialistische Regime in Ostasien?

Von Rainer Werning

Große Unruhe unter dem weiten Himmel: Deng Xiaoping segnete das zeitliche, der kleine Nachbar Nordkorea steht wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand, Südkorea trübt von einer innenpolitischen Krise in die nächste. Und Experten des chinesischen Außenministeriums sind urplötzlich gefordert, mit taktischem Geschick – diesmal diplomatisch – den Tigerberg zu erobern. Doch das markiert erst den Beginn eines veritablen Politthrillers.

Den 55. Geburtstag hatte sich der „geliebte Führer“ Kim Jong-Il Mitte Februar gewiß anders vorgestellt. Unversehens verunzierte seine Geburtstagstorte ein saures Sahnehäubchen. Die Absetzbewegung der Nummer 26 in der nordkoreanischen Nomenklatura sorgte für Aufregung. Der 73jährige Parteifunktionär Hwang Jang Yop tauchte am 12. Februar in der südkoreanischen Botschaft in Beijing auf und ersuchte dort um Asyl. Die Südkoreaner waren ver-

dutzt, die Nordkoreaner sprachen von Entführung und Chinas Diplomaten garierten nolens volens in die undankbare Rolle eines politischen Brokers. In der südkoreanischen Metropole Seoul reichte Ministerpräsident Lee Soo-Sung wegen des größten Finanzskandals in der Geschichte des Landes sein Rücktrittsgesuch ein, was Präsident Kim Yon-Sam bislang aber nicht annahm. Als sei das alles nicht schon genug, wurde ebenfalls Mitte Februar ein bereits 1982 nach Südkorea übergelaufener angeheirateter Neffe Kim Yon-Il in der Nähe Seouls vor der Appartementstür eines Freundes mit schweren Schußverletzungen aufgefunden. Dieser Anschlag auf den 36jährigen Lee Han-Young sei, so ließen die Behörden umgehend verlauten, ein Vergeltungsakt nordkoreanischer Agenten für Hwangs Überlaufen gewesen. Allen Beteiligten wird nunmehr umsichtigste Agieren abverlangt, soll eine gefährliche Eskalation der erneuten Spannungen auf der koreanischen Halbinsel vermieden werden.

Das ist keine leichte Aufgabe. Selbstredend steht Beijing dem Regime in Pjöngjang politisch näher als Seoul. Doch gleichermaßen ist Seoul als mittlerweile fünfzigjähriger Handelspartner für Beijing wirtschaftlich weitaus interessanter als Nordkorea. Jedenfalls drängte der chinesische Außenminister Qian Qichen seinen südkoreanischen Amtskollegen Yoo Chong-Hu in ungewöhnlich scharfer Form am Rande des kürzlich beendeten EU-ASEAN-Gipfels in Singapur zur Zurückhaltung. „Der Vorfall (Hwangs Auftauchen in der Südkoreanischen Botschaft in Beijing – R.W.) ereignete sich urplötzlich“, so Qian Qichen am 15. Februar, „deshalb brauchen wir mehr Zeit, um ihn zu überprüfen.“ Da Seoul, um eigenen Dreck am Stecken zu übertünchen, den Fall Hwang medial und propagandistisch ausschaltete, zeigten sich Beijings Di-

plomaten verärgert und unter Zugzwang gesetzt. Sie hätten ein diskreteres Vorgehen lieber gesehen. Der andere große Nachbar, Japan, zeigte sich gleichermaßen besorgt über die Affäre Hwang und ihre möglichen Konsequenzen – Südkoreas Armee ist erneut in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Die angesehene Tokioter Tageszeitung „Asahi Shimbun“ warnte Mitte Februar ebenso wie der neue US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Bill Richardson, vor einem konfrontativen Kurs Seouls und Pjöngjangs und riefen beide Seiten zur Mäßigung auf.

Wer ist dieser Hwang Jang-Yop, für dessen Schutz die Behörden in Beijing ein beachtliches Sicherheitsaufgebot stellen? Nimmt sein persönliches Schicksal möglicherweise das seiner heimatlichen Volksrepublik vorweg? Steht die Erosion der letzten realsozialistischen Bastion in Ostasien bevor?

Who is Mr. Hwang?

Prof. Hwang Jang-Yop zählte als Mitglied der älteren Führungsriege der herrschenden Partei der Arbeit Koreas (der KP Nordkoreas) zu den engsten Vertrauten des im Juli 1994 verstorbenen Staats- und Parteichefs Kim Il-Sung und seines designierten Nachfolgers und Sohns Kim Jong-Il. Als Mitglied des Zentralkomitees war er verantwortlich für die Außenbeziehungen der Partei, mithin ein wichtiges Scharnier zwischen Pjöngjang und der Außenwelt. Der in Moskau in Philosophie promovierte Hwang war in Ost wie West als brillanter Gesprächspartner geschätzt, der seine große Kompetenz und Expertise durch zahlreiche Reisen nach Europa (vor allem in die Skandinavischen Länder), in die USA, nach Japan, China und Rußland festigte. In Japan beispielsweise verhandelte Hwang über Reislieferungen in sein in den vergangenen zwei Jahren durch verheerende

Überschwemmungen und Dürrekatastrophen ökonomisch angeschlagenen Land. Dieser kosmopolitisch versierte Mann, gleichermaßen vertraut mit östlicher und westlicher Philosophiegeschichte (einschließlich ihrer postmodernen Fransen), war überdies Rektor der Kim Il-Sung-Universität, der Kaderschmiede in Pjöngjang, sowie Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung seines Landes. In diesem Sinne war er einer der Architekten der Juche-Ideologie, der nordkoreanischen Variante des Schaffens aus eigener Kraft, und Verfechter einer autokratischen Entwicklung. Die in den Medien voreilig kolportierte Erzählung, Hwang sei der nordkoreanische Cheideologe schlechthin und seine Entscheidung gleiche der Flucht von Lenin aus der Sowjetunion, verkennt den Führungsstil in der Volksrepublik. Mitnichten ist dieser rein personal geprägt, sondern seit Jahren in erstaunlicher Kontinuität kollektiv gestaltet worden. Aus dem engsten Kreis um Hwang war der Tenor eines Memorandums zu erfahren, das er in der südkoreanischen Botschaft vorstellte. Demnach geht es ihm im Kern um drei Kritikpunkte:

1) Das Sozialismuskonzept im eigenen Land kritisch und selbstkritisch zu reflektieren;

2) Bewegung in die Starrheit zu bringen, was die Wiedervereinigung Koreas betrifft und

3) die Südkoreanische Seite zum Überdenken gewisser Positionen – beispielsweise in der Frage umfangreicher Hilfeleistungen für den Norden – zu bewegen.

Außerdem stehe Hwang der markanten Aufwertung hochrangiger Militärs in der Parteihierarchie kritisch gegenüber und er habe die U-Boot-Affäre im vergangenen Herbst mißbilligt. Ob Hwang da Erfolg beschieden sein wird, mag man bezweifeln. Nachdenkenswert ist das allemal.

Wie die „Front National“ bekämpfen?

29. März, Strasbourg: Antifaschistische Demonstration gegen das nationale Treffen der FN.

Auch die Demonstrationen von Hunderttausenden haben die französische Regierung nicht nennenswert beeindruckt. Das verschärfte Ausländergesetz hat die Nationalversammlung mit wenigen Änderungen passiert. Vor der Behandlung der Gesetzesvorlage im Senat wird am 9. März in Paris zu einer weiteren Demonstration gegen das Gesetzesvorhaben aufgerufen. Kritiker vergleichen das Gesetz des Innenministers Debré mit Verordnungen der Vichy-Regierung gegen die Juden. Sicher scheint nur, daß das Gesetz dazu beitragen wird, der Front National weiteren Zulauf zu sichern. Nachdem die FN in Vitrolles ein weiteres, viertes Bürgermeistersamt im Süden Frankreichs erobern konnte, hat sich die Diskussion um die Bekämpfung der FN verstärkt. Die Rechte um Ex-Innenminister Paqua-



Demonstration gegen das Ausländergesetz in Paris. Auf dem Poster ist Marschall Petain zu sehen, Führer des verhaßten Vichy-Regimes, das mit den deutschen Besatzern während des zweiten Weltkriegs kollaborierte. Das neue Ausländergesetz hat seine Vorbilder in Vichy-Frankreich.

diskutiert u.a. eine Parteigründung, angesiedelt zwischen FN und RPR, um der FN Stimmen abzuziehen. Die bisherigen Vorschläge aus der Linken zeigen eher eine gewisse Ratlosigkeit, wie der Kampf gegen die FN erfolgversprechend geführt werden kann.

Der Parteitag der PCF im Dezember 1996 z.B. hatte zur FN lediglich festgestellt, ihre Entwicklung stehe in einer engen Beziehung zur wachsenden Unsicherheit, zu den Ängsten und Spannungen in der Gesellschaft und lapidar festgehalten, man dürfe der FN kein Terrain überlassen. Nach der Wahl von Catherine Mégret in Vitrolles sind die Äußerungen doch schon differenzierter.

So schreibt G. Smadja unter dem Eindruck der Wahl von Vitrolles am 11. Februar in der *Humanité*, es wäre verhängnisvoll, nach solch einer Niederlage einfach wieder zur Tagesordnung

überzugehen wie bisher: „Es hat sich etwas Neues entwickelt ... Zum ersten Mal erobern die Lepenisten ein Bürgermeistersamt nicht aufgrund der Spaltung der Rechten, sondern im Zweikampf. Zum ersten Mal in einer Kommunalwahl überschreiten sie die 50%-Schranke, nicht aufgrund einer stark gesunkenen Wahlbeteiligung, sondern indem sie von einer Beteiligung profitieren, die die 80% überschreitet, was in städtischen Zonen selten geworden ist.“ In bisherigen Wahlen haben größere Wählerschichten wenigstens im zweiten Wahlgang dem FN ihre Unterstützung versagt. Auch das ist in Vitrolles konterkariert worden: „Eine Mehrheit der Wähler hat entschieden, dem FN eine wichtige Macht zu übergeben. Das ist nicht mehr eine Wahl gegen, sondern es tendiert dazu, auch eine Wahl für zu werden.“ Hier wird zumindest ange-

deutet, daß die Wählerschaft des FN mit ihrer Stimmabgabe durchaus eigene Interessen verfolgt und nicht nur Denkmäler verpaßt. Die rassistische Politik der FN gegenüber Immigranten, der Antisemitismus, die Bedrohung von Künstlern etc., die Terrorisierung durch den FN führe zwar dazu, daß er in weiten Teilen der Gesellschaft auf deutliche Ablehnung stoße, aber „das trübt sein Bild nicht im geringsten in der eigenen Wählerschaft. Im Gegenteil, sie stellen fest, daß es sich um 'Medien-Kampagnen' handelt, die dazu beitragen sollen, eine Partei zu schwächen, die sie als außerhalb des Systems wahrnehmen.“

J.-F. Gau, Mitglied im Sekretariat der PCF, interpretiert am 12. Februar in der *Humanité* die Wahl folgendermaßen: Erstens habe die Rechte seit Jahren in dieser Region mit dem Feuer gespielt und sei mehr und mehr der Politik der FN entgegen gekommen. Zweitens sei der Widerstand gegen die FN in der französischen Gesellschaft durchaus verwurzelt – zwischen 60 bis 70% betrachteten sie als Gefahr. Eine Mehrheit gegen den FN zu sammeln, ohne „Träger“ der breiten Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik der Rechten und ihrer Regierung zu sein, sei aber nicht möglich. R. Hue, Sekretär der PCF, sieht das Wahlergebnis von Vitrolles vor allem darin begründet, daß die „Leute den Eindruck hatten, man spreche mit ihnen über andere Dinge als ihre konkreten Probleme ... Der andere Grund ... ist die nichtvorhandene Perspektive und eine wirkliche Alternative auf der Linken.“ Und dieser Mangel macht es freilich auch nicht besonders anziehend, gegen die FN schlicht zur Wahl der Linken aufzurufen. (map)

Quellen: *Humanité*, 10. bis 18. Februar 1997

Nach monatelangem Kampf ein problematischer Abschluß

Neuer Metalltarif in Italien

„Die Arbeiter sind sehr kritisch gegenüber dem Ergebnis des Tarifvertrags, auch weil sie viel gekämpft haben und deshalb ein besseres Ergebnis forderten“ – so kommentierte der Generalsekretär der italienischen Metallgewerkschaft Fiom die Diskussion auf der Gewerkschaftsversammlung bei Iveco in Turin Mitte Februar. So oder ähnlich lauten alle Berichte von den Versammlungen der beiden letzten Wochen, auf denen der jüngste Tarifabschluß diskutiert und zur Abstimmung gestellt wurde. Die Enttäuschung, aber auch die Ratlosigkeit sind groß, nachdem neun Monate lang um die neue Regelung gestritten wurde, immer wieder die Arbeit niedergelegt und große öffentliche Aktionen durchgeführt worden waren.

ber über den Haufen geworfen. Mit diesem Abkommen sollten die jahrzehntelangen üblichen Tarifverhandlungen – Aufstellung von Forderungen, Verhandlungen, Arbeitsniederlegungen usw. – durch einen technokratischen Mechanismus ersetzt werden: Tarife waren für vier Jahre abzuschließen, dabei hatte sich die Einkommensentwicklung nach der „programmierten Inflation“ der Regierung zu richten. In der Mitte der Laufzeit, also nach zwei Jahren, waren die Lohn- und Gehaltstarife zu überprüfen und bei stärkerer Teuerung für die folgenden zwei Jahre anzuheben.

Nach diesem Konzertierungspakt wurde 1994 ohne Arbeitskämpfe ein neuer Metalltarif vereinbart, der im Juni 1996 zu überprüfen war. Weil die Inflation in dieser Zeit die

später den Regierungsvorschlag ablehnte. Daraufhin wurde im Januar erneut von Unternehmen zu Unternehmen die Arbeit niedergelegt.

Ende Januar packte die Regierung schließlich in hektischen Verhandlungen eine Reihe von Interessen der Metallindustriellen in ein neues Lösungspaket. Verhandelt wurde nun nicht mehr nur zwischen den Tarifparteien der Metallindustriellen sowie der Regierung, sondern auch zwischen dem Industriellenverband Confindustria, den drei Gewerkschaftsdachverbänden und der Regierung.

Die Gewerkschaftsdachverbände, die mit einem Generalstreik gedroht, ihn aber nicht organisiert hatten, gaben schließlich grünes Licht für den Abschluß. Der Generalsekretär der „lin-

men, soweit es in diese Rechnung eingeht, „eingefroren“.

• Schließlich wurde auch in den Tarifmechanismus selber eingegriffen. Die Tarifpolitik sieht in der italienischen Metallindustrie traditionell zwei Ebenen vor, den nationalen Branchentarif und daran anschließende Unternehmenstarife. Nach dem Abschluß dürfen sich nun, beide Tarifebenen nicht mehr „überlagern“, d.h. im Jahr eines neuen Branchenabschlusses dürfen keine neuen, zusätzlichen Unternehmenstarife abgeschlossen werden.

Konkret trifft das vor allem die Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben, wo die Tarifierung in der letzten Zeit vielfach hinausgeschoben wurde. Außerdem wurde festgelegt, daß sich die Unternehmenstarifung künftig

PKW-Montage bei Fiat im süditalienischen Melfi.
Fiat soll im Sommer letzten Jahres entscheidend Einfluß genommen haben, daß keine Einigung mit den Metallgewerkschaften zustandekam.
Der Metallindustriellenverband Federmeccanica dementiert diese Intervention von Fiat nicht.



Noch im Januar hatte der piemontesische Fiom-Sekretär Giorgio Cremaschi die Lage so geschildert: „Wir haben es mit einer Bewegung zu tun, die absolut entschlossen ist weiterzumachen, bis die Industriellen den Vorschlag der Regierung ohne Abzüge oder Rechnertricks akzeptieren“. Die Vereinbarung vom 4. Februar ist nun aber Anlaß für viele kritische Fragen, häufig auch bei denen, die für den Abschluß gestimmt haben.

Ein Gesamtergebnis der Abstimmungen liegt bislang nicht vor. Aber die Zwischenergebnisse aus Regionen und Betrieben zeigen: Viele – mitunter die Mehrheit – stimmen mit Nein, häufig halten sich – wie im Vorstand der Fiom selber – Ja- und Neinstimmen die Waage. Vor allem aber ist die Beteiligung an den Abstimmungen (die an dem Tarifiergebnis nichts ändern können) sehr niedrig: Häufig haben sich nur wenige der Berechtigten (manchmal 15% oder noch weniger) an der Abstimmung beteiligt. Das Resultat wird allgemein als Krise im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Beschäftigten angesehen.

Confindustria mischt das Konzertierungsabkommen von 1993 auf

Mit den neuen Tarifregelungen hat der Industriellenverband Confindustria den Punkt vom Juli 1993, den er seinerzeit zusammen mit der Regierung den Gewerkschaften auferlegt hatte, sel-

Regierungsprognose überschritten hatte, waren die Löhne und Gehälter für den Zeitraum 1996 – 1998 zu erhöhen. Die Gewerkschaften bezifferten den Erhöhungsbetrag bei den Verhandlungen, die im Mai 1996 begannen, auf 262.000 Lire (ca. 260 DM). Die Metallindustriellen ließen sich zweieinhalb Monate lang auf die vorgelegten Zahlen nicht ein.

Im Herbst veröffentlichte die Regierung ihr neues Dokument zur Wirtschaftsplanung mit einer niedrigeren Teuerungsrate. Die Gewerkschaften gingen auf 250.000 Lire herunter. Der Metallindustriellenverband Federmeccanica bot mit 120.000 – 130.000 Lire gerade die Hälfte. Im September wurden daraufhin die Verhandlungen abgebrochen, und es begann eine Welle von Arbeitsniederlegungen. Höhepunkt war die Kundgebung von 300.000 Beschäftigten der Metallindustrie in Rom am 22. November, einem Arbeitstag. Am 13. Dezember wurde landesweit in der Metallbranche für vier Stunden die Arbeit niedergelegt. Immer wieder wurde die Mitte-Links-Regierung von Romano Prodi aufgefordert, die Vereinbarung von 1993 gegenüber den Metallindustriellen durchzusetzen.

Am 21. Dezember gab der Arbeitsminister Treu bekannt, daß die Regierung eine Lösung des Konflikts bei einer Erhöhung um 200.000 Lire befürworte. Das lag deutlich unter der Forderung der drei Metallgewerkschaften, aber auch weit über der Vorstellung des Verbands Federmeccanica, der zwei Tage

ken“ CGIL war mit dem „guten Kompromiß“ zufrieden. Die Metallgewerkschaften, insbesondere Fiom-Cgil, sahen das Ergebnis kritischer, unterschrieben aber, weil sie keine Spielräume mehr sahen. Aus ihrer Sicht hat der Abschluß den Tarifvertrag selber, an dem Federmeccanica und Confindustria kein Interesse mehr hätten, gerettet.

Das Lösungspaket greift die Unternehmerforderungen auf

Das Lösungspaket der Regierung brachte Interessen der Unternehmen und ihrer Verbände neu ins Spiel. Seine wichtigsten Regelungen sind:

- Die Einkommenserhöhung von 200.000 Lire für die Tarifstufe 5 (nach oben und nach unten differenziert) verteilt sich auf drei Stufen im Januar 1997 sowie im März und Oktober 1998. Für die sechs Monate des letzten Jahres gibt es eine Nachzahlung von 512.000 Lire in zwei Raten im Februar und Juli 1997.

- Die Laufzeit des Vertrags wurde gegenüber der Regelung von 1994 um ein halbes Jahr bis Ende 1998 verlängert, was den Unternehmen Kosten senkt und die Chancen weiter mindert, daß die Inflation ausgeglichen wird.

- Die Berechnungsgrundlage für die „Liquidation“ (das sind Mittel, die die Unternehmen für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Entlassung, Eigenkündigung oder Verrentung zurücklegen müssen) wurde gesenkt. Hierzu wurde das 13. Monatseinkom-

„ausschließlich“ an Unternehmenskennziffern orientiert „wie Produktivität, Rentabilität und andere bedeutende Elemente für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen“.

Der Unternehmerverband und die Regierung sind zufrieden

Zufrieden mit dem Ergebnis äußert sich Confindustria. Der Industriellenverband hat die Weichen ein Stück weiter in die eigene Richtung stellen können und sich dabei des 93er Abkommens entledigt, das ihm schon nicht mehr ausreicht. Sogar „sehr zufrieden“ äußert sich der Ministerpräsident Prodi, dessen Regierung einerseits auf einen Tarifabschluß hingearbeitet, ihn andererseits aber solange mit Interessenpunkten der Industriellen gespickt hat, bis diese annehmen.

Die Anzeichen mehren sich, daß die Mitte-Links-Regierung bei ihrem Kurs in Richtung Maastricht-Europa mit den Interessen der Lohnabhängigen, denen sie ihre Wählerstimmen verdankt, ausgesprochen ruppig umgehen könnte.

Gerade hat der Parteivorsitzende der größten Regierungspartei, der Partei der demokratischen Linken (PDS), auf dem 2. Parteitag den CGIL-Generalsekretär scharf angegriffen: angesichts der Massenarbeitslosigkeit sei das Festhalten an den herkömmlichen Normen für Löhne und Arbeitsbedingungen konservativ.

(rok)

„Shukow-Medaille“ an Präsident Tudjman

Protest gegen die Verleihung der Medaille durch Jelzin an den kroatischen Präsidenten

Heftige Proteste durch antifaschistische Organisationen und Verbände der Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens hat sich gegen die Verleihung des Marschall-Shukow-Medaille an den kroatischen Präsidenten Tudjman entwickelt. Der Tudjman sicher gleichgesinnte russische Präsident Jelzin verlieh den Orden an Tudjman für seinen „aktiven Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus“. Anlaß für die Verleihung war der hundertste Geburtstag des sowjetischen Oberbefehlshabers im Kampf gegen die deutschen Faschisten.

Wir dokumentieren im folgenden eine Protesterklärung ehemaliger Kämpfer der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gegen die Verleihung der Medaille. (hav)

„Anlässlich der Auszeichnung Franjo Tudjmans mit der „Shukow-Medaille“ überreichte eine Gruppe serbischer Akademiemitglieder und angesehener Intellektueller im Namen der Gesellschaft der serbisch-russischen, serbisch-bjelorussischen und serbisch-jüdischen Freundschaft, sodann des Verbandes der Serben aus der Republik Kroatien und der Republik Serbischen Krajina, des Verbandes der Serben aus Bosnien-Herzegowina, der Montenegrischen Versammlung der serbischen Eintracht und der Versammlung Zetas ihren Protest der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Jugoslawien. Der gleichlautende Text mit Begründung wurde auch dem Verteidigungsministerium und dem Außenministerium der Russischen Föderation zugestellt.

Den Protest unterzeichneten die Akademiemitglieder Vlado Strugar, Ljubomir Tadic und Miodir Vukobratovic, Professor Dr. Sava Zivanov, Professor Dr. Mihaib Vucinic, Professor Dr. Veselin Djuretic, Professor Dr. Dimitrije Masanovic, Professor Dr. Rastislav Petrovic, Professor Dr. Drago Cupic, Geschichtsschreiber Simon Djuretic, Schriftsteller Gojko Djogo, Ing. Dragan Jovancevic und Isidor Djukovic, Teilnehmer am Volksbefreiungskrieg.

In der Begründung wird angeführt: „Die Auszeichnung Franjo Tudjmans mit der „Shukow-Medaille“ hat die patriotischen, antifaschistischen und demokratischen Gefühle des serbischen Volkes tief getroffen und wurde mit Enttäuschung, Traurigkeit und Besorgnis in allen serbischen Ländern aufgenommen. Tudjman hat sich zwar am antifaschistischen Krieg beteiligt, doch hat er danach die Ideen und Ziele des antifaschistischen Kampfes verraten und ist durch viele Aktivitäten zum Fortsetzer des faschistischen Werkes geworden.

Es handelt sich um den jetzigen Führer der kleronazistischen Bewegung und Oberhaupt des Regimes, das unter denselben Symbolen die Ziele verwirklicht und das Werk der faschistischen Vorgänger aus dem II. Weltkrieg zu Ende führt.

Dieses Werk ist ein nie dagewesener Genozid am serbischen Volk und sein Exodus aus den jahrhundertealten serbischen Ländern, die sich innerhalb der administrativen Grenzen des unabhängigen kroatischen Staates eingefunden haben.

Tudjman spricht über eine massen-

hafte antifaschistische Bewegung in Kroatien, die „größere Ergebnisse als in irgendeiner ehemaligen jugoslawischen Republik gezeitigt hat“.

Dabei hat er „vergessen“, drei wesentliche Dinge anzuführen:

- Erstens, der Aufstand gegen den Okkupanten in Jugoslawien hat in Serbien begonnen und hat sich in den serbischen Ländern entwickelt. Den weitaus größten Teil der antifaschistischen Befreiungsbewegung in Jugoslawien in der Gesamtheit – ja auch in jenem Teil, der in Kroatien tätig war, bildeten die Serben, und darin haben sie sich auf der Flucht vor dem kroatischen Ustaschamesser „Srbosjek“ eingeschaltet.

Den Aufstand in Kroatien selbst haben desgleichen die Serben in der Ortschaft Srb in Lika begonnen.

- Zweitens, die Ergebnisse des faschistischen Ustascha-Regimes im II. Weltkrieg bei der Realisierung der völkermörderischen Ziele gegenüber den Serben waren verheerend: „Ein Drittel töten, ein Drittel zum katholischen Glauben bekehren und ein Drittel vertreiben“.

Obwohl die blutige Ernte dieser Politik groß war, ist sie nicht völlig gelungen. Durch den Befreiungskampf gegen die deutschen und kroatischen Faschisten sind die Serben in diesem Raum erhalten geblieben.

Aber das, was den Ustaschas Pavelics nicht gelungen ist, beenden seine Nachfolger unter der Führung Tudjmans – durch einen wiederholten Genozid vernichten oder vertreiben sie die Serben aus ihrem Jahrhunderte alten Vaterland, deren Großväter, Väter und Brüder im Kampf gegen deutsche und kroatische Faschisten gefallen sind und so zum Kampf der freiheitsliebenden Welt im II. Weltkrieg einen großen Beitrag geleistet haben.

- Drittens, bekanntlich hat Zagreb nach Wien die deutschen Wehrmachttruppen als seine Befreier mit größtem Triumph begrüßt. Außerdem haben die kroatischen Legion zur „Verteidigung der katholischen europäischen Zivilisation“ im II. Weltkrieg ihren Beitrag nicht nur durch die Vernichtung der orthodoxen Serben, sondern auch im „Osten Europas“ als treueste Verbündete des Hitler-Deutschlands geleistet, das ihnen im Gegenzug den Unabhängigen Staat Kroatiens geschenkt hat.

Alle Gattungen der kroatischen Armee – die Infanterie, die Luftwaffe und die Marine – haben sich am Kampf gegen die „russischbolschewistisch-jüdischen Barbaren“ beteiligt, indem sie die russischen Häuser in Brand steckten und die russische Bevölkerung getötet haben sowie die Kämpfer der legendären Shukow-Armee angegriffen haben, dessen Name die dem Präsidenten der Republik Kroatien Tudjman verliehene Medaille trägt.

Wegen all dem stellt die Verleihung der „Shukow-Medaille“ an Franjo Tudjman eine große Versündigung an der historischen Gerechtigkeit und eine Beleidigung nicht nur für die serbischen Patrioten sondern auch für die Teilnehmer und Nachkommen des Großen vaterländischen Krieges Rußlands und anderer Völker der Antifaschistischen Koalition, ja auch für die gesamte demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit in der Welt dar.“



Der Vorsitzende der Serbischen Erneuerungsbewegung SPO, Vuk Draskovic (links), hat die Rückkehr Serbiens zur Monarchie gefordert. Ein Sohn des letzten serbischen Königs, der heute in London lebt, wartet schon auf gepackten Koffern, um sich die Schätze, die nach dem jugoslawischen Befreiungskampf enteignet wurden, wieder einzuheimsen. Stützen kann sich der Exilant wie früher auf die Tschetniks, die damals auf Seiten des Königs gegen die kommunistischen Partisanen gekämpft haben und sich in dem jüngsten Bürgerkrieg durch besondere Brutalität auszeichneten (rechts).

Rumänien: Staatsbürgerschaft für den Ex-König

Die neue antikommunistische Regierung Rumäniens hat dem rumänischen Ex-König die Staatsbürgerschaft wieder anerkannt. Der heute in der Schweiz lebende Michael I. wurde 1947 nach der Befreiung von der faschistische Diktatur des Marschall Ion Antonescu des Landes verwiesen. Seine Staatsbürgerschaft wurde aberkannt. Seine Anhänger gehen heute damit hausieren, das er damals als 26-jähriger König den mit Hitler kooperierenden Antonescu verhaften ließ und die Allianz mit den Nazis beendete. Es war ein letzter Versuch, an der Macht zu bleiben. Wenige Kilometer von der rumänischen Hauptstadt entfernt standen schon die sowjetischen Truppen. Tatsächlich war aber Michael I. schon seit 1940 König und mitverantwortlich für die Taten des unter ihm herrschenden Ion Antonescu und dessen Kooperation mit den deutschen Faschisten. Der neue rumänische Präsident Emil Constantinescu hatte im Wahlkampf offen für die Einführung der Monarchie gesprochen. Aus taktischen Erwägungen hält er sich zur Zeit mit solchen Aussagen bedeckt. Er befürchtet wahrscheinlich zu Recht, daß die von ihm angekündigten radikale Einführung kapitalistischer Verhältnisse, die Angst vor der Wiederkehr adliger Ausbeuter den Widerstand anfachen könnte. Umfragen gehen davon aus, daß wahrscheinlich 30% der Rumänen für die Wiedereinführung der Monarchie sind. Die linken Oppositionsparteien haben die Einbürgerung abgelehnt.

Albanien: Geldfirmen unterstützten regierende Partei

Eine der in Albanien zusammengebrochenen Geldanlagefirmen hat 1996 den Parlamentswahlkampf der regierenden Demokratischen Partei (DP) von Staatspräsident Berisha finanziell unterstützt. Das bestätigte der Leiter der staatlichen Kontrollkommission Blerim Cela im Fernsehen. Das offensichtlich nach dem Schneeballsystem arbeitende Unternehmen Gjallica, seit Januar zahlungsunfähig, habe die DP-Wahlkämpfe im Vorjahr mit umgerechnet rund 84.000 Mark unterstützt, sagte Cela. Der Zusammenbruch Gjallicas und anderer, nach dem selben System arbeitender Firmen, der viele Albaner finanziell ruinierte, hatte zu blutigen Unruhen geführt. Regierung und DP hatten beteuert, sie hätten das System der Unternehmen erst kurz vor deren Zusammenbruch durchschaut. Die Opposition wirft der Regierungspartei dagegen vor, die Firmen unterstützt zu haben, um politisch zu profitieren.

Am Wochenende hatte auch Berisha eingestanden, daß lokale DP-Politiker

von Gjallica Geld für den Wahlkampf angenommen haben. Grund für den kompetentesten Aufstieg der Geldanlagefirmen sei die mangelnde Erfahrung Albaniens mit dem Kapitalismus gewesen.

Bauern protestieren gegen ungarische Steuerpolitik

In Ungarn haben Bauern am Montag mehrere Hauptverkehrsstraßen an etwa 200 Stellen blockiert. Mit der Aktion protestierten sie gegen die Steuerpolitik der Regierung, die ab 1. Januar auch die privaten Bauern stärker belastet. Die Bauern wollen erreichen, daß eine neue Verordnung über die Sozialabgaben, mit denen die Landwirte bislang nur wenig oder überhaupt nicht belastet wurden, zurückgenommen wird. Sie beschwerten sich auch darüber, daß kleine Familienbetriebe nunmehr zur Buchführung verpflichtet werden und die Produktion für den Eigenbedarf nur bis zu einer bestimmten Grenze steuerfrei bleibt. Die Landwirte werden von den Oppositionsparteien zum Teil offen unterstützt. Die Organisatoren der Demonstrationen sind nur bereit, mit dem Finanzminister und dem Landwirtschaftsminister persönlich vor Ort zu verhandeln. Die Regierung weist dagegen darauf hin, daß die Bauern bisher in der Steuerpolitik den Lohn- und Gehaltsempfängern gegenüber begünstigt waren.

Hungerproteste in Bulgarien

Die Proteste der Bulgaren sind auch noch Bildung einer konservativen Regierung nicht zu Ende. Zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Korruption ist nun die Gefahr einer Hungersnot gekommen. Die Getreidevorräte des Agrarlandes reichen noch für 20 Tage, und für den Kauf von Weizen im Ausland ist kein Geld da. Stundenlang stehen die Menschen in klirrender Kälte vor den Bäckereien Schlange, in den Gefängnissen wird überlegt, ob man hungernde Häftlinge nicht lieber auf freien Fuß setzt, und in einem Waisenhaus hat es die ersten Toten gegeben: Drei Kinder sind verhungert.

Nachdem jetzt noch in mehreren Regionen Brot rationiert wurde, haben die hungrigen Menschen Bäckereien geplündert. In Bulgarien leben 90% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und verdienen umgerechnet 7 DM im Monat. Grund für die Brotknappheit ist neben einer schlechten Ernte im vergangenen Jahr ein massiver Export von Getreide durch kapitalistische Privatfirmen. Zudem hatte Weltbank und IWF aus politischen Gründen Gelder an die damals noch sozialistische Regierung zurückgehalten, um einen politischen Wechsel herbeizuführen. (Zusammenstellung: hav)

Massenproteste stoppen Faschisten aufmarsch

München. Gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ hatte in München eine schwarz-braune Allianz von CSU, Soldatenverbänden, Rechtsextremisten und offenen Faschisten mobilgemacht. Die Jungen Nationaldemokraten, Sammelbecken für Mitglieder verbotener Nazigruppen, hatten für den 1. März zum Tag des nationalen Widerstandes tausende von Anhängern nach München mobilisiert.

7000 Demonstranten folgten dem Aufruf einer von 40 Organisationen, Parteien und Einzelpersonen unterstützten antifaschistischen Demonstration. Von den Jungen Liberalen und den Kabarettisten über etliche Betriebsräte, die Jusos und die Grünen bis hin zur DKP, dem RSB und der autonomen Antifa reichte das Bündnis. Weit über 1000 Demonstranten folgten einem Aufruf der Antifaschistischen Aktion. Diese Demo vereinigte sich dann mit der anderen. Daneben hatten SPD, FDP und der DGB noch zu einer Kundgebung aufgerufen, an der sich ebenfalls Hunderte beteiligten und auf der auch SPD-OB Ude als Redner auftrat. Die demokratischen Münchner zeigten nach den Demonstrationen deutlich, daß sie ihre Stadt nicht den Faschisten überlassen wollen. Der Marienplatz, auf dem die Nazis ihre Schlußkundgebung planten, wurde von über 10.000 Münchner Bürgern besetzt. Die 5000 militanten Neonazis und Skinheads wollten nun auf einen anderen Platz. Doch insgesamt 12.000 Menschen, die meisten normale Münchner Bürger, die das erste Mal demonstrierten, kesselten die Faschisten einfach ein und verhinderten den Weitermarsch. Auch die USK der Polizei, die in voller Kampfausrüstung aufmarschierten, konnten den Weg nicht freiprägen. Nach mehreren Stunden kapitulierten die Faschisten und kehrten unter dem Jubel der Antifaschisten zu ihren Bussen zurück.

Der seit vielen Jahren größte Aufmarsch offen faschistischer Organisationen war durch die organisierten Demonstrationen antifaschistischer Gruppen und insbesondere durch die spontanen Massenproteste der demokratischen Münchner verhindert worden. Den Nazis wurde überdeutlich gemacht, daß den demokratischen Kräften und nicht den braunen Banden die Straßen und Plätze unserer Stadt gehören. Dies ist einer der größten Siege, den die Linke und die Antifaschisten in den letzten Jahren gegen die militante Rechte errungen haben! Es war zugleich ein eindeutiges Zeichen gegen die schwarz-braune Front der CSU mit offenen Faschisten. Dem braunen Peter Gauweiler wurde von Münchnern der Schwarze Peter präsentiert. Die Polizei verhaftete etwa 50 Faschisten und knapp 15 Antifaschisten. Innenminister Beckstein kündigte allerdings die polizeiliche Verfolgung aller Antifaschisten

an, die für Gewalttäter oder Rädelführer an Aktionen gehalten werden.

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Rede des Aktionsbündnis, das die Demonstration vorbereitete:

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Münchnerinnen und Münchner!

Als wir gestern vor dem Rathaus Flugblätter für diese Demonstration verteilten, haben uns viele Menschen gesagt, wir sollten nicht demonstrieren. Unsere



Das Münchner Bündnis gegen Rassismus stellte in einem kleinen Flugblatt - das am 1. März verteilt wurde - fest:

Ohne Hakenkreuz kein Zutritt zum Marienplatz ?

Ein groteskes Szenario wird die Münchner Bevölkerung heute erleben: Großeinsatz der Polizei zum Schutze der Nazis. Kontrollen in der Innenstadt, der Marienplatz abgeriegelt. Ab Mittag ist die „gute Stube“ für alle Demokraten gesperrt. Nur Faschisten und ihre Anhänger haben dann noch Zutritt.

Wer die Wehrmachts-Ausstellung sehen will, muß sich an der Hintertür anstellen. Der von der Stadt genehmigte Nazi-Aufmarsch, der um 14 Uhr am Jakobsplatz beginnt und um 15.30 Uhr am Marienplatz mit einer Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung endet, steht unter dem besonderen Schutz des Staates.

CSU-Ministerpräsident Stoiber hat den AntifaschistInnen gedroht: „Am Samstag langen wir zu“ (AZ).

Es gibt aber kein Recht auf Nazi-Propaganda! München - Weltstadt in braun? Das müssen wir uns nicht bieten lassen.

Demonstration würde nur zur Eskalation führen. Die Politiker und die Polizei würden schon gegen die Nazis vorgehen. ... Es wäre ein Leichtes für die Behörden gewesen, den Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten zu verbieten. Aber in München ist für die Genehmigung einer solchen Demonstration das Kreisverwaltungsreferat des Herrn Uhl zuständig. Herr Uhl ist CSU-Parteifreund des Herrn Gauweiler, der mittlerweile von der NPD hofiert wird. Und Herr Uhl war im letzten Jahr Hauptredner auf einer Kundgebung des rechtsradikalen Bundes Freier Bürger ... Können wir von so einem Mann wie Herrn Uhl Neutralität erwarten? Können wir erwarten, daß er die Nazis stoppt? Wohl kaum! ... Macht den heutigen Tag zum Tag der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Zu einem Tag des Protestes und des Widerstandes gegen die schwarz-braune Koalition!

NiB

Grüne fordern Debatte im Bundestag:

Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher, und Gerald Haefner, Sprecher der bayerischen Landesgruppe, erklären:

Die Aktionseinheit von Neonazis und Münchner CSU ist unerträglich. Wir fordern den CSU-Vorsitzenden Waigel auf, sich unmissverständlich von der Hetze der Münchner CSU und der Rechtsextremisten gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht zu distan-

zieren. Es kann keine Gemeinsamkeiten zwischen Neonazis und Demokraten geben. Wenn diese Distanzierung nicht unverzüglich und unzweideutig erfolgt, muss sich der Deutsche Bundestag in der nächsten Sitzungswoche mit der Diskussion über die Münchner Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht und mit den Aktivitäten der Münchner CSU beschäftigen. Gauweiler und die CSU München machen die Positionen der Rechtsextremisten gesellschaftlich hoffähig. Die Bezeichnung des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals als Strafkation gegen die Deutschen im CSU-Parteiorgan Bayernkurier oder das Wort von Norbert Geis über Stalins Vernichtungskrieg gegen die Deutschen zeigt: Viele in der CSU liegen geistig immer noch in den Schützengräben des II. Weltkrieges. Der Deutsche Bundestag muss allerdings auch endlich seine Hausaufgaben bei der Aufarbeitung der Geschichte des II. Weltkrieges machen: Die Rehabilitierung und Entschädigung der Wehrmachtsdeserteure und die Streichung der Kriegsofferrenten an Kriegsverbrecher und Freiwillige der SS und Waffen-SS ist längst überfällig.

OB zieht Resümee des Wochenendes

Am vergangenen Wochenende stand für München viel auf dem Spiel, betont Oberbürgermeister Christian Ude in einem Resümee. Es bestand die akute Gefahr, daß ein gewaltiger Aufmarsch von Neo-Nazis die ehemalige Hauptstadt der Bewegung erneut in Verruf gebracht hätte und es bestand die akute Gefahr, daß Auseinandersetzungen von Demonstranten und Gegendemonstranten zu gewalttätigen Straßenkämpfen führen würden. Beide Gefahren seien erfolgreich abgewendet worden:

1. Es ist dem Kreisverwaltungsreferat zu danken, daß es weder einen geschmacklosen Start der Neo-Nazi-Demonstration am Geschwister-Scholl-Platz, noch einen besonders makabren Marsch zur Feldherrnhalle gegeben hat. Die Rechtslage bot allerdings keine Handhabe, jedweden Aufmarsch der Rechtsextremisten zu verbieten.

2. Die Rechtsextremisten stammten erkennbar nicht aus München, sie mußten mit Bussen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengekartt werden. Demgegenüber hat die Münchner Bevölkerung mit eindrucksvollen und friedlichen Kundgebungen deutlich gemacht, daß sie für eine offene und ehrliche Auseinandersetzung auch mit dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte eintritt und rechtsextremistischen Umtrieben mit großer Wachsamkeit begegnet.

3. Die Einschätzung der Münchner Sicherheitsbehörden, daß die gegeneinander gerichteten Demonstrationen räumlich getrennt werden müssen, hat sich durch die Entwicklung am Samstag eindeutig bestätigt. In diesem Zusammenhang ist jede Kritik am Kreisverwaltungsreferat verfehlt.

4. Die Münchner Polizei hat durch Kontrollen im Vorfeld viele Rechtsextremisten daran gehindert, Waffen und verbotenes Propagandamaterial nach München zu bringen. Sie hat mit großem Einsatz Ausschreitungen größeren Ausmaßes und durch besonnenes Einschreiten Eskalationen vermeiden können. Dafür danke ich der Einsatzleitung unter Lt. Polizeidirektor Siegfried Böhm und dem Münchner Polizeipräsidenten Dr. Roland Koller ausdrücklich.

CSU probt neue Strategie

Anläßlich der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in München, weist die bayrische PDS-Abgeordnete, Eva Bulling-Schroeter, auf einen weiteren dynamischen Rechtsschwung der CSU hin: Über das Auftreten der CSU, insbesondere ihres Münchner Rechtsaußen Gauweiler, ist in den vergangenen Tagen viel geschrieben und gesendet worden. Im Gegensatz zu dem vielleicht entstandenen Eindruck, bei Herrn Gauweiler handle es sich um einen christsozialen Exoten, möchte ich darauf hinweisen, daß wir spätestens seit den Kreuther Klausurwochen der CSU von einer Verschärfung des Rechtskurses der bayrischen Staatspartei sprechen können. So ist z.B. die Beschränkung für Erteilung

Aus der Diskussion der PDS: Zur Steuerkonzeption des Schweriner Parteitag

PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben

Ein Interview mit Joachim Bischoff

Wohl kaum ein Beitrag hat so ungeteilt den Beifall des Schweriner Parteitages erhalten wie der von Christa Luft eingebrachte Antrag für soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben. Woher die Stimmung bei einem solchen eher trockenen Thema?

Es ist immer spekulativ, Aussagen über die Motive und Stimmungen eines Parteitages zu treffen, der unter Beteiligung eines großen Aufgebotes von Journalisten den politischen Kurs für die nächsten Monate abstecken will. Vor dem Hintergrund einer Reihe von Diskussionen über den Parteitag ist meine These, daß der Vortrag von Christa Luft als wesentlicher Schritt zur Präzisierung der PDS-Politik aufgegriffen wurde. Dieses Referat traf den Nerv der Delegierten, weil mit Blick auf die schwerwiegenden ökonomisch-sozialen Konflikte und die aktuellen politischen Auseinandersetzungen eine Grundposition der PDS aufgezeigt wurde, die eine konkrete Handlungsanleitung vor Ort ermöglicht.

Das Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden Bisky und die nachfolgende Generaldebatte waren durch eine Vielzahl von Themen geprägt. M.E. kann zurecht kritisiert werden, daß sich die PDS immer noch schwer damit tut, auf den Parteitag eine kontroverse Debatte zu den anstehenden Grundfragen zu organisieren. Von VertreterInnen der AG Junge GenossInnen wird daher zurecht die Debatte kritisiert. Eine Konfrontation der unterschiedlichen Positionen zur Frage der weiteren Wahlstrategie bis 1998/1999 und den Einschätzungen einer möglichen gravierenden Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern ist nicht zustande gekommen. Viele Redebeiträge liefen nebeneinander her. Es war auch nicht erkennbar, wie die historische Situation der kapitalistischen Metropole Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Monaten eingeschätzt wird. Schließlich blieben die sozialen Konflikte unbehandelt, die über die Regierungspolitik in Sachen Verteilungspolitik (Arbeitslosengeld, Krankengeld, Renten) aufgebrochen sind.

Es war überfällig, endlich über das Finanz- und Steuerkonzept – bei allen weiter zu klärenden Punkten – abzustimmen. Bedauerlich war nicht nur in meinen Augen, daß die Delegierten mit Blick auf die Zeitnöte von einer kritischen Durchleuchtung und Prüfung der Konzeption absahen. Mit der Streichung der Aussprache wollten die Delegierten den von Christa Luft gesetzten Orientierungspunkt festhalten. Es bleibt somit die große Aufgabe, die Grundzüge der Konzeption in der Partei und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zu vermitteln.

Der Bundesvorstand hat auf Anregung der Bundestagsgruppe der PDS auf seiner ersten Tagung in einem kurzen Papier die Eckpunkte der Steuerkonzeption festgehalten.

Die PDS strebt eine quantitative und qualitative Ausdehnung der Aufgaben der Kommunen an. Wie sieht der Trend in den letzten Jahrzehnten aus?

Zurecht gibt es etliche Rechtsklagen seitens der Kommunen und Länder gegen die Verlagerung von Steuerressourcen und Kompetenzen auf die zentralstaatliche Ebene. Das krassste Beispiel sind die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, die sich unter dem Blickwinkel einer Gesamtökonomie eben nicht als Einsparung, sondern als Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene erweisen. Die Kommunen sind handgreiflich mit den Auswirkungen von ökonomischen Fehlentwicklungen und sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen konfrontiert, erhalten aber immer weniger Ressourcen, um vor Ort eine kreative und zukunftsorientierte Lösung dieser Problemfelder einzuleiten. Wer die chronische Wachstums- und Akkumulationsschwäche überwinden, den sozialen Zerküftungen entgegenzutreten und die Lebensverhältnisse der Men-

Das Thema Steuern und Abgaben nimmt in diesem Rundbrief soviel Raum ein, weil die Krise der öffentlichen Haushalte eine Chance und eine Aufgabe für „Politik von unten“ bietet.

Die bürgerliche Regierungsmehrheit selbst treibt die Umgestaltung des Steuer-, Abgaben- und Sozialversicherungswesens so weit, daß Rückwirkungen auf die Lebensweise breiter Bevölkerungsschichten eintreten. Im bisherigen politischen Leben der Bundesrepublik mußte jede Regierung die Arbeit, auch die Lohnarbeit, als erste und wesentlich Einkommensquelle der Staatsbürger berücksichtigen. Inzwischen hat sich eine zahlenmäßig große und vor allem wortführende Schicht der Bevölkerung herausgebildet, die in ihrer Lebensplanung nicht nur mit dem Lohn- bzw. Gehaltseinkommen rechnet, sondern fest mit einem Zusatzeinkommen aus Eigentum plant. Mit dieser Entwicklung verschwinden schichten-, ja klassenübergreifende gemeinsame Bezugspunkte aus der Politik. Privatfinanzierung von Ausbildung, Gesundheitsvorsorge, Rente werden schichtenspezifisch hochinteressant. Das Solidarprinzip verliert seine vermittelnde Kraft. An die Stelle konkreter Bestimmungen der öffentlichen Wohlfahrt (Hungrige speisen, Frierende bedecken, Kranke pflegen) tritt ein abstraktes Regulativ: Rechnet es sich? Rechnet es sich nicht?

Nun hat die bürgerliche Gesellschaft den Weg der Umverteilung durch staatliche Haushalte überhaupt nur beschritten, um Infrastruktur für das Gewerbe und Daseinsvorsorge für die Menschen bis zu einem gewissen Grade unabhängig von der Rentabilität des Gewerbes und der Höhe des Lohneinkommens zu gewährleisten. Dies System bricht dem Vernichtungsurteil: Es rechnet sich nicht und aus! Die eine oder andere Spitze und läßt Diskussion über Bedürfnisse zu, auch wenn keine zahlungsfähige Nachfrage in Sicht ist. Qualitativ ist dieses System für die Notleidenden des Marktes von der größten, im Wortsinne existentiellen, Bedeutung. Quantitativ allerdings ziehen die Begünstigten der Marktwirtschaft die größten Vorteile heraus.

schen verbessern will, der muß den Kommunen über die Neuordnung der Finanzen und der Aufgabenfelder weitere Handlungsspielräume eröffnen.

Was könne man sich denn unter deren „ökonomischen, sozialen und ökologischen Aufgaben“ Genauer vorstellen?

Wir werden in den nächsten Jahren weitere Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungsbereichen verlieren. Auch der von den neokonservativen Parteien weltweit inszenierte Wettlauf zur Absenkung der Arbeits- und Sozialeinkommen wird dauerhaft keine Stabilisierung der Kapitalakkumulation bewirken. Alle kapitalistischen Metropolen sind mit der Herausforderung konfrontiert, daß mit 15 bis 25 Prozent der Bevölkerung eine Versorgung von Industrie- und Agrarprodukten auf historisch einzigartigem Wohlstandsniveau sicherzustellen ist. Immer wichtiger, aber zugleich immer weniger berücksichtigt bleiben die sozialen und kulturellen Bedürfnisse, also jene, die aus dem gesellschaftlichen, sozialen Verkehr der Menschen hervorgehen.

Jetzt, da die Arbeitskraft für Agrikultur, Industrie und für große Teile des Dienstleistungssektors immer unwichtiger wird und die neokonservativen Parteien eine Politik der Verstärkung beim Wertverlust der Arbeitskräfte betreiben, müssen wir neue Wege entwickeln, wie man Einkommen und Arbeit umverteilen und anders organisieren kann. Dabei steht der kommunale und regionale Lebenszusammenhang an erster Stelle. In den reichen kapitalistischen Metropolen können wir eine Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Kaufkraft durchsetzen und auf kommunaler Ebene in den gemein-

Der Umbau der Gesellschaft in Richtung „private Daseinsvorsorge“ betrifft deswegen nicht nur die Benachteiligten des Marktes. Auch die breite Mitte wird gezwungen, ihre Lebensweise umzubauen. In dieser Situation der Änderung besteht die Chance, die handgreiflichen Schwächen des ganzen Konzeptes sichtbar und Alternativen interessant zu machen.

Ein sehr großes Problem besteht allerdings. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind Herrschaftstechniken und Herrschaftswissen. Die Wirkungszusammenhänge liegen nicht auf der Hand. Dies mag ein Grund für den Übermut sein, den z.B. die FDP an den Tag legt, die eine parlamentarische Mehrheit für eine Politik bilden will, die, wenn überhaupt, vielleicht 15 Prozent der Wähler begünstigt und sagen wir 70 Prozent direkt schädigt.

Die Herrschenden fühlen sich vor Kritik so sicher, weil es sehr schwer ist, Kritik auf Gebieten zu entwickeln, auf denen die eigene Praxis fehlt. Die Lohnsteuer führt ja der Arbeitgeber und die Mehrwertsteuer der Warenverkäufer ab. Materiell ist es hier ein Lohnabzug und da ein Preisaufschlag, aber die breite Masse der Lohnabhängigen kann dazu nichts tun, als auf den Abrechnungszetteln schauen, was übrig bleibt. So kommt es, daß die Parteigänger der Bürgerlichen in solchen Fragen leicht schlau auftreten können.

Der Steuerbeschuß des PDS-Parteitages hat den großen Vorteil, daß er in den Kategorien des Haushaltsrechts ausgeführt ist, so daß er direkt alternativ zu vorgefundenen Tatbeständen bzw. jetzt geltenden Regeln steht. Das erleichtert die Anstrengung, in ein Wissens- und Argumentationsmonopol der Herrschenden einzubrechen, aber eine ziemliche Bildungsanstrengung bleibt eben doch zu leisten.

Wir drucken nebenstehend ein Interview mit Joachim Bischoff, Mitglied des Parteivorstandes der PDS und Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“. Auf S. 14ff. dokumentieren wir den Beschluß des PDS-Parteitages, auf den sich das Interview bezieht. Martin Fochler

nützigen oder Non-Profit-Sektoren entwickeln. Gemeinnützige Tätigkeiten sind eine grundsätzliche Alternative zu traditionellen Erwerbsarbeitsverhältnissen. Sie können wegen der hohen Produktivität aus dem gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden. Allerdings unterstellt dies eine radikale Umverteilungspolitik von Arbeit und Einkommen. Diese Entwicklung von gemeinnützigen Tätigkeiten auf kommunaler und regionaler Ebene wird rückwirkend eine Stabilisierung der gesamtgesellschaftlichen Einkommens- und Wertschöpfungskreisläufe bewirken.

Was hat die PDS im Auge, wenn sie von der Förderung alternativer Eigentumsformen (Genossenschaften) redet?

Geht man davon aus, daß allein der Non-Profit-Bereich, also der Sektor jenseits von Markt und Staat, eine Entwicklungsperspektive durch Umverteilung von Arbeit und Einkommen bietet, dann stellt sich das Problem, in welchen institutionellen und organisatorischen Formen eine solche zukunftsorientierte Entwicklung in Gang gesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang erhalten Genossenschaften, Sozialbetriebe, Vereine etc. eine herausragende Bedeutung für eine grundlegende Gesellschaftsreform.

Das Steuerprogramm der PDS zielt auf „eine grundsätzliche Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise und damit tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung“. Was meint die Partei mit der Um- und Neugestaltung wirtschaftlicher Strukturen und Kreisläufe?

Fortsetzung Seite 2

Wir sind nicht nur mit wiederkehrenden Konjunkturkrisen in den kapitalistischen Gesellschaften konfrontiert, sondern mit einer sich verschärfenden Systemkrise. Es gibt die von den Neokonservativen verfolgte Revitalisierung der kapitalistischen Gesellschaftsformation nur um den Preis einer enormen Zuspitzung der sozialen Spaltungen. Die Alternative besteht in einer Politik der radikalen Umverteilung von Arbeit und Einkommen. Unser Schlüsselproblem lautet: Wie schaffen wir den Einstieg in eine solche Entwicklung, wie können wir den vielen Menschen, deren Lebensweise bedroht ist und die große Zukunftsängste haben, von der Praktikabilität dieser Alternative überzeugen.

Der Antrag enthält, besonders auf der Seite der Einnahmen, eine Vielzahl von Forderungen, die die PDS ganz oder der Richtung nach mit anderen Parteien der Opposition teilt und die in geradem Gegensatz zu Grundsätzen und zur Politik der Regierungskoalition stehen. Was wären derartige parteiübergreifende Gemeinsamkeiten? Welche Forderungen würden besonders in den DGB-Gewerkschaften Unterstützung finden?

Linkssozialistische oder reformkommunistische Parteien sind in den kapitalistischen Hauptländern kleine Minderheiten. Nur in Kooperation und Auseinandersetzung mit anderen demokratischen, sozialdemokratischen oder ökologischen Kräften kann ein zukunftsorientierter Entwicklungspfad zur Überwindung der Systemkrise entwickelt werden. Auch andere Parteien sehen in der bewußten Zuspitzung des Gegensatzes von Reichtum und Armut keinen realistischen Ansatzpunkt zur Überwindung der Investitions- und Innovationsschwäche der kapitalistischen Länder. Wichtigste Aufgabe ist daher: in Absetzung zu neokonservativen Umverteilungskonzeptionen einen historischen Block sozialer Kräfte zu organisieren, in dem Lohnabhängige, Bezieher von Sozialeinkommen und ausgegrenzte soziale Schichten kooperieren. Konkret: Nur wenn die Rentensenkungs politik der Regierungsparteien entlarvt wird, können durch gemeinsame Aktionen von Lohnabhängigen und Bezieher von Sozialeinkommen veränderte politische Kräfteverhältnisse entstehen.

Nach wie vor ist die Überwindung von berufsständischen Vorurteilen und Sichtweisen auch in den Gewerkschaften ein Problem. Allerdings werden die Gewerkschaften in allen kapitalistischen Hauptländern durch die neokonservative Umverteilung mit einer Systemwende nach rechts konfrontiert. Dies eröffnet Chancen für eine Überwindung von organisatorischen und programmatisch-strategischen Verkrustungen.

Joachim Bischoff ist Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“ und Mitglied des Parteivorstandes der PDS.

Linke Schule 96/97 / Berichte aus AG Wirtschaft

Regionales Wirtschaften

In den vergangenen Jahren hatte die AG-Wirtschaft in der Regel in einem Kurs unterschiedliche Schwerpunktthemen behandelt, um so den unterschiedlichen Schwerpunkten der Arbeit in den östlichen und westlichen Bundesländern und der Bandbreite zwischen Fragen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Politik bis zu den Ansätzen alternativen Wirtschaftens gerecht zu werden.

Im Laufe der Zeit war es möglich, über Fragen wie z.B. Zentralismus und Dezentralismus in der kapitalistischen Wirtschaft, Ansatzpunkte dezentraler und regionaler alternativer Wirtschaft ein besseres wechselseitiges Verständnis zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den östlichen und westlichen Bundesländern herzustellen.

In der Sommerschule 96 wurde deshalb vereinbart, im Winter 97 ein Schwerpunktthema sowohl von theoretischer wie praktischer Seite zu behandeln, das für die Arbeit in „Ost und West“ gleichermaßen von Interesse ist: regionale Wirtschaftsräume, regionales Wirtschaften.

Dazu wurden ein Standard Einführungsbuch zur Regionalökonomie sowie eine Studie über „Großunternehmen und regionale Disparitäten in Europa“ vorbereitet, gelesen und diskutiert. Zusätzlich wurden praktische Ansatzpunkte regionaler und lokaler örtlicher Ökonomie behandelt.

Es besteht die Absicht, die Arbeit an den beiden „Strängen“ (1) theoretische und historische Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaften und (2) Ansatzpunkte alternativen und solidarischen Wirtschaftens fortzusetzen.

Zu (1) soll für den Sommer '97 eine Textsammlung zu Max Weber zusammengestellt werden. Aus aktuellem Anlaß und anknüpfend an die Thematik der „Wirtschaftsräume“ soll im Sommer auch das Thema „Euro“ und Wirtschafts- und Währungsunion behandelt werden. Es liegt nahe, dies mit der Auseinandersetzung mit Theorien zur imperialistischen „Großraumwirtschaft“ (die Währungsunion als „optimaler Währungsraum“) zu verbinden.

Bewährt hat sich in der Winterschule 97 auch für die Themen der AG-Wirtschaft die Methode: vorbereitende Literatursammlung (soll zukünftig die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorher erreichen) Vorbereitung in Untergruppen, gemeinsame Lektüre und Diskussion.

Wir veröffentlichen nachfolgend die Berichte aus der AG-Wirtschaft zur Winterschule 97 sowie – auf Grund der Aktualität des Themas – einen Bericht über Referat und Diskussion zum Thema „Haushaltspolitik“ und Kritik der „Globalisierungspropaganda“ mit Joachim Bischoff vom Sommer 96.

(chc)

sachsens, Ostessens, Rheinland-Pfalz und Ostbayerns.

Bei der Darstellung der Entwicklung der räumlichen Ungleichheiten weisen die Autoren nach, daß die heutigen räumlichen Disparitäten in hohem Maße Entwicklungen der vorindustriellen Zeit reproduzieren. Eine wichtige Rolle spielt die Herausbildung von Fernhandelszentren an wichtigen Verkehrsverbindungen im ausgehenden Mittelalter, in denen eine „starke Händlerschicht mit bedeutendem Besitz an mobilem Kapital“ dominiert. Von diesen Zentren breitet sich auch die industrielle, kapitalistische Entwicklung aus. Sie verfestigten sich bis heute. Entscheidende Veränderungen der Siedlungsstruktur im Bundesgebiet brachten vor allem die „Industrieverdichtungen der Kohlenzeit“ (S. 55). Die Autoren ziehen daraus den Schluß, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung zwar stärker als die vorkapitalistischen durch Standortverlagerungen gekennzeichnet ist, für alle nicht-rohstoffgebundenen Industrien jedoch gilt, „daß ihr Standort in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle mehr traditionell als rational zu erklären ist“ (S. 31). Als Schlußfolgerung daraus deuten die Autoren bereits an, daß dem Ziel eines interregionalen Ausgleichs, dem Ziel der „Gleichwertigkeit der Lebenschancen“ erhebliche Widerstände entgegenstehen und die „Steuerungskapazitäten staatlichen Handelns“ fehlen (S. 57).

In der folgenden Auseinandersetzung mit Theorien zur Wirtschaftsentwicklung kritisieren die Autoren den neoklassischen Ansatz, nach dem – vereinfachend gesagt – Disparitäten sich durch Verlagerung von Kapitalströmen z.B. in Richtung niedriges Lohnniveau von selbst ausgleichen. In der Diskussion wurde festgehalten, daß gerade die Entwicklung seit dem Anschluß der DDR die Kritik der Autoren bestätigt. So ist das Investitionsniveau in den östlichen Bundesländern viel niedriger, als im Westen, obwohl das Lohnniveau weniger als 2/3 des Lohnniveaus in den westlichen Bundesländern beträgt und Förderzuschüsse von bis zu 50% gezahlt werden. Die Mobilität von Menschen, Waren und Kapital ist nicht unbegrenzt, auch wenn die Transportkosten immer weiter verringert werden. Die Kritik der Autoren, daß der neoklassische Ansatz nichts erklärt, trifft die Neoklassiker vermutlich allerdings wenig. Es geht um Handlungskonzepte, und hier müssen die Autoren feststellen, daß die neoklassischen Wachstumstheorien die „praktische Regionalpolitik“, die z.B. mit der Vergabe von Fördermitteln arbeitet, dominieren.

Als Gegensatz zur neoklassischen Theorie sehen die Autoren polarisationstheoretische Ansätze. Sie sind nicht als geschlossenes Modell, sondern als Kritik der neoklassischen Ansätze entstanden und gehen nicht davon aus, daß sich die Entwicklung in verschiedenen Regionen angleicht. Das Polarisationsmodell kann sich dabei auf wirklich vorhandene Entwicklungen stützen, z.B. daß benachteiligte Regionen oft auch ein geringeres Wirtschaftswachstum verzeichnen. Die Schlußfolgerung: „Regionalpolitisch interessant im Sinne des Ziels der Erzeugung selbsttragenden Wachstums in peripheren Regionen ist, daß periphere Regionen nach dieser Auffassung Zentralitätseigenschaften gewinnen müßten, um interregionale Wettbewerbsfähigkeit im Wachstumsprozeß zu erreichen.“

Daran anknüpfend setzen sich die Autoren mit dem Begriff der „regionalen Wirtschaftspolitik“ auseinander, die als „wirtschaftliche Dimension der Raumordnung“ ein zentraler Bestandteil der Raumordnungspolitik ist, und setzen sich mit den Instrumenten staatlichen Handelns in der BRD bis zu den 70er Jahren auseinander, deren zentrales Element die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik ist. Das Ergebnis: „Die Steuerungskapazität des politischen Systems bezüglich der regionalen Entwicklung unterliegt ... einer doppelten Restriktion: Es werden Parameter verwendet, die sich als ineffizient im Sinne einer Realisierung der angestrebten Ziele erwiesen haben, d.h. wesentliche Determinanten der regionalen Entwicklung überhaupt nicht erfaßt; diese Kenntnis einmal vorausgesetzt, könnten diese Determinanten über Steuerungsparameter dennoch nicht beeinflußt werden, weil dann Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung – wie die Autonomie der Unternehmen und die Marktkonformität staatlicher Maßnahmen – in Frage zu stellen wären.“ (S. 165)

Anders als bei Erscheinen der Schrift spielt eine staatliche Planungspolitik heute kaum noch eine Rolle, das Ziel „Gleichwertigkeit der Lebenschancen“ ist

Impressum:

Der Rundbrief erscheint seit 1990. Er wird von der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, in und bei der PDS herausgegeben.

Redaktionsanschrift: GNN Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel.: (040)381393, Fax (040)3898331.

Verantwortlich für diese Ausgabe: Christiane Schneider

Der Rundbrief enthält u.a. die Ergebnisse der Linken Schule Schnepfenthal, die in jedem Jahr im Sommer und Winter in dreitägigen Kursen stattfindet.

Seit Sommer 1994 erscheint der Rundbrief zweibis dreimal im Jahr als Beilage zu den Politischen Berichten. Für die Bezieherinnen und Bezieher der „Politischen Berichte“ ist die Lieferung im Abopreis inbegriffen. Möglich ist die Bestellung lediglich der Ausgaben des Rundbriefes. Bestellungen bitte richten an:

GNN Köln, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Fax (0221) 215373.

Selbstverständlich macht die Herstellung und Verbreitung des Rundbriefes nach wie vor Kosten. Spenden für den Rundbrief erbitten wir auf das Konto des GNN-Verlages in Köln:

Postbank Köln, Konto 10419-507, B.I.Z. 37010050, Stichwort ARGE-Rundbrief

Theorien regionaler Wirtschaftsentwicklung

Anders als bei den bisherigen Sommer- und Winterschulen hatte sich die AG Wirtschaft diesmal auf einen Themenkomplex verständigt: „Regionale Wirtschaftsräume, regionales Wirtschaften: Geschichte, Theorie – aktuelle Politik?“ Es lag eine umfangreiche Literaturzusammenstellung vor, die gemeinsam erarbeitet wurde.

Am ersten Tag wurden große Teile des Buches Grundlagen der Regionalökonomie von Friedrich Buttler, Knut Gerlach und Peter Liepmann erarbeitet (Hamburg 1977). Es ist ein Produkt der Diskussionen um die Raumordnung Mitte der 70er Jahre, untersucht die Entstehung von Ballungs- und Entleerungsgebieten und befaßt sich mit verschiedenen Theorien der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Dabei gingen die Autoren davon aus, daß die räumliche Struktur des Bundesgebietes zwar ausgeglichener ist, als in anderen europäischen Ländern, trotzdem aber „große Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland (bestehen), die sich unter Status-quo-Bedingungen bis 1985 verstärken werden“ (S. 11). Die regionalen Disparitäten beinhalten auch erhebliche Einkommensunterschiede: Eine Auswertung der Arbeitsstättenzählung von 1970 ergab, daß die höchsten Löhne und Gehälter in den damals 11 Großstädten mit über 500 000 Einwohnern gezahlt wurden, die niedrigsten in den dünn besiedelten, vorwiegend ländlichen Gebieten Nieder-

hohlen Versprechungen über „blühende Landschaften“ gewichen. Auffällig ist, daß insbesondere bei der neoklassischen Theorie die stoffliche Betrachtung der Produktion ebenso wenig eine Rolle spielt, wie die der handelnden Subjekte. Die Rede ist von „der Wirtschaft“. Die stoffliche Seite der Produktion, die Produktion von Gebrauchswerten, ist aber auch für die Autoren kein Thema. Sie werfen ihr Fehlen nicht als Kritikpunkt auf, obwohl sich das regionalpolitische Ziel einer gleichmäßigen Entwicklung doch gerade daran orientieren könnte und müßte. Was wird gebraucht in der Region, was fehlt?

Darüber hinaus spielen Planung und Förderung für die Autoren nur als zentralstaatliche Aufgabe eine Rolle, das Ziel der Herausbildung selbständiger, regionaler Wirtschaftskreisläufe entwickeln sie nicht, die Bedeutung der Kommunen für die Entwicklung der Regionen nicht hinterfragt. – (wof)

II Wirtschaftsräume in Europa

Schwerpunkt des Tages war die Rezeption und Diskussion von Untersuchungen und Berichten über regionale Wirtschaftsräume in Europa. Als Literatur lag vor:

1. Gerd Rojahn, *Großunternehmen und regionale Disparitäten in Europa – Die Führungsfunktion von industriellen Großunternehmen im Prozeß räumlich-funktionaler Aufgabenteilung und regionaler Disparitäten in Europa*, Frankfurt 1984

2. Ulrich auf der Heide, *Strukturwandel im Wirtschaftsraum als Folge industriewirtschaftlicher Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse untersucht in ausgewählten Agglomerationen Mittel- und Westeuropas*, Frankfurt 1988

Rojahn geht von der in der Wirklichkeit belegbaren These aus, daß Großunternehmen „eine Führungsfunktion im Prozeß der räumlichen Organisation einnehmen“. Er definiert Großunternehmen nicht über Kapital- oder Umsatzgrößen, sondern nimmt als Anhaltspunkt eine Beschäftigtenzahl von 5000 bis 10 000 Leuten im europäischen Vergleich als Untergrenze. In einem knappen historischen Überblick stellt er dar, daß großbetriebliche Produktionsformen sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts insbesondere im Bergbau und in der Stahlerzeugung durchsetzten, nachdem sich solche Formen bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Textilindustrie entwickelten.

Eine besondere Rolle für die Entwicklung großer Unternehmen spielen und spielten Unternehmenszusammenschlüsse bzw. der Aufkauf kleinerer Unternehmen durch Großunternehmen. Beispielfür hierfür führt Rojahn u.a. die deutsche / westdeutsche Stahlindustrie an:

„Ein ähnlicher Prozeß führte im Ruhrgebiet Ende der 20er Jahre zu einem ständigen Zusammenwachsen der Stahlunternehmen, der bereits 1926 seinen Höhepunkt in den Vereinigten Stahlwerken mit mehr als 200.000 Beschäftigten fand ... Diese Unternehmensbildung zeigt bereits ein weiteres Phänomen im Zuge von Unternehmenszusammenschlüssen auf: die in der Folge durchgeführte Überprüfung und Rationalisierung der Produktionsprogramme und damit verbunden eine Konzentration der Produktion auf eine reduzierte Zahl

von Standorten. Trotz Auflösung dieses Konzerns nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte durch Zusammenschlüsse in den folgenden Jahrzehnten wieder eine Phase der Rekonzentration in den Gründungsunternehmen der Vereinigten Stahlwerke.“ (S.29/30) Von den 1948 noch bestehenden 16 Unternehmen der Stahlindustrie sind Anfang der 80er Jahre noch sechs Konzerne übrig, und zwar im wesentlichen durch Aufkauf bzw. Zusammenschluß. Mitte der 90er Jahre sind es gerade noch drei Konzerne. Das Ergebnis einiger Studien über die Wirkungen dieser Unternehmenskonzentration beschreibt Rojahn wie folgt:

– Die Zahl der Betriebe und der Mikrostandorte wird durch den Strukturwandel und technischen Fortschritt reduziert.

– Industriekomplexe und Ballungsgebiete erreichen eine qualitativ neue Größenordnung der räumlichen Konzentration (z.B. Dünkirchen, Fos-sur-Mer).

– Zeitweilig wird die Reduzierung der Zahl der Produktionszentren durch gegenläufige Tendenzen neutralisiert bzw. überkompensiert (z.B. durch Industrieansiedlung im ländlichen Raum).

– Die Konkurrenz der einzelnen Kapitale findet ihren Niederschlag in einer räumlichen Konkurrenz der Regionen Europas.“

Alle Untersuchungen, die Rojahn darstellt, kommen zu dem Ergebnis, daß die Entscheidungen von Großunternehmen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung bzw. Nichtentwicklung einer Region haben, daß sie erheblich auf die Lebensumstände Einwohnerinnen und Einwohner einer einwirken. In der Diskussion wurde von verschiedenen Teilnehmern darauf hingewiesen, daß die Großunternehmen erheblichen Einfluß nehmen auf das öffentliche Leben, auf das Kulturangebot, auf die Wohnungspolitik. In einigen großen Städten der BRD z.B. besitzen lange bestehende Konzerne einen beträchtlichen Anteil des städtischen Bodens, einen großen Teil des Wohnungsbestandes (Beispiele Krupp, Bayer), wirken auf das städtische Kulturangebot. Insbesondere in den Orten, in denen sich Konzernverwaltungen befinden, fordern die Konzernspitzen geradezu ein bestimmtes Angebot an kulturellen Veranstaltungen (Musik, Oper, Theater, bildende Kunst ...) und setzen dieses Angebot auch durch. In Regionen, in denen hingegen nicht das Führungspersonal der Konzerne konzentriert ist, sondern vor allem niedrig qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt werden, verzichtet der Konzern auf solche Anforderungen und lehnt auch das teilweise in den Metropolen stattfindende Kultursponsoring ab.

Als Fazit aus der Vorstellung verschiedener Studien zur Unternehmensentwicklung kommt der Autor zu folgenden, hier auszugsweise zitierten Thesen:

„1. Mit der Industrialisierung setzte sich eine Vielzahl von ‚Riesenbetrieben‘ in räumliche Konzentration als dominierender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung durch ...

2. Das Wachstum der Großunternehmen ließ diese auf lokaler Ebene in eine die Raumentwicklung dominierende Position hineinwachsen ...

3. Die Großunternehmen förderten die Herausbildung metropolitaner Regionen ...

4. Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, den Niedergang und Aufstieg ganzer Branchen tragen die Großunternehmen gleichfalls auch entscheidend zur Entwicklung bzw. Zur Destabilisierung der industriellen Großstädte bei ...“

Am Ende stellt sich heraus, daß die Mobilität der Arbeitskräfte, die durch die Konzernentscheidungen er-

zwungen wird, größer ist als die Mobilität des Kapitals. Andere Untersuchungen belegen zudem, daß auch bei den Auslandsinvestitionen der Großunternehmen eine deutliche Hierarchisierung zu verzeichnen ist. Der Schwerpunkt liegt in den ausländischen Metropolen, die Arbeitsteilung, die der Konzern im Mutterland einführt – höher qualifizierte Arbeit bei der Konzernzentrale und in den großen Städten, niedriger qualifizierte bis zur angelernten Arbeit auf dem Land – setzt sich auch bei den Auslandsinvestitionen fort. Ausländische Direktinvestitionen werden in der Hauptsache durch Großunternehmen getätigt. Ihre regionale Verteilung orientiert sich im wesentlichen an den vorhandenen Standortstrukturen der großen nationalen Unternehmen. Aber auch die Klein- und Mittelbetriebe verteilen sich ähnlich wie die Großbetriebe.

Daraus ergeben sich sowohl in den Mutterländern der Konzerne als auch in den Zielländern z.T. erhebliche Probleme:

„Die regionale Konzentration rezessiver Branchen mit vorherrschenden großbetrieblichen Strukturen stellt folglich für die Regionen ein besonderes Problem dar, da hier Rationalisierungsmaßnahmen und Desinvestitionsentscheidungen in geballter Form auftreten (z.B. Problematik der Montanregionen). Das gegenwärtig erreichte Ausmaß der Arbeitslosigkeit in bislang „reichen“ Regionen der Europäischen Gemeinschaft stellt einen Indikator für dieses Phänomen dar.“

Sowohl für Auslandsinvestitionen als auch für die inländischen Investitionen der großen Unternehmen ergibt sich, daß sie bisher kaum geeignet waren, regionale wirtschaftliche und soziale Unterschiede auszugleichen. Im Gegenteil, die Disparitäten werden im wesentlichen verstärkt.

Für die von politischen Entscheidungen beeinflusste staatliche Wirtschaftsförderung hat dies jedoch nicht die Folge gehabt, daß weniger große und mehr kleine und mittlere Betriebe gefördert wurden. Im Gegenteil: Rojahn kommt zu dem Schluß:

„Da die Großunternehmen jedoch für die wirtschaftsfördernden Institutionen leichter zu identifizieren und anzusprechen waren als z.B. Klein- und Mittelbetriebe und oftmals auch enge persönliche Beziehungen zwischen Managern der Großunternehmen und Regierungsbeamten Kontakte erleichterten, gehörten die Großunternehmen lange Zeit zu den wichtigsten Ansprechpartnern für regionalpolitisch bedeutsame Industrieansiedlungen ...“

In der Untersuchung der bisherigen politischen Wirtschaftsförderung führt Rojahn den Nachweis, daß diese bislang kaum geeignet war, der Verschärfung regionaler Unterschiede entgegenzuwirken und die von der großen Industrie herausgebildete regionale Arbeitsteilung nicht aufhebt. Im Gegenteil, die Großunternehmen haben in Europa, aber auch weltweit, hierarchische Strukturen hervorgerufen, die hochentwickelte Regionen in Konkurrenz zu einander setzt und Entwicklungs- und Strukturdefizite in anderen Regionen befördert bzw. ihre Überwindung behindert.

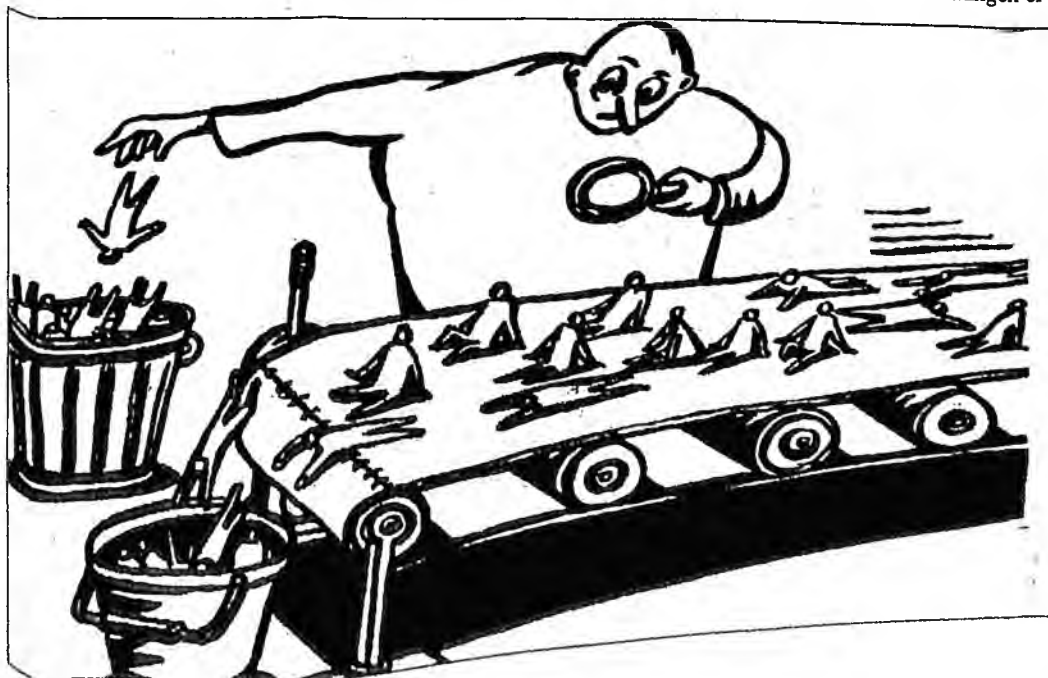
In der gesamten Diskussion zeichnete sich ab, daß die sich die beschriebenen Probleme in der BRD nach dem Anschluß der DDR eher verschärft haben. Die Entwicklung räumlicher Unterschiede, die Vernichtung der Wirtschaftskraft ganzer Regionen ist weitgehend durch Entscheidungen in Großunternehmen hervorgerufen. Aber auch hier kristallisiert sich heraus, daß auch in den neuen Ländern wirtschaftsfördernde Maßnahmen in erster Linie Großunternehmen zugute kommen, die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben kaum stattfindet.

III Wirtschaft von unten

Ein bekanntes Phänomen prägte den dritten Tag. Es waren noch jede Menge vorbereitete Materialien zu besprechen, aber die Zeit drängte, nahm der einen oder anderen Diskussion, dem einen oder anderen Gedanken den Raum, der ihnen gebührt hätte.

Selbsthilfe und lokale Ökonomie

Als erstes wurden zwei Artikel vorgestellt, die praktische Erfahrungen mit Selbsthilfeprojekten im Kölner Raum reflektieren. Dieses Projekt lokaler Ökonomie ist aus der sozialistischen Selbsthilfe entstanden, in dem Leute aus Jugendheimen der Stadt ein leerstehendes Haus abgetrotzt, in Eigenarbeit renoviert und jetzt nach zehn Jahren einen Vertrag bekommen haben. In diesem Ansatz ist die konkrete Arbeit mit Wohnprojekten verbunden. Wie häufig bei Selbsthilfeprojekten wird hier aus direkter materieller Not gehandelt. Die Kölner zahlen selbst in die Sozialversicherung ein und



sind damit krankenversichert. Bei den vorgestellten Projekten wird unter anderem Fahrradreparatur und Wohnungsaufhebung betrieben. Es sind häufig einfache Tätigkeiten, insbesondere Arbeiten, die ohne aufwendigere Produktionsmittel erledigt werden können. Vor allem Dienstleistungstätigkeiten haben in diesem Feld Konjunktur. Die sich entwickelnden Produktionsstrukturen sind meist nicht von langer Dauer. Der Versuch, auch ein landwirtschaftliches Standbein aufzubauen, ist an der zu geringen Produktivität gescheitert. In Berlin (West) ist eine Tauschbörse entstanden, die Reparaturarbeiten, Unterricht, Nachbarschaftshilfen, Freizeitgestaltung und Organisationsarbeiten umfasst.

Lokale Ökonomie in Form von Selbsthilfe spielt beispielsweise in Frankreich oder England eine größere Rolle und hat dort eine längere Tradition. Teils in Verbindung mit enorm hoher Arbeitslosigkeit und einsetzender Slumbildung als Selbsthilfebewegung entstanden, ist diese heute vielfach institutionalisiert und wird auch über EU-Mittel gefördert. In England gibt es keine Duale Ausbildung, so daß jeder Jugendliche, der nach der Schule keine Arbeit findet auch keine Ausbildung hat. In England liegen die Arbeitsbereiche hauptsächlich im Bereich Lebensmittelversorgung, Unterricht und Instandhaltung der Häuser, und zwar in urbanen Bereichen, die teils von der Wasserversorgung abgeschnitten sind und wo es sowieso keine Busse und Schulen gibt.

In Frankreich spielt die Selbsthilfe auch in ländlichen Strukturen eine Rolle. Es gibt Beispiele, in denen ein großer Teil der im Dorf anfallenden Tätigkeiten ohne Dazwischenkunft von Geld ausgetauscht wird, wobei der zeitliche Aufwand unterschiedlichster Tätigkeiten eins zu eins abgerechnet wird. Zeitguthaben werden auf einer eigens eingerichteten Bank deponiert.

In der Diskussion tauchte die Frage auf, inwieweit die Mobilisierung staatlicher / kommunaler Gelder gewollt wird, bzw. möglich / notwendig ist. Die erwähnten Kölner Projekte lehnen dies ausdrücklich ab. Auf der anderen Seite gibt es Erfahrungen in Gera, wo Vereine (Sozialarbeiterverein, Kinderbetreuung, Streetworkerverein) kommunale Räumlichkeiten über einen Erbpachtvertrag nutzen. Auch beim Einstieg in eine auf komplexere Produktionsmittel angewiesene Tätigkeit oder bei lärmzeugenden Arbeiten können geldliche Mittel und Infrastruktur nicht mehr allein von den Beteiligten aufgebracht werden. Wie reagieren die Handwerkskammern, wenn Projekte mit Dumpingpreisen auf den Markt drängen? In dem Kölner Beispiel ist dies kein Problem, da die Projekte für Bereiche arbeiten, die von normalen Firmen nicht abgedeckt werden. In Thüringen gibt es das Beispiel einer Schneiderei für Behinderte, die eine eigene Kollektion von Spezialkleidung, z.B. Wechselkleidung für Spastiker, ausgearbeitet und über Modenschauen in Heimen vertreibt. Die Zustimmung der Kammer ist eingeholt worden und als nach zwei Jahren das Ganze immer noch lief, haben die ansässigen Schneider sich über die „Konkurrenz“ beschwert, obwohl sie diesen Bereich gar nicht bearbeiten.

Eine zweite Ebene der Lokalökonomie besteht in Netzwerken von Kleinbetrieben, wie sie beispielsweise in der Toscana entstanden sind. So besteht in der Region um Carpi eine Struktur von Kleinbetrieben mit ca. 20 000 Beschäftigten. Produziert wird jedoch nicht nur für regionale Märkte, sondern die Zusammenhänge beinhalten auch die Vermarktung von Produkten, bis hin zur Präsenz auf internationalen Messen. Diese Form der Kooperation setzt jedoch eine ausgeprägte Infrastruktur voraus; sie bedarf eines hohen politischen und finanziellen Koordinationsaufwandes. Ein weiteres Kennzeichen ist das Überwiegen von Facharbeit und eine insgesamt hohe Qualifikationsstruktur. Erfahrungen aus Thüringen deuten darauf hin, daß ein Kooperationsgedanke, wie er sich in Italien ausgebildet hat, hier wenig Anknüpfungspunkte findet. Kooperationen in der gleichen Branche funktionieren eher über größere räumliche Entfernungen. Am Ort herrschen Abgrenzung und der Konkurrenzgedanke vor.

Tatsächlich findet der Kooperationsgedanke in der Toscana über lange Zeiträume ausgebildete Strukturen vor. Das Land ist aufgrund seiner geologischen Struktur zu großen Teilen nur in kleinen Parzellen zu kultivieren. Die Höfe standen immer dicht, in vielen Fragen war Kooperation nötig. Entsprechend hat es sich auch seit dem 14. Jh. ein spezielles System der Halbpacht (podere a mezzadria) herausgebildet, das den Bauern in vielen Fragen eine gewisse Selbstständigkeit beließ. Diese materiellen Strukturen, die Sozialbeziehungen mitstrukturieren, wirken auch in der Organisation industrieller Tätigkeit und der darin entstehenden Arbeitsbeziehungen weiter, bilden eine Quelle für die besprochenen Kooperationen.

Fragen, die in der Diskussion dieses Projektes auftauchten: Wie finden sich gewerkschaftliche Rechte in

diesen kleinen Betrieben wieder? Wie kann in solchen Strukturen Forschung und Entwicklung betrieben werden? Teils wird für den Weltmarkt produziert, wie wirkt dies auf die Arbeitsbeziehungen zurück?

(Material: *Lokale Ökonomie – Kommunale Selbsthilfe als Wirtschafts- und Beschäftigungsmodell*, PDS Landesinfo NRW, Nr. 3/96; *Sozialer Kahlschlag und Perspektiven des Widerstandes*, PDS Landesinfo NRW, Nr. 4/96; *Wirtschaftswunder durch kleine Betriebe?*, in: Die Mitbestimmung 2/91)

Beispiele aus der gewerkschaftlichen Debatte

Großgewerkschaften wie die IG Metall kümmern sich um Bereiche wie das Handwerk meist nur am Rande, weil die Mehrheit der Mitglieder in den Industriestrukturen arbeitet, die auch bei den gewerkschaftlichen Konversionsdiskussionen (70er Jahre Stahl/Werften / 80er Rüstung) im Betrachtungsfeld liegen.

In einem Papier der Osnabrücker Ortsverwaltung der IG Metall wird die Bestandspflege und Neuansiedlungspolitik der Kommune kritisiert, in dem Forderungsteil des 1992 erstellten Papiers aber nur ein Regionales Wirtschaftszentrum, also herkömmliche Strukturpolitik angemahnt. Damit wird auf die Region als Schicksalsgemeinschaft eingeschworen, ohne über lokale Märkte wirklich nachzudenken und unter ökologischen Gesichtspunkten Lenkungspotentiale zu nutzen.

Gewerkschaften haben leider noch nicht erkannt, daß Kaufkraft auch Marktkräfte sind, die als gerichteter Verbraucherwille z.B. den Großkonzern Shell zum Einlenken mit der Brent Spar brachte. Meist werden Handlungsansätze gewählt, die mit Interessenpolitik beschrieben werden können – hier ein runder Tisch, da eine Qualifikationsoffensive. Im gewerkschaftlichen Umfeld wird gerne die Lösung der aus niedergehenden Industriestrukturen herrührenden Problemfelder durch die Orientierung auf moderne „high tech Betriebe“ gesucht. Dabei wird dann häufig ein Qualifikationsanstieg erkannt, jedoch das Zahlenverhältnis von weggebrochener zu gewonnener Arbeit meist außer acht gelassen.

Ein anders orientierter Ansatz im gewerkschaftlichen Rahmen kommt aus einem ländlich strukturierten Bereich. Der DGB Lüneburg hat für seine Region auf die vorhandene Substanz und örtlich orientierte Perspektiven gesetzt, in dem die bestehenden Potentiale und Bedarfe analysiert und daraus dann eine Entwicklung und konkrete Aufgaben formuliert werden sollen.

(Material: Positionspapiere der Ortsverwaltung Osnabrück der IG Metall, entnommen aus einem Seminarreader zum Themenbereich Struktur- und Regionalpolitik; Regionalpolitische Überlegungen und Forderungen für den Landkreis Uelzen, DGB Kreis Lüneburg-Uelzen 1994)

Grün-alternativ geprägte Diskussionen

Als letztes wurde ein Beitrag aus dem Wuppertal-Institut behandelt, der Möglichkeiten einer ökologisch orientierten regionalen Industriepolitik beschreiben will. Dabei geht der Autor von folgenden Grundeinschätzungen aus. Weltmarkt- und Innovationsfähigkeit können Unternehmen im Zeitalter des Postfordismus nur durch Rückbesinnung auf ihre regionale Eingebundenheit und die Nutzung der darin liegenden Potentiale erlangen. Dies bildet die Basis für mögliche strategische Allianzen zwischen Staat, alten und neuen sozialen Bewegungen sowie den industriellen Modernisierern. Der Autor unterstellt weiterhin, daß es durchaus reale Anknüpfungspunkte in der Gesellschaft gibt, die im Rahmen strategischer Allianzen der genannten Akteure, unter neuen Leitbildern genutzt werden können. Beispielsweise sei regional stattfindende Deindustrialisierung durchaus auch eine Chance für Entwicklungen hin zu einer effektiveren Energienutzung und zu ökologischer Entlastung. Unabhängig von der Haltbarkeit der genannten Unterstellungen beinhaltet der Aufsatz doch eine Reihe von Gedanken, die interessant sind.

Zu beachten sei, daß projektorientierte Dienstleistung auf eine Verankerung in der materiellen Produktion angewiesen bleibe. Die Deindustrialisierung weise vor allem auf die Notwendigkeit der Umgestaltung der Stoffkreisläufe hin. Die Perspektive wird im Umstieg auf pflanzliche, nachwachsende Stoffe gesehen. Damit könne auch eine Wiederaufwertung des Primärsektors eingeleitet werden, die zu einem gleichberechtigtem Verhältnis zwischen Stadt und Land führen könne.

Im letzten Teil sucht der Artikel Anknüpfungspunkte in Produktion und Konsumtion, die die aufgerisse-

ne Perspektive stützen könnten und ihrerseits verstärkt werden müßten. Dabei sieht er sowohl Erfordernisse für moderne Unternehmenspolitik (räumliche Konzentration von Produktionszusammenhängen), als auch staatlich definierte Anforderungen (verschärfte Anforderungen des Umwelt- und Arbeitsschutzes), ein verändertes Verbraucherverhalten hin zu hochwertigen Naturprodukten, ein Umdenken selbst in der chemischen Industrie (Einsatz von Pflanzenölen und Stärke) und eine steigende Bedeutung selbstbestimmter Eigenarbeit durch kürzer werdende Arbeitszeiten, deren Ergebnisse bis hin zum ökologischen Gartenbau reichen.

(Material: Armin von Gleich; *Surfen auf der Modernisierungswelle? Über Ansätze und Möglichkeiten einer ökologisch orientierten regionalen Industriepolitik*, Quelle nicht bekannt) (dim, rog)

Linke Sommerschule 96 (Nachtrag)

Kritik des „Sparpakets“ und der Haushaltspolitik Welche Aussichten hat gewerkschaftliche Gegenwehr im innerstaatlichen Rahmen?

I.) Zum Vortrag

Referent: Joachim Bischoff

Gesichtspunkte des „Sparpaketes“ bzw. des Jahressteuergesetzes 1997:

a) Der Kern liegt in der Abschaffung von Kapitalsteuern (Vermögens-, Kapitalertragssteuern) und einer Kompensation durch Umverteilung sowie den Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Hinzu kommen:

b) Änderungen der gesetzlichen Grundlagen der Bundesanstalt für Arbeit (ABM, usw.),
c) Sozialhilfeänderungen/-kürzungen;
d) Änderungen bei Krankengeld und Gesundheitsleistungen;

e) Steuerreform mit weiteren Veränderungen (z.B. Erhöhung der Mehrwertsteuer).

Durch Tabellen und Graphiken wurden folgende Entwicklungen verdeutlicht:

- Die Entwicklung der Steuerbelastung der Arbeitnehmer seit 1982 schafft Möglichkeiten der Entsolidarisierung.
- Eine Abwärtsbewegung der bereinigten Lohnquote verbunden mit einer sich öffnenden Schere zwischen Nettolöhnen und Nettogewinnen.
- Unternehmenseigene Finanzmittel und Investitionen bleiben auf hohem Niveau, wobei sich reale (Netto-) Investitionen nur bei Binnenmarktnachfrage lohnen.
- Die Darstellung der Entwicklung der Anteile der Regionen am Weltsozialprodukt macht z.B. eine zunehmende Abkopplung Afrikas deutlich. Die Bedeutung der Triade (USA, Japan, EU) wächst.
- Westdeutschland hat die höchste Exportquote aller Industrieländer.
- Direktinvestitionen im Ausland haben eine zunehmende Bedeutung.
- Zunehmend wichtig werden grenzüberschreitende Anleihe- und Aktientransaktionen wie auch deren Kehrseite (die „Schuldenmaschine“).

Im Ergebnis wird eine chronische Unterentwicklung der Binnenmärkte in den Industrieländern durch die aktuelle Wirtschaftspolitik verstärkt.

Als Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wird sich ergeben:

- Die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wird sich dem EU-Standard angleichen.
- weiterhin trifft die Entwicklung ältere Beschäftigte und Sozialhilfeempfänger.
- zuletzt sind die Beschäftigten mittleren Alters betroffen.

Die Gewerkschaften müssen in dieser Situation klein gehalten werden, da ein erneutes Ringen um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einsetzt.

II) Zur Diskussion:

1) Das vorgelegte Material macht statistische Probleme deutlich:

- Eine gesamtwirtschaftliche Erfassung der Daten/Werte verhindert ihre Zurechnung zum Vermögen einzelner und dessen Bewegung. (z.B.: das steuerlich erfaßte Vermögen beschränkt sich u.a. auf Geldvermögen. Bei einem Vermögenssteuersatz von 1% müßten bei einem Gesamtvermögen von 8 Billionen DM (mit ei-

nen Freibetrag bis 500.000,- ergeben sich verbleibende 4,7 Billionen DM) 47 Mrd. DM eingenommen werden. Tatsächlich werden 5,5 Mrd. DM eingenommen.

2) Eine Rückkehr zu einer Politik der Binnenmarktorientierung wie in den 70er Jahren sei mit der Krise des klassischen Keynesianismus nicht mehr möglich. Grundsätzliche Neubestimmungen dagegen schon.

3) Wie erreichen wir die Politikfähigkeit in dieser Lage? Im linken Lager herrscht eher ein Begriffswirrwarr zu den im Material dargestellten Punkten. Neu sind dagegen Strukturbrüche: Vermittlungsinstitutionen wie „Sozialstaat“ (Sozialvers., Tarifverträge, IHKS) kommen unter Druck. Zu viele Bereiche verändern sich, um sie noch einzeln angehen zu können. Eine Einzellaktik ist kaum noch möglich (z.B. haben die Tarifabschlüsse keine Grenzen gezogen.)

Als Ansatzpunkte wurden genannt:

- die Währungsunion mit einer möglichen Entwertung von Teilen des vagabundierenden Kapitals
- eine radikale Steuerreform;
- Probleme der Deregulierung (z.B. die privatisierte Bahn, die sich mit Immobiliengeschäften befaßt statt mit ihren Aufgaben)

4) Das Problem findet einen gewissen Ausdruck im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms, der die soziale Marktwirtschaft als letzte Lösung der Gesellschaft begreift. Dagegen führt die reale Entwicklung in den Gewerkschaften zu einem Umdenken. Für realistisch wurde z.T. gehalten, daß das vorliegende Programm abgelehnt wird.

- Auch die Differenz zwischen der realwirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung des privaten Geldvermögens wird als Ansatzpunkt gesehen. Wie soll gesellschaftliche Wertschöpfung vor oder nach einer möglichen „Katastrophe“ aussehen?

5) Die „Privatisierung der Politik“ hat einen schwindenden Legitimationsdruck auf die Politiker zur Folge, was sich bei letzteren in sinkender Verantwortung ausdrückt.

Die Änderungen diverser Einzelgesetze über die Zeit erscheinen als Gesamtpaket.

6) Gesetzliche Regulierung drückt auf tarifvertragliche Regelungen. Neokonservative Vorstellungen (s. Schäuble) erscheinen als strategische Konzeptionen, die Stück für Stück umgesetzt werden. Gegenüber der Forderung nach Beschränkung des Staates auf seine „eigentlichen Aufgaben“ führt eine Suche nach Haltepunkten z.B. zum „öffentlichen Beschäftigungssektor“ (z.B. durch „Abschöpfung von Profitanteilen“).

7) Die Frage, ob eine welt- oder volkswirtschaftliche Entwicklung mit Krisenregulierung möglich ist, verlangt nach Klärung. Die Diskussion über Haltepunkte gegen Entsolidarisierung ist in einer Situation zu führen, in der in die Entwicklung in manchen Betrieben durch eine abnehmende Zahl von produktiv Tätigen bei zunehmender Anzahl von Hochbezahlten gekennzeichnet ist.

8) Eine Rolle spielten Modelle eines „rheinischen Kapitalismus“ sowie des „shareholder Kapitalismus“, wobei der letztere als allein auf Eigen- und Fremdkapitalrendite ausgerichtet beschrieben wurde. Damit erfolgt eine Distanzierung vom Gesichtspunkt des „schöpferischen Unternehmers“. Die Entwicklung führt zur Hegemonie des Geldkapitals und erfordert eine Umwälzung der gesellschaftlichen Grundlagen. Der Begriff des „Shareholders“ wurde insoweit differenziert, als es auch um Manager geht, die im Unternehmen, in dem Sie arbeiten, Geld anlegen. So wird nicht nur der Wert des Unternehmens gesteigert sondern auch die eigenen Einkommensmöglichkeiten.

Die weitere Diskussion sollte in drei Abschnitte gegliedert werden:

1)- SPD (Text Lafontaine)

2)- Gewerkschaftsdiskussion

3)- Entwicklung von Gegenpositionen/ PDS

zu 1 und 3) Hier befaßt man sich mit einer Analyse und Kritik an dem Lafontaine-Artikel.

Für die Sommerschule 1997 wurde überlegt, das Thema Maastricht/EU (Währungsunion/Sozialunion) in den Mittelpunkt zu stellen. Auch die Situation in der Landwirtschaft sowie ein Vergleich mit Polen; CSR, Ungarn und deren möglicher Eintritt in die EU wurden diskutiert.

zu 2) Das neue DGB-Grundsatzprogramm wurde als Rückschritt angesehen. Negativ fielen hier drei Punkte auf:

- Menschenrechte
- Ausländer
- Kriegsdienstverweigerung.

(wjo)

Linke Schule 96/97 – Aus der AG Philosophie

Auseinandersetzung mit der deutschen Ideologie

Rückschau auf die Sommerschule 96, besonders Fichte s.a. letzte Beilage

In der Auseinandersetzung mit der deutschen Ideologie, gemeint ist hier die Lebensform, das deutsche gesellschaftliche Wesen, stoßen wir auf Vorurteile, die sich, als Selbstverständlichkeit maskiert, der Kritik entziehen und doch die Bildung politischer Urteile – oft sogar entscheidend – beeinflussen. In der Auseinandersetzung mit Fichte konnten wir im letzten Sommer Einblick in die Vorstellungswelt nehmen, die mit der Rede vom „Fremden“ verbunden ist. Das Fremde – und damit der andere – erscheint hier nicht als Glück und Bereicherung, sondern als Material der eigenen Verwirklichung. Diese Auffassung vom menschlichen Dasein prägt allen menschlichen Lebensäußerungen wie Gattungsverhalten, Arbeit, Lernen die Form von Herrschaft auf. Um überhaupt ein Zusammenwirken zuzulassen, das als menschliches Zusammenwirken auf dem wenigstens bereichsweise freien Gebrauch der Urteilskraft beruht, benötigt man dann aber einen Raum, in dem die einander fremd und wechselseitig als Gebrauchsgegenstand gegenüberstehenden Individuen sich begegnen können. Diesen Raum bietet die Nation, die damit zur Person im strengen Sinne wird und die einzelnen wie Organe eines Körpers miteinander verbunden hält. Die nationale Identität wirkt hier nicht etwa als Beschreibung möglicher Lebenspraktiken, die veränderlich und erweiterbar zu sehen wären, sondern als Grundlage der wirklichen Existenz des Ich, das nur da sein kann, wenn es aus seiner Isolation herauskommt, wenn es in die Identität des Nationalen eintritt. Für die Nation gelten ähnliche Entwicklungsvorstellungen wie für die Person. Die Nation entwickelt ihr Wesen aus sich heraus, das Fremde kann ihr nur Material der eigenen Darstellung sein. Die Subjektivität des Fremden, seine Bestimmung durch sich selbst, ist in der eingeschränkten und in einer Vielzahl gängiger Denkstrukturen verankerten deutscher Normalität von vornherein ein Aufbegehren, eine Frechheit, eine unzulässige Inanspruchnahme.

Auf dieser Grundstruktur im deutschen Denken, die im 18./19. Jahrhundert entsteht, ist es zu vielen Fehlentwicklungen und auch Fehlentscheidungen gekommen. Hier ist auch eine Wurzel des völlig irrationalen deutschen Überlegenheitsdenkens zu finden. Weil dem Fremden von vornherein nicht die gleiche Subjektivität zugesetzt, fehlen die Maßstäbe für den Vergleich. Politische Verblendung ist vorstrukturiert.

Eine in der bürgerlichen Welt sonst wirksame Bremse des nationalen Übermut, die Rückbesinnung der einzelnen Personen auf ihre handfesten Interessen, ist ebenfalls abgeschaltet. Wenn die wahre Identität die nationale ist, so kommt es der Person nicht mehr zu, gültige Urteile zu fällen. Sie können nur durch Autoritäten gefällt werden, die nicht als Personen verstanden werden dürfen, sondern Verkörperung nationaler Identität sind.

Für eine öffentliche Meinung, die mit derartig vorgeformtem Werkzeug des Denkens auskommt, sind nicht nur katastrophale Fehlurteile wahrscheinlich. Lebenspraktiken, in denen der Fremde und das Fremde als bloßes Material erscheinen, das verarbeitet werden muß, und in der das Fremde das eigene Sein gefährdet, wo es nicht verarbeitet werden will, sondern Anerkennung eigener Subjektivität verlangt, enthalten schreckliche Möglichkeiten. Bei aller Vorsicht kann man doch im so deformierten Urteilsvermögen eine der Voraussetzungen des modernen Antisemitismus und der Staatspolitik der Judenvernichtung sehen. Sobald nämlich das Fremde einmal aus der mitmenschlichen Identität herausgenommen – und je mehr es als Fremdes gekennzeichnet wird, um so klarer ist es herausgenommen – und soweit das Fremde als Material der eigenen Verwirklichung gesehen wird, werden unmenschliche Verfahrensweisen plausibel, weil der Fremde als Mitmensch unkenntlich gemacht wurde.

Ein Wechselspiel zwischen dem Gros der Nation, das sich mit der eigenen Entfaltung befaßt und sich durch das Fremde gestört fühlt, und einer Avantgarde, die aus diesem Gefühl der Störung die Konsequenz des Vernichtungshandelns zieht, wird möglich, und es muß ganz klar sein, daß keine der beiden Haltungen ohne die andere praktisch werden könnte. Die Diskussion im Som-

mer hat uns auch gezeigt, wieso solche Denkformen sich mit dem aufkommenden Kapitalismus entwickeln, aber es muß auch gesehen werden, daß sich es hier um eine sehr spezifische Variante der Verarbeitung von kapitalistischer Ökonomie zu einer Lebensweise bzw. Identität handelt, deren Kritik für uns auch im praktisch-politischen Sinne möglich ist und auch ansteht.

Wir wollen diese Auseinandersetzung so führen, daß eine Verbindung gezogen wird zwischen den Kulturgütern, den Instrumenten des Denkens und den Vorurteilen, die in der öffentlichen Meinung leben und wirken, und den konstruktiven Grundlagen, wie sie nicht zuletzt durch die Werke von Philosophen gelegt wurden, die klassisch werden, weil sie Grundgerüste bilden, an denen sich immer neue Legitimationsvarianten von Praktiken aufrichten können. Wir haben erörtert, daß wir für die Auseinandersetzung mit so geschichtsmächtigen Stoffen, wie sie die Philosophie Hegels bietet, bis zu einem gewissen Grade ausholen und auf die Denkmittel zurückgreifen müssen, derer sich Hegel und seine Zeitgenossen wie selbstverständlich bedienen. Aus diesem Grund haben wir uns in der Winterschule 97 mit Texten aus dem *Organon* des Aristoteles auseinandergesetzt. Um die zwanzig Leute hatten teilgenommen. In der Diskussion traten einige Schwierigkeiten auf, die in vorherigen Philosophiekursen nicht so auffällig geworden waren.

Von der Winterschule 97: Aristoteles' Organon

Das *Organon* stellt eine Palette von Vorgehensweisen vor, die den Denk- und Erkenntnisprozeß entmystifizieren. Wenn die Gegenstände richtig gewählt sind, gelangt man bei Feststellung der Voraussetzungen unabhängig von den urteilenden Personen zu gleichen Ergebnissen. Das helle Licht und die klare Sprache des logischen Urteils muß gesehen werden im Kontrast zur verschleierte Mitteilung der gottgeweihten Priester des Orakels. Noch lange hat die antike Welt zur Urteilsfindung auf Orakel und Mysterien nicht verzichten wollen, und auch das *Organon* wendet sich direkt dagegen, Orakel, Mysterium und Brauch oder unmittelbare Wahrnehmung mit logischen Mitteln anzugehen:

„Man soll nicht jedes Problem und jede These untersuchen, sondern nur solche, wo es zur Lösung obwaltender Zweifel der Vernunft bedarf, nicht der Züchtigung oder der gesunden Sinne. Die etwa zweifeln, ob man die Götter ehren und die Eltern lieben soll, oder nicht, bedürfen der Züchtigung, und die zweifeln, ob der Schnee weiß ist, oder nicht, bedürfen der gesunden Sinne. Auch darf man nicht solches dialektisch behandeln, wofür der Beweis nahe oder allzu fern liegt: das eine bietet keine, das andere größere Schwierigkeiten, als bloße Übung verträgt.“ (*Organon* V, Topik, 11. Kapitel)

Was aber nun die angemessenen gewählten Gegenstände betrifft, führt die dialektische Erörterung in ihren Grenzen zu einem zutreffenden Urteil, das von einer bloßen Meinung weit entfernt ist, unabhängig von der Person des Urteilenden gilt.

Die gewisse Härte dieses Verfahren hatten wir auch im Kursverlauf zu spüren. Es ist bei diesen Texten nämlich nicht möglich, über das angemessen aufgeworfene Problem verschiedene Meinungen der Kursteilnehmer nebeneinander stehen zu lassen. Hier muß diskutiert werden, bis eine Verständigung erreicht ist oder festgestellt wird, daß das vorgelegte Problem mit logischen Mitteln nicht lösbar ist. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Wahl der Beispiele außerordentlich schwierig ist und daß die Diskussion Wechsel in den Beispielen überhaupt nicht verträgt. Wer sich auf diese Texte einlassen will, muß sich auf ein ziemlich strenges Verfahren einlassen, denn das Abirren von der Sache ist eine große Gefahr, dies um so mehr, als der Text seine Beispiele oft nicht selbst gibt, sondern den Übenden freistellt, Beispiele zu wählen.

Eine zweite Überraschung hält der Text auch noch bereit. Die Übung, die hier verlangt wird, zerlegt das Gespräch in Fragenden und Antwortenden. Anders geht es beinahe nicht. Die kurze Wechselrede, durch die man zur Sache und ihrer Grenzen finden kann, ist, so haben wir festgestellt, heutzutage keine gängige Sprachform. Eine direkte Frage wird als unhöflich empfunden. Üblich ist es, die eigene Ansicht abgerundet vorzustellen und sich

auf vorgelegte Meinungen irgendwie zu beziehen. Wahrscheinlich verhält sich's damit so: In der hierarchischen modernen Welt ist jemand, der sich fragen lassen muß, als Untergebener bestimmt, wer fragen darf, als Vorgesetzter. Fragen kommen praktisch nur vor, um festzustellen, ob und wie weit die Gefragten Pflichten nachkommen sind, die ihnen vorgelegt wurden.

Wir sind von diesen Problemen überrascht worden, und das hat Zeit gekostet. Wenn sich herausstellt, daß der Kurs irgendwann oder -wo noch mal gemacht wird, müßte auf jeden Fall eine Vorbereitungsgruppe zusammentreten. a) Es müßten eine Reihe angemessener Beispiele ausgesucht werden. b) Die räumlichen Gegebenheiten müssen stimmen, eine Tafel muß vorhanden sein, auf der angeschrieben werden kann, was gerade zur Debatte steht, Übungsgruppen aus wenigen Personen müssen arbeiten können. c) Die Moderation der Diskussion muß anmahnen, daß zur Sache gesprochen wird. Das ist sehr anstrengend, die Moderation vorbereitet sein und abwechseln. d) Der Prozeß des „Fragens“ und „Antwortens“, des „Angreifens“ oder „Verteidigens“, des „Zugebens“ oder Behauptens, muß zwangloser werden, wenn diese Funktionen von Gruppen wahrgenommen werden, geht es leichter, weil die äußere Ähnlichkeit mit Situation der Unterdrückung wegfällt.

Obwohl der Aufwand also beträchtlich ist, die Zeit, die wir hatten, sehr kurz war und die Vorbereitung die oben genannten Wünsche übrig ließ, hat sich doch herausgestellt, daß die Auseinandersetzung mit Aristoteles notwendig ist und was bringt. Der Versuch der aristotelischen Schule, mit der Kategorienlehre eine Struktur aufzustellen, in der sich die Vielfalt des Seins der Dinge mit Vernunftmitteln greifen läßt, fasziniert auch heute noch. Auf den damals bereits ausgebildeten Konflikt, ob die konkreten Dinge nur die mehr oder weniger mangelhaften Abbilder eines Ideals sind, das ihr Ursprung ist, oder ob sie selbst Ursprung sind, heißt es: „Substanz im eigentlichsten, ursprünglichsten und vorzüglichsten Sinne ist die, die weder von einem Subjekt ausgesagt wird, noch in einem Subjekt ist, wie z.B. ein bestimmter Mensch oder ein bestimmtes Pferd. Zweite Substanzen heißen die Arten, zu denen die Substanzen im ersten Sinne gehören. So gehört z.B. ein bestimmter Mensch zu der Art Mensch, und die Gattung der Art ist das Sinnenwesen. Sie also heißen Substanzen, Mensch z.B. und Sinnenwesen.“ (*Organon* I, Kategorien, 5. Kapitel). Die strenge Bestimmung des Substantiellen hat Aristoteles in einer sklavenhaltenden und patriarchalen Gesellschaft auch dazu geführt, gesellschaftliche Bestimmungen nicht als substantiell, d.h. mit der konkreten Person verwachsen und eine eigene Art bildend anzusehen, sondern relativ. Nur in der Relation zum Knecht ist einer Herr und umgekehrt. Wo kein Herr, da kein Knecht. Oder, was das „Haben“ anbetrifft: „Man sagt auch, daß wir ein Weib haben und das Weib einen Mann hat. Aber diese Weise des Habens scheint ganz uneigentlich zu sein, denn wir wollen mit der Aussage, daß einer ein Weib hat, nur ausdrücken, daß er mit ihr zusammenwohnt.“ (*Organon* I, Kategorien, 15. Kapitel) Die Unterscheidungs- und Schlußmethoden der aristotelischen Schule lassen die Herausnahme von Menschen oder Menschengruppen aus der Menschheit nicht zu. Der aristotelischen Schule geht es nicht um die Kritik von Sklavenhalterei oder Patriarchat, aber weil es vernünftig nicht möglich ist, legitimiert sie diese Verhältnisse auch nicht als Naturzwang, der sich aus der substantiellen Bestimmung des Knechtes zum Knecht und der Frau zur Unmündigkeit ergäbe.

Unser Versuch, anhand der vorgegebenen und selbstgebildeter Beispiel die Logik der Schlußformen aufzufassen, hat im Laufe dieser wenigen Tage gezeigt, daß hier viel Übung notwendig wäre, aber auch Ergebnisse winken. Die Schlußformen haben sich so tief in die Denkgebräuche eingegraben, daß es sehr leicht möglich ist, durch formgerechtes Auftischen bei Zuhörenden Schlußfolgerungen regelrecht zu erzeugen, besonders wenn das Auftischen durch Medien geschieht, die Rückfrage und Rückbesinnung nicht zulassen oder erschweren. Es ist jedoch möglich, dem Vorurteil mit den feinen Mitteln des *Organon* das Gewand des richtig Gefolgerten, der Wahrheit abzustreifen, und ohne diese Hülle fällt es auseinander. Besonders in Sachen deutscher Staatsideologie und der mit ihr zusammen lebenden Vorurteile wäre es lohnend, nicht nur das Reaktionäre zurückzuweisen und zu verwerfen, sondern den Irrtum zu bestimmen, dem es aufsitzt und aufsitzen läßt.

Nach der interessanten, aber eben auch zeitraubenden Auseinandersetzung mit Aristoteles blieb nur noch ein kurzer Vormittag zur Lektüre aus den Meditationen des Descartes. Hier wird der Sommerkurs anknüpfen. Zur Vorbereitung des Sommerkurses, d.h. zur Auswahl der Texte und Sammlung von Hinweisen auf Literatur wird am 11. Mai in Hamburg ein Treffen stattfinden, bis zu dem auch ein Bericht über die Descartes-Diskussion vorliegen wird.

(Martin Fochler)

Anmeldung bei: GNN Verlag HH, Tel. (0 40) 38 13 93

Thesen zur Logik und Ideologie

1. These: Logische Regeln werden aus der Beobachtung des allgemeinen Denkens gewonnen wie grammatische Regeln aus der Beobachtung der Sprachbenutzung.

Ich gehe hier nur auf die beiden Logiken von Aristoteles und Hegel ein, weil es vor Hegel außer der Logik des Aristoteles „sonst keine gegeben hat ...; seit Aristoteles' Zeiten hat die Logik keine Fortschritte gemacht.“ (Hegel, Geschichte der Philosophie II, Suhrkamp-Ausgabe Bd. 19, S. 229)

Über die Logik des Aristoteles sagte Hegel: „Das Denken in seiner ... Anwendung hat Aristoteles aufgefaßt und ... dargestellt. Er hat sich wie ein Naturbeschreiber verhalten ... es ist Naturgeschichte des ... Denkens.“ (Hegel, Geschichte der Philosophie II, a.a.O., S. 229), und weiter: „Es ist ein unsterbliches Verdienst des Aristoteles, ... diese Formen erkannt und bestimmt zu haben, die das Denken in uns (Hervorhebung von W.B.) nimmt ... jene Formen sind darin versenkt; ... (sie) zu fixieren, zum Bewußtsein zu bringen, ist ein Meisterstück von Empirie ...“ (Hegel, Geschichte der Philosophie II, S. 237)

Was Hegel von der Logik des Aristoteles feststellt, sagte Marx auch über Hegels Logik: Hegel „glaubt, die Welt mittelst der Bewegung des Gedankens konstruieren zu können, während er nur die Gedanken, die in jedermanns Kopf sind, systematisch rekonstruiert und ... klassifiziert.“ (K. Marx, MEW Bd. 4, S. 130) Wie Hegel das gemacht hat, soll unten noch an einem Beispiel gezeigt werden.

2. These: Wie wir nicht Grammatik studieren müssen, um richtig Deutsch zu können, so brauchen wir keine ausgearbeitete Logik, um richtig denken zu können.

Hegel nannte die Logik, die in unserem Denken ist, „natürliche Logik“: „Die ... Tätigkeit des Denkens ist ... bewußtlos geschäftig (die natürliche Logik);“ (Hegel, Logik I, Suhrkamp-Ausgabe, Bd. 5, S. 26).

Zwar hat Hegel die aristotelische Logik nicht „künstlich“ genannt, aber er stellte doch fest, daß der große Aristoteles dort, wo er am besten denkt, sich überhaupt nicht an die Regeln der Logik gehalten hat: „Aristoteles ist ... der Urheber der verständigen, gewöhnlichen

Logik ... Aber zu bemerken ist, daß ... es nicht diese Formen des Schlusses sind, nach denen Aristoteles verfährt. Wenn Aristoteles so verführe, so würde er nicht dieser spekulative Philosoph sein, als den wir ihn erkannt haben; keiner seiner Sätze, seiner Ideen könnte aufgestellt, behauptet werden, könnte gelten, wenn er sich an die Formen der gewöhnlichen Logik hielte. Man muß ja nicht glauben, daß Aristoteles ... nach dieser seiner Logik ... gedacht, fortgeschritten, bewiesen hätte ...“ (Hegel, Geschichte der Philosophie Bd. II, a.a.O., S. 241) (Die Bezeichnung „spekulativer Philosoph“ wird hier im positiven Sinne gebraucht.)

Hegel stellt aber nicht nur bei Aristoteles fest, daß er zu seinem Vorteil die (traditionellen) logischen Regeln mißachtete, sondern bemerkte auch, daß das der Normalfall ist bei Menschen mit einem weniger großen Verstand als Aristoteles: „Der gemeine Verstand läßt ein andermal auch ... das Gegenteil gelten und behauptet es selbst; oder weiß auch nicht, daß er unmittelbar das Gegenteil von dem sagt, was er meint, sein Ausdruck nur ein Ausdruck des Widerspruchs ist. In seinen Handlungen überhaupt ... bricht er diese seine Maximen, seine Grundsätze; und wenn er ein vernünftiges Leben führt, so ist es eigentlich nur eine beständige Inkonsistenz ... Wer, wo es sei, nach einer Maxime handelt, heißt ein Pedant und verdirbt sich und anderen die Sache ... Der gemeine Verstand ist in seinem Handeln also besser, als er denkt ... im Handeln widerlegt er selbst die Borniertheit seines Verstandes.“ (Hegel, Geschichte der Philosophie I, S. 407f.)

Tatsächlich ist der „gemeine Verstand“ auch in seinem Denken besser, als die Philosophen von ihm denken. Jeder Alltagskopf hat Logik und Dialektik längst in sich, bevor sie in einem Philosophenkopf zu einer logischen Abhandlung kristallisiert werden können.

Wozu dann aber überhaupt Logik? Im Vorwort zu seiner eigenen Logik gibt Hegel zunächst – er bezieht sich damit nur auf die aristotelische Logik – eine vorsichtige Antwort: „Daß man durch die Logik denken lerne, was sonst für ihren Nutzen und damit für den Zweck derselben galt – gleichsam als ob man durch das Studium der Anatomie und Physiologie erst verdauen und sich bewegen lernen soll – dies Vorurteil hat sich längst verloren ...“ (Hegel, Logik I, S. 14)

Aristoteles hatte für seine Logik gleichsam die Köpfe der Menschen seziert. Statt nun seinerseits davon auszugehen, daß auch er nur Menschenköpfe seziert,

Exkurs: Wie Hegel seine Dialektik aus dem alltäglichen Denken abstrahierte – am Beispiel der Dialektik von Satz, Subjekt und Prädikat

Hegeltext:

„Jeder Satz besteht aus einem Subjekt und Prädikat, sie sind verschieden, in der Vorstellung meinen wir ihre Einheit ...

Aber in der Tat der einfache, sich selbst gleiche Satz ist Tautologie, gar nichts gesagt; und wo etwas gesagt sein soll, sind es Verschiedene ...

... und, indem ihre Verschiedenheit zu Bewußtsein kommt, Widersprechende ...

Das gemeine Bewußtsein ist aber dann am Ende; ... Es hat den Begriff nicht, daß nur die Einheit Entgegengesetzter das Wahre ist ...“ (Geschichte der Philosophie, Bd. I, Suhrkamp-Ausgabe Bd. 18, S. 528)

„Das Urteil ist eine identische Beziehung zwischen Subjekt und Prädikat; es wird dabei davon abstrahiert, daß das Subjekt noch mehrere Bestimmungen hat als die des Prädikats, sowie davon, daß das Prädikat weiter ist als das Subjekt.“ Wissenschaft der Logik, Bd. II, Suhrkamp-Ausgabe Bd. 6, S. 37

„Subjekt und Prädikat im unmittelbaren Urteil berühren sich einander gleichsam nur an einem Punkt, aber sie decken einander nicht.“ Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, Bd. I, a.a.O., Bd. 8, S. 324

„Im Urteil setzt die Logik einen Begriff A als ein Wirkliches (Subjekt, Substrat) und verbindet ein Anderes als Begriff B damit.“ Geschichte der Philosophie Bd. II, Suhrkamp-Ausgabe Bd. 29, S. 231

„Gewöhnlich denkt man beim Urteil zuerst an die Selbständigkeit ... des Subjektes und Prädikats, daß jenes ein Ding oder eine Bestimmung für sich und ebenso das Prädikat eine allgemeine Bestimmung außer jenem Subjekt, etwa in meinem Kopfe sei, – die dann von mir mit jener zusammengebracht, und hiermit geurteilt werde ...

... Indem jedoch die Kopula „ist“ das Prädikat vom Subjekt aussagt, wird jenes äußerliche, subjektive Subsumieren wieder aufgehoben und das Urteil als eine Bestimmung des Gegenstandes selbst genommen.“ Enzyklopädie

der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, Bd. I, a.a.O. Bd. 8, S. 316

Beispieltext und Kommentar:

Satz: Der Baum (Subjekt) ist kahl (Prädikat). Subjekt und Prädikat sind verschieden und bilden als Satz eine Einheit.

Der Baum ist der Baum.

Kahl ist kahl.

Das Subjekt A ist das Prädikat B = A ist B. = A ist nicht A. = Nicht B ist B. (Aber auch: A=A, B=B) Satz als Einheit von Subjekt und Prädikat, die untereinander verschieden sind.

Satz: Das Subjekt ist das Prädikat. A ist B.

„Baum“ ist: z.B. eine Kiefer/jung/krank/steht einzeln etc.

„kahl“ ist eine Bestimmung für fehlende menschliche Kopfbehaarung, Tierbehaarung und für Pflanzen-, Blätter- bzw. Nadelwuchs.

„kahl“ ist nur eine von vielen Eigenschaften dieses Baumes. Die hier gebrauchte Bedeutung von kahl ist nur eine von mehreren Verwendungsmöglichkeiten.

Beim Urteil wird ein neues Prädikat (B) mit einem bekannten Subjekt (A) verbunden. A ist B.

Ein bekanntes Subjekt wird mit einer vom Sprecher gedachten (neuen) Bestimmung, dem Prädikat, im Satz verbunden: Der Satz ist also ein (subjektives) Urteil von jemandem.

Es wird ebenso auch etwas von dem Subjekt ausgesagt. Derselbe Satz ist also gleichzeitig auch ein (objektives) Urteil von/über etwas.

wenn auch historisch entwickeltere Köpfe, sah sich Hegel als Anatom am Kopf Gottes, als einer, der den göttlichen Bauplan für die Welt entdeckt hat. Hegel meinte, seine Logik sei nicht ein Resultat des allgemeinen menschlichen Denkens, sondern der Ursprung allen Denkens. Wie in der Bibel steht bei ihm am Anfang der Logos, daraus entwickelt sich dann die Weltgeschichte. Die „Macht der Logik“, die nichts weiter ist als Macht der Gewohnheit, bekam von daher ihren Heiligschein.

3. These: Eine materialistische Logik läßt sich nur beschreibend finden, indem man die *Dialektik von etwas* darstellt.

In seiner frühen Kritik an Hegel hatte Marx die Logik als das „von der Natur und dem wirklichen Menschen abstrahierende Denken“ und auch als „das Geld des Geistes“ bezeichnet. (aus: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, zit. n. Fischer-Studienausgabe Marx/Engels, Bd. 1, Philosophie, S. 64f.)

Da das Geld noch nicht überflüssig geworden ist, kann vielleicht auch noch nicht auf das Geschäft der Logiker verzichtet werden. Bekanntlich hat Engels gegen Ende seines Lebens begonnen, eine materialistisch-dialektische Logik zu verfassen, ohne damit zu Ende zu kommen. Er hatte dabei als Zielsetzung formuliert: „Es ist also die Geschichte der Natur wie der menschlichen Gesellschaft, aus der die Gesetze der Dialektik abstrahiert werden.“ (MEW Bd. 20, S. 238)

Nachdem Hegel außer Mode gekommen war, hatten sich Marx und Engels wieder etwas positiver über ihn geäußert. Marx schrieb z.B. während seiner Arbeit am Kapital: „... die ganze Lehre vom Profit, wie sie bisher war, habe ich über den Haufen geworfen. In der Methode des Bearbeitens hat es mir großen Dienst geleistet, daß ich ... Hegels ‚Logik‘ wieder durchgeblättert hatte. Wenn je wieder Zeit für solche Arbeiten kommt, hätte ich große Lust, in 2 oder 3 Druckbögen das Rationelle an der Methode, die Hegel entdeckt, aber zugleich mystifiziert hat, dem gemeinen Menschenverstand zugänglich zu machen.“ (MEW 29, S. 260)

Nach meiner Rechnung geben 2-3 Druckbögen 30-50 Druckseiten. Das wäre gegenüber den 1000 Druckseiten Hegelscher Logik ein Prozentsatz von höchstens 5 Prozent Rationelles auf 95 Prozent Mystik.

Was bisher nur behauptet wurde, daß die dialektische Logik ebenso wie die Logik von Aristoteles aus den „Gedanken, die in jedermanns Kopf sind“, stammt, soll nun an einem alltäglichen Beispiel anschaulich (s. Kasten S. 6) gemacht und so an einem Punkt bewiesen werden. Hegels Dialektik steckt nämlich schon in jedem einfachen Aussagesatz. (Eine vollständige Darstellung der Dialektik müßte die Geschichte des menschlichen Denkens, d.h. die Geschichte der Wissenschaften in ihrer Logik darstellen.

(Wal Buchenberg)

Linke Winterschule 1997 / Berichte aus der AG Geschichte

Zur Geschichte der Rätebewegung. Von der Münchener Räterepublik bis zu Lenins Tod

I Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie

Diskussionsgrundlage war der Text von Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie*, Droste-Verlag, 1954.

Die Diskussion drehte sich aber erst einmal um das Thema, welche Bedingungen bestanden 1918. Zum Zeitpunkt 1918 war eine Art Machtvakuum entstanden. Die Delegitimierung der Macht zum Zeitpunkt der Niederlage in Weltkrieg I erbot der Rätebewegung eine Chance. Die Machtstrukturen waren teilweise in Unordnung und abgebaut. Dies war aber ein Prozeß, der bereits viel früher eingesetzt hatte. Dies wird in der linken Diskussion immer wieder unterschätzt. Der Erosionsprozeß der Loyalität hatte bereits 1915/16 eingesetzt. Der Einfluß des Patriotismus ließ nach, und die Forderungen nach Brot und Frieden wurden aufgestellt und spielten in der öffentlichen Auseinandersetzung eine viel größere Rolle.

1916 gab es in Deutschland bereits große Streiks gegen die Kommandowirtschaft. An diesen Streiks beteiligten sich vor allem auch die Frauen. Es entwickelte sich eine „Rebellion“ gegen die Herrschenden. Der Polizeipräsident von Hannover schrieb in einem Bericht:

„Die gehobene und zuversichtliche Stimmung der Bevölkerung, wie sie bei Ausbruch des Krieges und noch bis Ende des vergangenen Jahres allenthalben zu beobachten war, ist heute zweifellos nicht mehr vorhanden. Wenn auch von einer allgemein gedrückten Stimmung keinesfalls gesprochen werden kann, so haben doch die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Lebensmittelvorsorge vielfach beunruhigend gewirkt ... Während die besitzenden Kreise und die ruhigen und besonnenen Elemente nach wie vor mit Vertrauen der Zukunft entgegensehen, so ist doch in den unteren Klassen und den Kreisen des kleinen Mittelstandes, die unter den Entbehrungen und Lasten des Krieges in erster Linie zu leiden haben, die Stimmung im Laufe der letzten Monate eine mehr und mehr gedrückte geworden.“ (1, Seite 41)

An der Ostfront gab es 1917 regelrechte Verbrüderungen zwischen den deutschen und russischen Soldaten. Die deutsche Manneszucht erleidet eine schwere Niederlage.

Oft wird nicht beachtet, daß bereits nach den ersten Niederlagen der deutschen Armee an der Westfront sich der Widerstand entwickelte. Ende Mai 1915 stimmten bereits zwei SPD Reichstagsabgeordnete (Liebknecht und Ledebur) gegen die Fortsetzung der Kriegskredite. Im September 1915 stimmten dann 20 SPD-Reichstagsabgeordnete gegen die Kriegskredite. Am 6. Juni 1915 wandten sich mehrere hundert Funk-

tionäre in einem weitverbreiteten Protestschreiben an den Vorstand der SPD: „Von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie hängt die Weiterentwicklung des sozialistischen Kampfes gegen den Krieg in jenen Ländern wesentlich ab. Treibt die Leitung der deutschen Sozialdemokratie jetzt weiter im Kielwasser der Eroberungspolitik, rettet sie sich nicht jetzt endlich auf den Boden des internationalen proletarischen Kampfes gegen den Krieg und die imperialistischen Raubgelenke zurück, so versäumt sie die letzte Gelegenheit, sich von der vollen Mitschuld daran zu entlasten, daß dieser Krieg, als erbarmungsloser Vernichtungskrieg bis zum Ausbluten der Völker fortgesetzt und der auf ihn folgende Friede nur die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sein wird.“ (1, Seite 73)

Die Streikbewegung war vor dem Aufruf des deutschen Kaisers in der ersten Hälfte 1914 mit 94 000 Streikenden nicht klein. Ende 1914 gab es kaum Streiks, 1915 nur wenige 12 866. 1916 waren es 124 188, 1917 651 461 und 1918 dann 1 304 248. (1, Seite 39) Der Streik der Leipziger Metallarbeiter forderte die Regierung auf, endlich Frieden zu schließen. Sie stellten sieben Forderungen auf, darunter: „1. Ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und Kohlen 2. Eine Erklärung der Regierung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion. 7. Volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zur Wahl für alle öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden.“ (1, Seite 87)

Im Januar 1918 gab es den großen Streik der Munitionsarbeiter in Berlin.

Trotzdem kann man nicht von einem aufsteigenden Widerstand sprechen. Es gab ein Auf und Ab, das auch damit zusammenhing, wie die objektive Lage war. Bereits 1915 war klar, daß Frankreich nicht militärisch besiegt werden kann. Die Flottenpolitik scheiterte auch, der Krieg an der Ostfront stand still usw. Den Widerstand als Reaktion auf den mißlungenen Blitzkrieg zu deuten, wäre aber auch falsch.

Ein Diskussionsteilnehmer bemerkte, daß in dieser ganzen Zeit immer wieder Sozialdemokraten sich an die Spitze der Kritik stellten, aber den Sozialismus nicht inhaltlich entwickeln, sondern praktisch als Parlamentarismus verwirklichen wollen. War nicht die „Revolution von 1919“ nicht eher eine Revolte, aber faktisch kein Formwandel wie z.B. die französische Revolution oder die russische Oktoberrevolution? War aber nicht auch die deutschen Linke, die doch stark sozialdemokratisch beeinflusst war, mit dieser revolutionären Lage überfordert? Waren die Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zwischen 1914 und 1918 nicht überwunden bzw. inhaltlich aufgearbeitet worden? Es wurde immer über die Machtfrage diskutiert, aber nicht über die inhaltliche Entwicklung der sozialistischen Bewegung. (Jörg Detjen)

II Räte in der Novemberrevolution

Grundlage waren die Materialsammlungen

Jörg Berlin (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918/19*. Quellen und Dokumente, (=Kleine Bibliothek Politik - Wissenschaft - Zukunft 136), Pahl-Rugenstein, (Köln, 1979)

Wolfgang Herbst, Ingo Materna, Heinz Tropitz (Hg.): *Die Novemberrevolution in Deutschland*. Dokumente und Materialien, Volk und Wissen Volkseigener Verlag, Berlin 1958

Gerhard A. Ritter, Susanne Miller (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918-1919*. Dokumente, (= Reader Hoffmann und Campe), Hoffmann und Campe, (Hamburg 1975 2). [Erstauflage Fischer Taschenbücher 879, Frankfurt am Main, 1968],

mit Ergänzungen auf der Grundlage von Peter Brandt und Reinhard Rürup (Hg. im Rahmen der Kommission für Geschichte der Rätebewegung in Deutschland): *Arbeiter-, Soldaten und Volksräte in Ba-*



Streiks 1914 bis 1918

	Zahl der	
	Streiks	Streikenden
Januar—Juli 1914		
August 1914	1199	94014
September—Dezember 1914	0	0
1915	24	1126
1916	141	12866
1917	240	124188
1918	562	651461
	773	1304248

Aus: Kuczynski, Die Geschichte der Lager der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4, S. 249

den 1918/19, (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland III), Droste Verlag, Düsseldorf, (1980)

sowie die ebenfalls von der Kommission für Geschichte der Rätebewegung in Deutschland herausgegebene Monographie

Walter Tormin: *Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution von 1918/19*, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4), Droste-Verlag, Düsseldorf, (1954).

Zunächst wurde erörtert, inwieweit es sich bei der Novemberrevolution tatsächlich um eine Revolution oder nur um eine Militärrevolte gehandelt habe, die von den Räten eher schnell in die alten Zustände zurückgeleitet worden sei.

Auf der Grundlage des Quellenmaterials und unter Zugrundelegung der Leninschen Unterscheidung zwischen der „negativen Arbeit“ der Revolution, d. h. der Zerstörung der alten Machtverhältnisse, und der „positiven Arbeit“, d. h. dem Aufbau neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Zerstörung der alten Verhältnisse eindeutig Ergebnis des Wirkens der Straßendemonstrationen – eines ja erst ein reichliches Jahrzehnt vor der Revolution von der Arbeiterbewegung errungenes Kampfmittel – und der mit ihnen eng verbundenen Räte gewesen sind.

Dabei wurde konkretisiert, daß sich die Rätebewegung in erster Linie gegen den deutschen Obrigkeitsstaat in jener Form gewandt hat, wie er sich durch das Kriegsrecht, die militärische Sondergerichtsbarkeit, die Militarisierung des gesamten zivilen Lebens, auch des wirtschaftlichen sowie jenes Teils der eigenen Organisationen, die an der Burgfriedenspolitik beteiligt waren, entwickelt hatte. Da in einem breiten Massenbewußtsein der ursächliche Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus, wie er von der Vorkriegssozialdemokratie überwiegend propagiert und wie er durch die Kriegserfahrung massenhaft bestätigt worden war, aktivierbar war, erschien die „sozialistische Republik“ oder – wie mehrfach in Dokumenten belegt ist – einfach die „soziale Republik“ als logische Alternative. Insofern sind Antimilitarismus, republikanische Freiheiten und sozialistische Visionen in Motivation und Zielstellung nicht auseinanderzudifferenzieren.

Insofern standen bei der „positiven Arbeit“ der Räte auch die Überwindung der als Zerstörung aller menschlichen Ordnungen erfahrenen militaristisch-obrigkeitsstaatlichen Verhältnisse als „Rückkehr in die Normalität“, die Schaffung einer republikanischen Ordnung und die in Form und Inhalt kaum näher bestimmte „Sozialisierung“ im Mittelpunkt.

Da sich die Räte überwiegend als Selbsthilfeorgane angesichts des Versagens aller Institutionen, einschließlich der Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratie verstanden, betrachteten sie sich als Übergangslösung, waren sie so empfänglich für alle funktionierenden Institutionen, für ein republikanisches Parlament, drängten sie auf die Überwindung der vielfach als Symptom des Niedergangs verstandenen Spaltung der Arbeiterpartei in Mehrheitssozialisten und Unabhängige. Der innere Widerspruch von revolutionärem Verlangen und Wertkonservatismus erschien den revolutionären Subjekten als Identität und innere Logik. Angesichts der praktischen Aufgaben, Bedingungen und Entscheidungen differenzierte er auch die Räte, je nachdem, wie die Beteiligten den inneren Widerspruch für sich jeweils lösten und in welchen Mehrheits- bzw. Minderheitsverhältnissen das geschah.

Auf der Seite der institutionalisierten Arbeiterbewegung (SPD und Gewerkschaften) mit ihren Apparaten erschienen die Räte als konkurrierende, weil selbstbestimmt handelnde, neue Kräfte, deren sie sich so weit und so schnell wie möglich entledigen wollten. Außerdem gefährdeten sie die mit der Mannheimer Vereinbarung (1907?) zwischen SPD und Gewerkschaften getroffene Vereinbarung, daß sich die Partei auf die politischen Fragen, einschließlich Wahlrecht, beschränkt und die Gewerkschaft auf das Arbeitsleben. Ausgenommen davon waren nur Antikriegsaktionen und der politische Generalstreik.

Thematisiert wurde auch, daß sich die Räte im Unterschied zur Pariser Kommune, die sich als Zusammenschluß und Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger von Paris verstand, nur als Klassenorgane verstanden, die nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Bauern sowie die bürgerlichen Mittelschichten ausschlossen.

Die damit verbundene Frage, woher diese Auffassung der Räte als einer klassenspezifischen Organisation, die dann ja notwendig ein politisches Organ für die gesamte Gesellschaft sowie spezifische kommunale Organe erfordert und sich schon von daher wesentlich von

der Pariser Kommune unterschiede, kommt, konnte aus den zugrundegelegten Quellen und Studien nicht beantwortet werden. Vermutet wurde das russische Beispiel, das ja angesichts des Begriffs „Auch in Deutschland russisch sprechen!“ d. h. den Krieg im Sinne Barbusse „Die Waffen nieder!“ zu beenden, und der breiten Diskussion um das russische Beispiel offenbar von tiefgreifender Wirkung war. (Übrigens wurde dieser Slogan in den zur Verfügung stehenden Aufrufen, Manifesten und Presseberichten über die ersten Tage der Revolution nicht gefunden.) Da auch in der Vorkriegs-Debatte der Linken (Luxemburg, Pannekoek) der Gedanke des (politischen) Massenstreiks überwog, erschien es den DiskussionsteilnehmerInnen auch möglich, daß es sich um die Verbreitung der betrieblichen Räte (ab 1916) als Ersatz für die Streikleitungen der Burgfrieden haltenden Gewerkschaften gehandelt hat. Hingegen erschien es weniger wahrscheinlich, daß es sich um eine in die Breite gehende Übernahme des Modells der „konstitutionellen Fabrik“ à la Heinrich Freese („Die konstitutionelle Fabrik“, Jena 1909) handelte.

In diesem Zusammenhang wurde auf das sich in den Materialien abzeichnende theoretische Defizit für einen Übergang zum Sozialismus verwiesen, das offenbar zu einem – immer wieder von Vertretern der verschiedensten Räte beklagten – konzeptionellen Vakuum geführt habe. Auch von daher erscheint der praktische Rückgriff der Rätebewegung auf das während der Revolutionen von 1789 und 1848 vertraute Modell der konstitutionellen (verfassungsgebenden) Versammlung verständlicher.

Bei der Analyse der ideologischen Debatten – sowohl auf der Grundlage der Materialien des USPD-Parteitags vom März 1919 sowie der Debatten im Spartakusbund zur Vorbereitung der Gründung der KPD – fiel mehreren DiskussionsteilnehmerInnen auf, wie gering das Verständnis der debattierenden „IdeologInnen“ für die eigene soziale Basis war, wie wenig Marxismus die Weltanschauung, das praxisleitende Denken in dieser Revolution gewesen ist, die wohl eher eine Revolution der an den Kriegs- und Heimatfronten bindungslos Gewordenen war, wie wenig das „Vor-Bild“ der Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts die „Algorithmen“ von Revolutionen erfaßte, wie singularisch eine gewaltige Anstrengung wie Georg Büchners „Dantons Tod“ selbst in der revolutionär gesinnten Intelligenz geblieben ist.

Das begann schon bei solch „elementaren“ Fragen wie allgemeiner revolutionärer Enthusiasmus und Wechsel von jeweiligen meinungsführenden Fraktionen, Revolution und das für die westeuropäischen Kulturen konstitutionelle Staats- und Ordnungsdenken, Emeute und sozialer Alltag der Beteiligten.

In dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts dominierenden Denken in marxistischer Tradition (was gab es sonst noch?) überwog offenbar das Verständnis von den Räten als Diktatur einer Klasse, die der Diktatur der Herrschenden entgegengesetzt wurde. Vorstellungen von Räten als einem dritten Weg zur sozialen Demokratie, aber auch ein nur halbwegs fundiertes Wissen von der geschichtlichen Bewegung des Rätegedankens konnten in den herangezogenen Zeugnissen theoretischer Debatten, geschweige denn im rekonstruierbaren Massenbewußtsein nicht ausgemacht werden. (Das gilt schon für die Pariser Kommune, aber auch für die russische Rätebewegung.) Die in diese Richtung weisende Studie von Tormin weist erhebliche Lücken und Unsicherheiten aus. Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften haben in ihrer Ausrichtung auf den Staat das Thema mit Ausnahme der Arbeiten von Hans Baier zur Münchener Räterepublik unübersehbar ausgeblendet. Die TeilnehmerInnen empfanden an diesem Punkt eine wesentliche gedankliche Herausforderung für eine moderne sozialistische Partei.

Ähnliches gilt für die Frage, warum von den Teilnehmenden an der Novemberrevolution Räte so deutlich als Gegensatz zum Parlamentarismus empfunden wurden, obwohl es doch einen ausgeprägten Parlamentarismus im Vorkriegsdeutschland nicht gegeben hat. Woher kommt dennoch die – besonders in den Aktionen gegen den Krieg anzutreffende – Abkehr vom „parlamentarischen Kretinismus“, woher der gleichzeitige Glaube an einen „republikanischen Parlamentarismus“? Eine Aufnahme und kritische Fortführung der Studien und Forschungen zur Geschichte des Parlamentarismus erscheint gerade zu einer Zeit, wo Schäume das Grundgesetz als „Fessel“ empfindet, und angesichts der gerade im Osten Deutschlands rasanten Desillusionierung über die parlamentarische Demokratie von kaum zu überschätzender praktischer Bedeutung.

Eine heftige Debatte ergab sich, ausgehend von Heinrich Freeses Gedanken von der konstitutionellen Fabrik als „Einleitung zum Sozialismus“, zu der Frage,

inwieweit eine Vorstellung von Sozialismus, die von der Gesellschaft als einer großen Fabrik oder einer auf Fabrikarbeit beruhenden Gesellschaft ausgehen, überhaupt zu einem emanzipatorischen Sozialismusverständnis führen können, zu einem Sozialismus, der sich nicht als eine großangelegte Integration in diese „große Fabrik“ versteht. Deziert wurde über die Unvereinbarkeit von Fordismus und Humanismus gestritten. Liegt hier schon eine frühe Wurzel für das Scheitern des Leninismus? Ist Bernsteins Frage: Was erwarten wir von der Arbeiterklasse? Die höchste Revolution aller Kultur von einer Klasse in einem solchen deprivierten Sein? nur der Weg in den Revisionismus?

Ausgedehnt und spezifiziert wurde das am Fall eines Verständnisses von Schule, das eine solche Schule als vorformendes Modell einer solchen fabrikhaften Gesellschaft betrachtet.

Führen solche Vorstellungen und Fragen zwangsläufig zurück zum utopischen Sozialismus, zu einem unwissenschaftlichen, gar reaktionären Sozialismus?

Zu diesem Fragenkomplex gehört zweifellos auch ein „praktischer Marxismus“, d. h. ein Marx, wo er praktisch wird, wenn er die Aufhebung der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit thematisiert oder das Reich der Freiheit jenseits, wenn auch auf dem Fundament des Reichs der Notwendigkeit, die verkrüppelnde Wirkung, wenn Eigentum nur unter der bürgerlichen Form des Habens gedacht wird.

Daß sich bereits zum Beginn unseres Jahrhunderts in einer der größten deutschen Revolutionen die ungelösten theoretischen Fragen als praktische Barrieren erwiesen, daß die meisten dieser Fragen auch nach 80 Jahren nicht wesentlich weiter gebracht sind, gehörte zu der zwar nicht gerade ermutigenden, aber herausfordernden Bilanz unserer Debatte über die Rätebewegung in der Novemberrevolution. (Dieter Strützel)

III Zur Entwicklung in Rußland

Als Diskussionsgrundlage lagen kopiert vor: *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus* (Auszug), LW 31, S. 95-99 *Reden/Dokumente vom 10. Parteitag der KPR(B) 8.-16. März 1921*, LW 32, S. 165-277

Zum Thema des Kurses „Zur Geschichte der Rätebewegung. Von der Münchener Räterepublik bis zu Lenins Tod“ hatten die o. a. Texte – so der erste Eindruck – nur einen indirekten Bezug. Von ihnen ausgehend entwickelte sich ein weitschweifiger Austausch über die Entwicklung Rußlands von 1917 bis Ende der 20er Jahre, die Politik der Bolschewiken (Partei, Staat, Gewerkschaften), die spätere Rezeption dieser Themen in der DDR und der K-Gruppen-Linken in der BRD. Ein Mangel dieser Arbeitsmethode besteht meiner Ansicht nach darin, daß vieles wegen der fehlenden, umfassenden Aufnahme des historischen Sachverhalts (konstanzierendes Urteil) für die Leute unüberprüfbar bleibt und unweigerlich ein Gemengelage mit Einschätzungen von Sachverhalten (wertendes Urteil – und zwar aus heutiger Sicht) entsteht (vgl. Johannes Klotz: *Historiker streiten über die Vereinigung von SPD und KPD in Ostdeutschland – Wissenschaft zwischen Fakten und Werturteil*; in: *Zwangsvereinigung*, hrsg. d. d. Heilbronn 1996, S. 87ff).

Im folgenden einige Gesichtspunkte aus der Diskussion:

Bei Revolutionen leisten die Volksmassen die negative Arbeit (Zerstörung des Alten) – Lenin. Und wer baut das Neue?

Was passiert, wenn die Organe der Eigenbewegung in Institutionen des Staates überführt werden?

Es wird keine Erneuerung der Linken geben, ohne eine Kritik des (historischen) Sozialismus.

Zur Zeit des Kronstädter Aufstands sind keine fremden Soldaten mehr im Land. Am 2.3.1921 hatten sich in Kronstadt 16 000 Matrosen gegen die Partherrschaft der Bolschewiken erhoben: „Fangen wir an mit der Sowjetdemokratie“. Kronstadt wollte Sowjets ohne Bolschewiken. Am 18.3.1921 wird der Aufstand von der Roten Armee niedergeschlagen. Der 10. Parteitag der KPR(B) opfert die Räte und statuiert den absoluten Führungsanspruch der Partei. Bereits zuvor waren die Spitzen der Partei und die Spitzen der Sowjets miteinander verschmolzen worden (S.176).

Nach innen wird das Konzept von „Einheit und Geschlossenheit“ gefahren, das die Bildung von Fraktionen untersagt und die abweichende Meinung unter Vorbehalt stellt. Ihre sprachliche Ausgrenzung ist bereits unerträglich (ausmerzen, liquidieren).

„Und wir müssen auf dem Parteitag unumwunden

sagen: Diskussionen über Abweichungen werden wir nicht dulden, wir müssen diesbezüglich einen Schlußpunkt setzen. Das kann und muß der Parteitag tun, er muß daraus die notwendige Lehre ziehen und das dem politischen Bericht des ZK hinzufügen, es bekräftigen, verankern und zu einer Verpflichtung, zu einem Gesetz für die Partei erheben. Die Diskussionssucht wird in höchstem Grade gefährlich, sie wird zu einer direkten Bedrohung der Diktatur des Proletariats.“ (S.177)

2. Dieser Kurs ist eine Antwort der Bolschewiken auf die durch Konterrevolution, Bürgerkrieg und Interventionen ausländischer Armeen zerrüttete wirtschaftliche und soziale Lage. Das neue Regime steht mit dem Rücken an der Wand, nachdem die erwarteten Revolutionen im Westen (v. a. in Deutschland) nach dem Zusammenbruch der alten Herrschaftsformen ausgeblieben sind. Eine von 3-4000 (März 1917) auf 600 000 Mitglieder angewachsene starke, zentralisierte, disziplinierte Partei erscheint in dieser Lage vielen als einzig effektives Instrument, das Land zusammenzuhalten. Noch sieht ein großer Teil der russischen Bauern die Bolschewiken als Garanten der Agrarreform.

3. Die Bolschewiken schwächen ohne Not die internationalen Reserven ihrer Sache durch die von ihnen erzeugte Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Mehrheit der nach dem Ersten Weltkrieg gestärkten sozialistischen Bewegung sucht den Anschluß an die neu gegründete III. Internationale. „Doch Lenin und die Bolschewiken wollen keine internationale Bewegung sozialistischer Sympathisanten der Oktoberrevolution, sondern ein Korps absolut engagierter und disziplinierter Aktivisten, eine Art globale Eingreiftruppe für die Eroberungszüge der Revolution. Parteien, die nicht willens waren, die leninistische Struktur zu übernehmen, wurde die Aufnahme in die neue Internationale verweigert, oder sie wurden als Mitglieder ausgeschlossen.“ (Hobsbawm, S.95f)

4. Der 10. Parteitag nimmt die wirtschaftliche Lage – insbesondere die ausgeblutete bäuerliche Wirtschaft und das bedrohte Bündnis mit der Stadt – realistisch wahr und ringt um die Abstufung des Zwangs, der gegenüber uneinsichtigen Bauern anzuwenden ist. Diese haben nach Auffassung der KPR(B) einen wesentlichen Teil der ursprünglichen Akkumulation zu tragen, und vorderhand kann ihnen die Industrie kaum etwas geben – Zarismus und Krieg haben keine entwickelten Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land hinterlassen. Um die als zwingend angesehene nachholende Modernisierung, den Aufbau einer tayloristisch organisierten Industrie zu bewerkstelligen, werden ausländischen Konzernen Konzessionen erteilt: „Ohne Konzessionen können wir auf eine Unterstützung durch die hochentwickelte moderne kapitalistische Technik nicht rechnen. Und ohne diese Technik können wir keine richtige Grundlage für unsere Großindustrie auf solchen Gebieten schaffen wie der Gewinnung von Erdöl, das für die gesamte Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Wir haben noch keinen einzigen Konzessionsvertrag abgeschlossen, wir werden aber alles tun, um solche Verträge zu schließen“ (S.272)

5. Das Problem des Heroismus. In der DDR gab es zahlreiche heroisierende Filme zur sowjetischen Entwicklung unter Stalin, u.a. „Wie der Stahl gehärtet wurde“, „Neuland unterm Pflug“, „Flimmernde Steppe“. Solche Filme (und Literatur) prägten das Bild und das Empfinden der Generation, die in den 50ern und 60ern in der DDR groß wurde. Das Phänomen des Massenheroismus, das Aufopfern für „die Sache“ bis zur Selbstaufgabe, Arbeitseinsatz bis zum Umfallen (z.B. bei dem Bau eines Kraftwerks in den 30ern in rückständigen Regionen mit einfachsten Mitteln und unter für uns heute unvorstellbaren Entbehrungen) ist geschichtliches Faktum – nicht nur in der Sowjetunion. Vielleicht entsteht Heroismus bei Menschen, wenn sie die plausible Hoffnung hegen, in ihrer Lebenszeit eine gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung mit aufbauen zu können, wobei auf mittlere Sicht die tatsächliche, erfahrbare Verbesserung des allgemeinen Wohlbefindens entscheidend ist.

Des weiteren gibt es geschichtliche Situationen – z. B. zur Zeit der Interventionskriege 1918/20 – in der die Mobilisierung des Massenheroismus gegenüber einem überlegenen Angreifer die einzig mögliche Variante ist („Dein Leben ist nicht wichtig – Mütterchen Rußland muß leben.“)

6. Für die Generation der Bolschewiken des Oktober gehörte die Revolution zu ihrer Lebensgeschichte, für sie war die Uhr des Kapitalismus nach den Zusammenbrüchen des Ersten Weltkriegs definitiv abgelaufen, der Schlußgang nur noch eine Frage der Zeit. Nach den z.T. schmerzlichen Erfahrungen/Einsichten 1989ff fällt es vielen ZeitgenossInnen schwer – und ich nehme mich hier nicht aus – sich neuerlich in die Phasen dieses Jahrhunderts hineinzuversetzen, in der ganze Generationen von der Erotik emanzipativer Hoffnungen und Politik ergriffen waren.

Literaturhinweise:

Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*; München/Wien 1995, 783 S.

Texte zur Krise des Sozialismus, hrsg. v. Kollektiv für Literaturgeschichte im Volkseigenen Verlag Volk und Wissen, Berlin 1990, 166 S.

Stalin. *Briefe an Molotow 1925-1936*, hrsg. v. Lars T. Lih, Oleg Naumow, Oleg Chlewnjuk; Berlin 1996, 304 S. (Martin Zeis)

IV USPD und Räte-system

Thema: Die Positionen der USPD und einzelner Personen der USPD zu Räte-system/Sozialismus

Grundlage: „Protokoll über die außerordentlichen Verhandlungen des Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin“, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

In dem Protokoll des USPD-Parteitags sind ausführliche Beiträge abgedruckt u.a. von Haase, Herz, Däumig, Cetkin, Breitscheid und Kautsky.

Über die Beiträge ist vielfältig und teilweise auch all-

gemein und nicht konkret am Text diskutiert worden. Aber auch in den Texten wurden „allgemeine“ Fragen des Sozialismus, der Demokratie, der Gewaltenteilung, der Arbeitsteilung aufgeworfen, so daß unsere Diskussion daran anknüpfte.

Die Debatte des USPD-Parteitages über das Räte-system ist gekennzeichnet von dem Trugschluß, als ob es gar keine Niederlage gegeben hätte gegen die „Rechtssozialisten“ und als ob man am Anfang einer sozialistischen Revolution stehe. Das Schlußwort zu diesem Parteitag von Haase („Wir befinden uns am Anfang der Revolution“) bestätigt diesen Eindruck. Die Frage, die hauptsächlich erörtert wurde, war: Räte-system „pur“ oder Räte-system plus parlamentarischer Demokratie (Nationalversammlung). Allerdings muß man bei der Bewertung der damaligen Diskussion berücksichtigen, daß die Novemberrevolution erst einige Monate vorbei war und in relativ kurzer Zeit sehr viel passiert ist. Fertige Gesellschaftskonzepte zu erwarten, wäre also verfehlt.

Haase zitiert zustimmend aus Trotzki's Schrift „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten“, die Trennung von Kopf- und Handarbeit und die Hierarchisierung in Produktion und Gesellschaft. Diese Position, die die Interessen des „Fachpersonals“, der Intelligenz, formuliert, wurde vielfältig von uns kritisiert. Stichworte: Vormund-schaftlicher Staat, Festsetzen sozialer Tätigkeit in festen Hierarchieebenen, Leitung und Unterordnung, sozialistischer Obrigkeitsstaat. Es wurde dargestellt, daß Lenin innerhalb eines Jahres eine Kehrtwendung in dieser Frage von der „Großen Initiative“ („die Köchin an die Regierung“) bis zur gesellschaftlichen Subordination gemacht habe.

Es wurde die Frage erörtert, was wirkliche Verfügungsgewalt der Produzenten bedeuten könnte (Stichwort: Netzwerkproduktion). Welche reale Vergesellschaftung kann es geben bei Beibehaltung der Arbeitsteilung.

Haase erörtert die Situation in Rußland vor der Oktoberrevolution, als die Bolschewiki lange Zeit die Einberufung einer Nationalversammlung forderten. Später haben sie sich gegen die Nationalversammlung gewandt und sich ausschließlich für das Sowjetsystem ausgesprochen. Breitscheid forderte für die Räte ein Veto-recht bei allen politischen Entscheidungen und er spricht sich gegen die Teilung von Exekutive und Legislative aus. Dies wurde von uns in der Diskussion einerseits begrüßt, andererseits problematisiert. Die Gewaltenteilung könne in bestimmten Situationen positiv als Machtregulativ dienen.

In diesem Zusammenhang wurde auf die sächsische Kommunalverfassung hingewiesen, die nach 1990 vom Runden Tisch erarbeitet wurde. In dieser Verfassung sei so wenig Staat, wie möglich war. Es wäre interessant, einmal zu untersuchen, was die CDU daraufhin alles zerstört hat.

Weiteres Diskussionsthema der AG war der Bericht von Kautsky an den USPD-Parteitag über die Konferenz der II. Internationale Anfang Februar 1919 in Bern. Die Konferenz faßte eine Resolution „Demokratie statt Diktatur“. In der Beurteilung der Resolution

Bibliographie weiterführender Literatur zum Thema Rätebewegung

1. Ay, Karl-Ludwig (Hg.): Appelle einer Revolution. Das Ende der Monarchie. Das revolutionäre Interregnum. Die Rätezeit. Dokumente aus Bayern zum Jahr 1918/19, Süddeutscher Verlag, München 1968, 38 S.
2. Berlin, Jörg (Hg.): Die deutsche Revolution 1918. Quellen und Dokumente, (= Kleine Bibliothek Politik, Wissenschaft, Zukunft, Bd. 136), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979, 384 S.
3. Bernbach, U. (Hg.): Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien, Opladen 1971
4. Bey-Heard, Frauke: Hauptstadt und Stadtmwälzung Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz (1969), 268 S.
5. Beyer, Hans: Die Revolution in Bayern 1918/19, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1988, 212 S.
6. Beyer, Hans: Von der Novemberrevolution zur Räte-republik in München, Rütten & Loening, Berlin (1957), 184 S.
7. Bldon, H.: Voraussetzungen und Anfänge der Räte- und Betriebsrätebildung in Deutschland, Diss. Bremen 1984
8. Brandt, Peter und Reinhard Rüpp: Arbeiter, Soldaten und Volksräte in Baden 1918/19, (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1980
9. Dorst, Tankred: Die Münchener Räte-republik. Zeugnis und Kommentar, (= edition suhrkamp es 178), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1966, 192 S.
10. Eisner, Kurt: Welt werde froh! Ein Kurt-Eisner-Buch,

Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929

11. Erdmann, Karl Dietrich: Räte-staat oder parlamentarische Demokratie - neuere Forschungen zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Munksgard, København 1979
12. Faul, E. (Hg.): Probleme der Demokratie heute, 1970. FVS Sonderheft, 53-152: Räte als politisches Organisationsprinzip
13. Gutmann, F.: Das Räte-system, München 1922
14. Herbst, Wolfgang; Ingo Materna und Heinz Tropitz: Die Novemberrevolution in Deutschland. Dokumente und Materialien, (= Quellen zur Geschichte), Volk und Wissen, Berlin 1958, 200 S.
15. Hitzer, Friedrich: Der Mord im Hofbräuhaus. Unbekanntes und Vergessenes aus der Bayerischen Räte-republik, Röderberg Verlag, Frankfurt am Main 1981, 527 S.
16. Institut für Marxismus-Leninismus und Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hg.): Die ungarische Räte-republik im Jahre 1919 und ihr Widerhall in Deutschland. Eine Sammlung von Aufsätzen und Dokumenten, Dietz Verlag, Berlin 1959, 152 S.
17. Kottler, Wilhelm: Der Rätegedanke als Staatsgedanke. Teil I: Demokratie und Rätegedanke in der großen englischen Revolution, Welcher Verlag, Leipzig 1925, fotomechanischer Reprint des Zentralantiquariats der DDR, Leipzig 1970
18. Kovenhörster, F.: Das Räte-system als Instrument zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht, 1974
20. Lindau, Rudolf: Revolutionäre Kämpfe 1918-1919. Aufsätze und Chronik, Dietz Verlag, Berlin 1960, 288 S.
21. Luxemburg, Rosa: Ich war, ich bin, ich werde sein. Artikel und Reden zur Novemberrevolution, Dietz Verlag, Berlin 1958, 142 S.
22. Materna, Ingo: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Dietz Verlag, Berlin 1978, 293 S.

23. Mitchell, Allan: Revolution in Bavaria 1918-1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic, Princeton University Press, Princeton N.J. 1965, 374 S.
24. Oertzen, Peter von: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politische Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 25), Droste Verlag, Düsseldorf 1963, 377 S.
25. Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 2), Droste Verlag, Düsseldorf 1976
26. Riedel, Hannspeter: Der Rätegedanke in den Anfängen der Weimarer Republik und seine Ausprägung in Art 165 WRV, (= Europäische Hochschulschriften, Bd. 2; 1161; Diss. Göttingen), Lang Verlag, Frankfurt am Main 1991, 177 S.
27. Ritter, Gerhard A. und Susanne Miller: Die deutsche Revolution 1918-1919, Hoffmann und Campe, Hamburg 1975, 502 S. (= erweiterte Auflage des 1968 als Fischer-Taschenbuch Bd. 879 in Frankfurt am Main erschienenen Buches)
28. Schade, Franz: Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, (= Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung), Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Hannover 1961, 208 S.
29. Tormin, Walter: Zwischen Räte-diktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4), Droste Verlag, Düsseldorf 1954, 148 S.
30. Tschudi, J.: Kritische Grundlegung der Idee der direkten Räte-demokratie im Marxismus, Basel 1952

(Dieter Strüzel)

konnten wir keine einheitliche und abschließende Meinung feststellen. Es wurde gemeint, daß die Resolution keine heftige Distanzierung von der russischen Oktoberrevolution entgegen der Darstellung von Lenin darstellt, vielmehr wird ausdrücklich kein Urteil ohne Anhörung der Betroffenen, d.h. der Bolschewiki, getroffen. Wichtige Bündnismöglichkeiten hätten sich damit die B. selbst zerstört. Abweichend davon wurde festgestellt, daß die Resolution doch eine starke Kritik an der Oktoberrevolution beinhaltet. Es ist auch die Meinung vertreten worden, daß die Revolution quasi auch eine Antwort auf die Schrift Lenins „Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky“ sei, die im Nov./Dez. 1918 erschienen ist. Diese Schrift erklärt die bürgerliche Demokratie zur Hauptgefahr für die proletarische Revolution. Man müsse aber berücksichtigen, daß diese Schrift unter dem Eindruck der Auseinandersetzung mit den Bolschewiki entstanden ist. Sehr befremdlich fanden wir im „Gruß an die ungarischen Arbeiter“, welche hohen Stellenwert Lenin der Gewalt gegen „sozialdemokratische Führer“ beimißt.

Roland Schuster

V Spartakisten und Rätedemokratie

Rosa Luxemburg ging davon aus, daß die Revolution zum Machtumsturz, das heißt zur Erringung der politischen Macht, genutzt werden müsse und die Eliten ausgewechselt werden müßten.

Klara Zetkin sprach von zwei Arten von Demokratie, die einen Gegensatz bildeten. Auf der einen Seite die parlamentarische Demokratie, auf der anderen Seite die Rätedemokratie. Ihr Ziel war die Übernahme der Staatsmacht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Vorstufe zur Volksdemokratie.

Erstaunlich ist in den Ausführungen die Diskrepanz zwischen genauer Analyse der politischen Lage durch Rosa Luxemburg und ihrer Vision von sozialistischen Maximalforderungen, die völlig am Willen der Räte vorbeigingen. Diese waren an der Errichtung der Nationalversammlung interessiert und an der Verlagerung der Macht von Berlin in die Provinzen. Klara Zetkin sah in den Räten ein Instrument zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Macht in den Betrieben, denn ohne wirtschaftliche Demokratie sei alle Demokratie nur unvollständig.

Die meisten Rätevertreter nahmen keine Abwertung der parlamentarischen Demokratie vor, sondern sahen sie als Ausgangsbasis, die immer gefährdet war. Für die Spartakusleute war die Erringung politischer Macht eines der zentralen Anliegen. Eine Tendenz zu weniger Staat ist kaum zu erkennen. Die Spartakisten schwelgen in Revolutionsromantik. In der täglichen Praxis hatte sich diese längst verflüchtigt und den Mühen der Ebene weichen müssen. Die Bevölkerung hatte, bis weit ins bürgerliche Lager hinein, Vertrauen in die Alltagsarbeit der Räte, so daß sich der Verbalradikalismus der führenden Spartakisten für die Arbeit der Räte vor Ort eher kontraproduktiv auswirkte.

(Thomas)

VI Die Revolution in Deutschland

In der letzten Etappe unserer Diskussion beschäftigten wir uns mit Ausschnitten aus: Berlin, Jörg (Hg.): *Die deutsche Revolution 1918*, Quellen und Dokumente, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979.

Die ganze Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Räte wird in dieser Sammlung von Artikeln, Aufrufen, Be-

richten und Resolutionen sehr gut deutlich. Die Obrigkeit wird angegriffen, selbst tritt man für „Ruhe und Ordnung“ ein – das ist aber nicht die spießbürgerliche Vorstellung gleichen Namens. Gemeint ist vielmehr die Zivilisierung des Konflikts.

Bei den Forderungen geht es um das Verhältnis von Kirche und Staat (144, 150), es werden soziale Punkte angesprochen (133), die Frage der Kriegskredite. Entgegnung wird gefordert (141). „Alles Forderungen, mit denen die Herrschenden sich nicht anfreunden konnten.“ Grundkonsens ist die Abschaffung der Monarchie, sind die Forderungen bezüglich des Militärs.

Sehr wohl wird auch die Jurisdiktion hinterfragt, in Lüneburg wurde ein Standgericht eingesetzt. Auch exekutive Schritte haben die Räte unternommen: In Baden hatten sie als wichtigste Funktion die der Polizei.

Angesprochen haben wir auch das Repräsentanzproblem: Seite 183 wird geschildert, daß in Cuxhaven Bürger Vertreter für die Räte wählen.

Der Kölner Artikel ist ein gutes Beispiel für eine Rede „ad hominem“, für die konkrete Ansprache der Menschen. Es wird gefordert „das Ende der Vernichtung von Menschen“ – genau das war die Massenerfahrung. Das kulturelle Zeremoniell ist gleich: Die symbolische Kultur der roten Bänder und der roten Fahnen. Wir sehen, wie die Deutschen demonstrieren lernten: Vom Spaziergang zur Demonstration. Immer geht es zu den Gefängnissen, um die politischen Gefangenen zu befreien. Auch 1989 wurde an den Runden Tischen nach den Gefangenen gefragt, wurde zur StaSi demonstriert.

Die Führer der Räte wurden in der Sozialdemokratie geschult (138), die Kommunisten sind auch nur die radikalen Sozialdemokraten.

„Was ist in den Menschen vorgegangen?“, diese Frage müßten wir beantworten. Die Unterschiede in den Forderungen der verschiedenen Räte hat auch etwas zu tun mit der unterschiedlichen Zusammensetzung, den unterschiedlichen Erfahrungen der beteiligten Menschen.

Wichtig für die Beteiligten ist die Überwindung der Furcht, wie es in Brechts „Lied der Kommunarden“ heißt: „Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod.“ Die Greuel der Konterrevolution sollen als Barriere dienen gegen jede Veränderung. Warum hat die Reaktion am Schluß regelrechte Massenabschlachtungen durchgeführt? Die Macht hat gestört die Selbstorganisation, die Aufmäuflichkeit, das Vertrauen in die eigene Kraft. Das Repressionstrauma dient zur Abschreckung. Die Freikorps, zusammengesetzt vor allem aus Offizieren und Unteroffizieren, hat gestört die Forderungen der Revolution betreff Militär. „Was bedeutete es, wenn den Offizieren die Schulterstücke heruntergerissen wurden? Der Terror richtete sich gegen die Insubordination: „Macht das nie wieder!“ Wir sollten uns klarmachen Liebknechts Kampf gegen den Militarismus, seine Analyse ist bis heute ungeschlagen.

Die Ermordung von Karl und Rosa war so vorher unvorstellbar: Sie geschah hinterrücks, nicht in der offenen Auseinandersetzung. Der „Vorwärts“-Artikel auf Seite 320 war wichtig, weil er zeigt, daß die Konterrevolution nicht losgelöst von der SPD gesehen werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden: In der Revolution wird der zum Objekt gemachte Mensch zum Subjekt. Noch einmal soll hier darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Bolschewiki „die Bauern ummodellern“ wollten. Ein Teilnehmer: „Wie sollten die empfindsam sein für die subjektive Seite?“ Marx hat 1844 geschrieben, es solle ausgegangen werden von den hier und heute lebenden Menschen. Die Befreiung jedes einzelnen ist die Voraussetzung für die Befreiung aller – das ist eine Aussage von vor 1848, aus dem kommunistischen Manifest. Wir sollten das als Maßstab nehmen.

Ulf Fiedler

Überlegungen für eine sozialistische Kritik der Oktoberrevolution

Solidarische Kritik und kritische Solidarität

VON MARIO HESSELBARTH

Vorbemerkung:

In der zu erwartenden hitzigen politisch-historischen Debatte zur Oktoberrevolution werden die Konservativen versuchen, jeden Gedanken an gesellschaftliche Alternativen mit dem Hinweis auf die Geschichte des Realsozialismus zu diskreditieren und zu delegitimieren. Die PDS befindet sich besonders in solchen Auseinandersetzungen zunächst immer in einer defensiven Position, da sie in der Öffentlichkeit für diesen gescheiterten Versuch steht und auch weiterhin die Adresse für Kritik am gescheiterten Sozialismus bleiben will. Hinzu kommt, daß sie nicht über die notwendige Gegenöffentlichkeit verfügt, um gegen die Verbalverteilung des Realsozialismus ihre differenzierte Sicht zu setzen. Dennoch oder gerade deshalb darf sich die PDS nicht auf den Streit einlassen, ob dieser Versuch legitim war oder nicht. Eine zum Kapitalismus alternative gesellschaftliche Entwicklung zu versuchen, ist für Sozialisten immer legitim, wie er für Konservative immer illegitim sein muß. Der Streit mit ihnen lohnt also nicht. Vielmehr muß die PDS eine sozialistische Kritik an der Oktoberrevolution formulieren, die diese weder diskreditiert noch in Frage stellt. Eine sozialistische Kritik an der Oktoberrevolution kann im Gegenteil deutlich machen, daß nicht der Versuch einer sozialistischen Gesellschaft gescheitert ist, sondern der Versuch daran scheiterte, weil er in entscheidenden Fragen (wie Demokratie; Meinungs-, Presse-, Rede und Versammlungsfreiheit) nicht sozialistisch war. Diese Erkenntnis ist keine Besserwisserie von heute. Sie wurde von solidarisch-kritischen Zeitgenossen der Bolschewiki formuliert, die die Oktoberrevolution einerseits begrüßten und unterstützten, andererseits aber nicht auf Kritik verzichteten. Sie beantworteten die für viele PDS-Mitglieder heute und Millionen Kommunisten während der Zeit des Realsozialismus so quälende Frage, wie die notwendige Kritik an der eigenen Vergangenheit bzw. der eigenen Partei geübt werden kann, ohne daß sie dem politischen Gegner in die Hände spielt. Wer einen tatsächlichen Neuanfang demokratisch-sozialistischer Politik will, kommt an einer Kritik der Oktoberrevolution nicht vorbei und muß deshalb auch auf diese Kritik zurückgreifen. Hierzu will der folgende Text beitragen.

I. Sie war für alle Proletariat der erste Versuch, die Welt proletarisch zu gestalten, und sie war der größte moralische Faktor, den die Arbeiterbewegung der Welt je besessen hat.

Paul Levi 1922

Allein die Tatsache, daß eine proletarische Partei die politische Macht erobern und behaupten konnte, wirkte auf große Teile der Arbeiterbewegung lange Zeit als hoffnungsvolles Beispiel. Dies zeigt sich unter anderem darin, daß die russische Revolution die Arbeiterbewegungen in Deutschland, Österreich und Ungarn in ihren eigenen revolutionären Aktionen inspirierte. Die Bildung von Räterepubliken war der Versuch, das Sowjetsystem auch in diesen Ländern umzusetzen.

Die Hoffnung auf eine reale Alternative zum Kapitalismus verstärkte sich bei nahezu allen Sozialisten und Kommunisten nach der Niederschlagung der Revolutionen in Mitteleuropa und dem für die russische Revolution siegreichen Ende des Bürgerkrieges. Aber bereits in den ersten Jahren enttäuschten die Bolschewiki durch ihre Maßnahmen (der von ihnen propagierte und gegen die eigene Klasse praktizierte Terror; die von ihnen propagierte Einschränkung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, das Stützen auf das alte bürokratische System u.a.) sowohl viele ihrer Anhänger in Rußland, aber auch viele ihrer Sympathisanten im Ausland. Die Auslöschung der alten Bolschewiki und die Massenrepressionen während der Stalinherrschaft nahm erneut vielen Anhängern der Sowjetuni-

Notwenige persönliche Bemerkung

Das Protokoll über eine Beratung der Arbeitsgruppe Geschichte am 2. August 1996 in Schnepfenthal (s. Rundbrief 22, Dez. 96 – Red.), an der ich als Gast teilnahm, beruft sich zu Unrecht auf mich. (Ich fühle mich an Stilformen erinnert, die weit zurückliegen.)

Weder sind die biographischen Angaben korrekt (das betrifft nicht nur die falsche Bezeichnung meines Fachgebiets, des Völkerrechts), noch finde ich im Text die Positionen wieder, die ich in die Diskussion eingebracht hatte. Ich habe mich nur zum Abschnitt C (Das KPD-Verbotsurteil) geäußert. Dabei ging es mir im wesentlichen um die Bestimmung des Begriffs „freiheitliche demokratische Grundordnung“ und das Verhältnis linker politischer Kräfte zu ihr und in

ihr, das heißt auch um das Agieren auf dem Boden des Grundgesetzes.

In diesem Zusammenhang bin ich auch auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes eingegangen, zumal sich das Bundesverfassungsgericht – gewiß nicht zufällig – in keiner anderen Entscheidung so umfassend mit dem Sozialstaatsprinzip befaßt hat wie im KPD-Verbotsurteil. Das auf soziale Gerechtigkeit zielende Sozialstaatsprinzip sei ein „der konkreten Ausgestaltung in hohem Maße fähiges und bedürftiges Prinzip“, das auf die „Förderung des Wohls aller Bürger und annähernd gleichmäßige Verteilung der Lasten“ gerichtet sei (BVerfGE Bd. 5, S. 198).

Das hat nach meiner Überzeugung aktuelle Bedeutung.

Jena, 28.1.1997, Roland Meister

on ihre Hoffnung auf eine gesellschaftliche Alternative. Nach der Niederschlagung des Faschismus schlug die große Sympathie, welche die Sowjetunion nun zu diesem Zeitpunkt fast überall in der Welt besaß, mit Beginn des Wiederauflebens der Stalinschen Verfolgungen bald in Enttäuschung um.

Immer wieder gelang es der Sowjetunion, durch große Leistungen die in sie gesetzten Hoffnungen wiederzubeleben. Aber immer wieder wurden diese Hoffnungen durch verschiedene Maßnahmen der jeweiligen kommunistischen Parteiführungen, sowjetischen Regierungen usw. enttäuscht, weil sie im Gegensatz zu den von ihnen selbst propagierten Zielen standen.

II.

Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat.

Rosa Luxemburg 1918

„Alle Macht den Sowjets“, mit dieser Losung kämpften die Bolschewiki bis zur Oktoberrevolution. Sie forderten am energischsten die konstituierende Versammlung. Nach ihrem erfolgreichen Aufstand in Petrograd ließen sie diese Forderungen fallen. Nicht die Sowjets oder die neue Regierung, sondern das Zentralkomitee der Partei traf die wichtigsten politischen Entscheidungen.

Nach dem Bürgerkrieg sah die Masse der Menschen ihre wesentlichsten Ziele der Revolution (Beendigung des Krieges und Inbesitznahme des Grund und Bodens) erreicht. Auch für viele Arbeiter hatten die Bolschewiki ihre Aufgabe, die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft, erfüllt. Diese wollten nun anstelle der Parteidiktatur und ihrer Bürokratie eine Sowjetdemokratie ohne die Dominanz nur einer Partei. Damit entstand ein Widerspruch zwischen den Interessen vieler Arbeiter und Bauern einerseits und dem Führungsanspruch der Bolschewiki andererseits. Der Kronstädter Aufstand machte diese Situation deutlich. Mit seiner Niederschlagung konnten die Bolschewiki zwar ihre Herrschaft retten. Doch sie konnten diesen Widerspruch nicht lösen und fanden im weiteren Verlauf hierfür auch keinen Lösungsansatz.

Die Ursache lag im Selbstverständnis Lenins und der Bolschewiki, als Avantgardepartei die Menschheit zu befreien. „Diese (die Unterdrückten, M.H.) müssen wir (die Avantgarde der Unterdrückten, M.H.) niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.“ Dies stand jedoch im krassen Gegensatz zum Marxschen Ansatz: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ Mit diesem

Avantgardeanspruch sahen sich die Bolschewiki legitimiert, nicht nur gegenüber den Anhängern des alten Regimes mit äußerster Gewalt vorzugehen. Sie unterdrückten mit Terrormaßnahmen vor allem nach dem Bürgerkrieg auch alle, die andere Auffassungen über den weiteren Verlauf der Revolution hatten als sie selbst. Sie ließen ein öffentliches Leben immer weniger zu und nahmen somit sich selbst zunehmend die Lebensfähigkeit, weil sie sich die Fähigkeit zur Selbstkorrektur nahmen. Nicht Stalin verzerrte den Sozialismus, er übernahm das bereits verzerrte Modell, um es endgültig zu deformieren und für seine Machtstellung zu nutzen. Für alles, was in der Zeit seiner Herrschaft geschah, waren bereits in den Anfangsjahren der Oktoberrevolution die Voraussetzungen geschaffen worden.

III.

Wo die Dinge so liegen, wo alles von oben her bürokratisch geregelt werden muß, da ist die große Gefahr vorhanden, daß eine große Anzahl Menschen betraut wird mit der Durchführung der sozialistisch gedachten und sozialistisch gewollten Maßnahmen, die von Sozialismus und Kommunismus keine Ahnung haben, und je weiter deshalb die Ausführungsbestimmungen der oberen Organe, die noch so schön sozialistisch und kommunistisch sein mögen, nach unten kommen, je mehr laufen sie Gefahr, daß sie in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Wilhelm Dittmann 1920

Eine wesentliche Stütze, welche die Bolschewiki hatten, waren die Apparate. In ihnen waren in einer großen Anzahl die Beamten des alten Regimes tätig. Lenin und die Bolschewiki tasteten ihre Macht nicht nur nicht an, sondern sie vergrößerten sie, weil sie auf eine Demokratisierung des Landes, die sicher sehr schwierig gewesen wäre, verzichteten. Um die Machtstellung der Partei in diesen Apparaten zu sichern, wurden zusätzlich Kommunisten und Arbeiter in diese geschickt. Sie konnten jedoch die Apparate und ihre Funktionsweisen nicht verändern. Vielmehr veränderten die Apparate den Charakter der kommunistischen Partei. Von den 1920 rund 600 000 Mitgliedern der KPR waren fast 80 % im Partei- und Staatsapparat beschäftigt oder in der Armee. Demgegenüber waren nur 11 % der Mitglieder der Partei Arbeiter in den Betrieben. Damit nahmen sich die Bolschewiki ihre revolutionäre Kraft selbst. Denn nicht die Arbeiter, sondern der Apparat hatte auch in der Partei nicht nur die Macht, sondern auch die Mehrheit, um diese Machtstellung zu sichern. Als Lenin diese Situation als Gefahr für die Bolschewiki selbst begriff, war es bereits zu spät. Sein Appell zu Beginn seines berühmten Briefes an den Parteitag: „Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen“, blieb ohne Wirkung. Der Apparat war bereits zu mächtig, als daß an seiner Macht hätte gerüttelt werden können. So ist es logisch, daß sich in den Machtkämpfen nach Lenins Tod auch derjenige durchsetzen konnte, der die Macht über die Apparate hatte: Stalin.

IV.

Eine Partei ohne inneren Geisteskampf kann ich mir nicht vorstellen. Ich kann mir eine Sekte denken, in der ein Dogma aufgestellt wird, aber in einer Partei müssen verschiedene Meinungen miteinander ringen, damit sie geklärt und gefestigt werden können.

Arthur Crispian 1920

Nach dem Kronstädter Aufstand versuchte Lenin, sowohl die Ursachen des Aufstandes und die damit verbundene Krise der Bolschewiki zu ergründen. Er suchte nach einer Erklärung, warum sich Teile der Arbeiterschaft und der Bauern nach dem siegreichen Ende des Bürgerkrieges nun gegen die Bolschewiki wandten. Als innere Ursache sah er nicht das politische System mit seinem bürokratischen Apparat, sondern die Meinungsverschiedenheiten sowohl in der Partei als auch in der Parteiführung. „Die Partei zusammenschweißen, keine Opposition in der Partei zulassen – das ist die politische Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen Lage“, so Lenin in seinem Schlußwort auf dem 10. Parteitag der KPR. Auf diesem Parteitag hatte er jenes verhängnisvolle Fraktionsverbot durchgesetzt, welches im weiteren Verlauf der Geschichte der kommunistischen Parteien vielen Mitgliedern im günstigsten Fall ihre Mitgliedschaft, in Millionen Fällen ihre persönliche Freiheit bzw. ihr Leben kostete. Mit dem Fraktionsverbot bekam die Parteiführung das Instrument in die Hand, um Meinungsverschiedenheiten, Kritik und andere Ansätze innerhalb der Partei zu unterdrücken. Eine solche Partei aber ist unfähig, dem Marxschen Grundsatz – „proletarische Revolutionen kritisieren beständig sich selbst“ – gerecht zu werden. Sie kann der von Rosa Luxemburg, 1904 in ihrer Kritik an den organisatorischen Vorstellungen Lenins für die russische Sozialdemokratie, formulierten Anforderung an eine proletarische Partei: „Nicht durch die Anknüpfung an die ihm durch den kapitalistischen Staat eingeprägte Disziplin – mit der bloßen Übertragung des Taktstockes aus der Hand der Bourgeoisie in die eines sozialdemokratischen Zentralkomitees, sondern durch die Durchbrechung, Entwurzelung dieses sklavischen Diszipliniergeistes kann der Proletarier erst für die neue, die freiwillige Selbstdisziplin der Sozialdemokratie erzogen werden“, nicht gerecht werden.

V.

Allerdings sah man eine Brandmarkung darin, daß man sich zur Demokratie bekannte. Aber soweit kann man nicht gehen, daß man jemandem verbieten will, seiner eigenen Überzeugung Ausdruck zu geben, in der Furcht, daß sich ein anderer dadurch beleidigt fühlen könnte.

Karl Kautsky 1919

Die Oktoberrevolution wurde von fast allen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale begrüßt. Denn die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft stand am Ende des 1. Weltkrieges auf der Tagesordnung, wenngleich es über den Charakter und den Weg zum Sozialismus große Differenzen gab. In ihrer Berner Resolution vom Februar 1919 über „Demokratie und Diktatur“ wandten sich die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas gegen alle Machenschaften der bürgerlichen Klassen, den Versuch einer gesellschaftlichen Alternative zu diffamieren. In Verbindung mit einem Angebot zum Dialog machten sie aber zugleich ihre Differenzen zu den Bolschewiki deutlich. „Eine vom Sozialismus fortschreitend bestimmte Neugestaltung der Gesellschaft läßt sich weder durchführen und erst recht nicht erhalten, wenn sie nicht in den von der Demokratie errungenen und weiter entwickelten freiheitlichen Grundsätzen fest verankert ist. Diese Grundsätze der Demokratie: Freiheit der Rede, Schrift und Versammlung, allgemeines Wahlrecht, verantwortliches parlamentarisches System, Einrichtungen, welche die Mitarbeit und die Entscheidung des Volkes sichern, Koalitionsrecht usw. geben zur selben Zeit dem Proletariat die demokratischen Werkzeuge seines Kampfes.“ Diese Position stellte weder eine Verdammung noch Verleumdung der Bolschewiki dar, zu der sie von ihnen gemacht wurde. Lenin antwortete auf diese Resolution: „Das Wachstum der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern hat bei der Bourgeoisie und ihren Agenten in den Arbeiterorganisationen krampfhaft Bemühungen hervorgerufen, um ideologisch-politische Argumente für die Verteidigung der Herrschaft der Ausbeuter zu finden. Unter diesen Argumenten wird die Verurteilung der Diktatur und die Verteidigung der Demokratie besonders hervorgehoben. Die Verlogenheit und Heuchelei eines solchen Arguments, das in der kapitalistischen Presse und auf der im Februar 1919 in Bern abgehaltenen Konferenz der „gelben“ Internationale tausend-



Rotgardienpatrouille von Arbeiter des Putilow-Werkes auf den Straßen Petrograds im November 1917. Foto: Jakow Schtejnberg

fach wiederholt wird, sind jedem klar, der nicht Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus üben will.“ Selbst wenn man beachtet, daß die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas durch ihre Burgfriedenpolitik zu Beginn des 1. Weltkrieges in den Augen der Bolschewiki diskreditiert waren, zerstörten sie mit dieser Denunziation ihre eigene Fähigkeit, kritische Anmerkungen an ihrer Politik zu ertragen. Allein die Tatsache, daß sich die Sozialdemokraten gegen die von Lenin vertretene Auffassung der Diktatur des Proletariats wandten, machte sie in den Augen der Bolschewiki zu Verrätern am Sozialismus. Damit wurde der verheerende Grundsatz der kommunistischen Bewegung: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! begründet. Dieser Grundsatz mußte die Kommunisten nicht nur innerhalb der sozialistischen Bewegung in die Isolation treiben und sich letztlich gegen sie selbst richten. Indem Kritik von außen zum Verrat wurde, mußte zwangsläufig auch Kritik innerhalb der Bolschewiki zum Verrat werden.

VI.

Wenn wir diese internationale Solidarität gegenüber Sowjetrußland betonen und wahren, so bedeutet das nicht, daß wir nicht das Recht haben, Kritik zu üben.

Rudolf Breitscheid 1920

Sowohl Rosa Luxemburg und die junge KPD als auch die revolutionäre Sozialdemokratie (USPD) erkannten, daß in Rußland die Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft nicht nur wegen der schwierigen Situation des Landes ungünstig waren. Vor allem die Tatsache, daß diese Revolution isoliert blieb und die Bolschewiki mit ihrer Politik zwar ihre Macht behaupten, aber zur Durchführung sozialistischer Maßnahmen nicht in der Lage sein konnten, erkannten sie als große Hindernisse für einen erfolgreichen Sozialismus. Deshalb sahen sie sich in einer großen Verantwortung, durch eine erfolgreiche Revolution in Deutschland ihre Vorstellungen von Sozialismus umzusetzen und gleichzeitig die russische Revolution aus ihrer Isolation zu befreien. Bis zu ihrem eigenen Erfolg war für sie die Solidarität mit den Bolschewiki selbstverständlich. Aber ebenso selbstverständlich war es für sie, die Bolschewiki wegen der Form ihrer Machtausübung, ihren selbstpropagierten Maßnahmen und wegen ihres Grundverständnisses von Sozialismus hart zu kritisieren. Sie setzten dem Avantgardeverständnis der Marxisten/Leninisten und ihren Sozialismuskonzept von oben das Marxsche Sozialismusverständnis von einer Assoziation, von einer Gemeinschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, als Alternative entgegen. Ihre Kritik an den Terrormaßnahmen, der Einschränkung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit für die Massen und den Demokratiedefiziten ging vor allem von einer moralischen Überlegenheit des Sozialismus aus:

So schrieb die junge KPD in ihrem ersten Programm 1918:

„Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord“, und Georg Lebedow formuliert 1919 für die USPD: „wir müssen jede Scheußlichkeit bekämpfen, ohne Vorwände für die Begehung solcher Scheußlichkeiten auf unserer Seite zu suchen.“

So waren es weniger die Maßnahmen, welche die Bolschewiki zu Beginn der Revolution und während des Bürgerkrieges ergriffen, die zum Scheitern des Versuches einer sozialistischen Gesellschaft führten. Es war vor allem die Art und Weise, wie Lenin und die Bolschewiki ihre Machtstellung zu behaupten versuchten und auf jegliche solidarische Kritik reagierten. Sie nahmen sich so die Fähigkeit zur Korrektur und Selbstkorrektur. Hätten sie sich ein gewisses Maß an Kritikfähigkeit bewahrt, so hätten sie zur Kenntnis genommen, daß ihnen die Sozialisten in aller Welt nahe zu jeden Fehler und jeden Fehlgriff, auch wenn sie sie hart kritisierten, verziehen. Unverzeihlich und für das letztliche Scheitern mitverantwortlich war ihre „Unfehlbarkeit“.

Nachbemerkung

Eine sozialistische Kritik an der Oktoberrevolution bedarf einer umfassenden Arbeit, welche die Mitglieder und SympathisantenInnen der PDS den linken Historikern nicht allein überlassen können. Diese müssen die Fakten liefern. Ihre Bewertung muß durch sie und durch die Mitglieder und SympathisantenInnen der PDS in Diskussionsrunden, Veranstaltungen usw. gemeinsam erfolgen. Konsens muß in diesem Prozeß sein, daß eine solche Kritik nicht das Ziel haben kann, Anerkennung bei den Konservativen zu finden. Wer dies unterstellt, setzt letztlich die Niederlage des Realsozialismus fort.

Zur Problematik der nachholenden Modernisierung

VON DIETER STRÜTZEL

Das Lob der 3. Sache. Wie haben sie uns diese Sache verdorben. Und wie ungezählt viele sind doch immer wieder da, für diese Sache zu sterben, weil sie für diese Sache leben wollen -

Peter Weiss: Notizbücher 1971-1980, Frankfurt/Main 1981, S. 112 (Notiz vom 1. Juli 1972)

Meine Entwicklung hat sich längst vollzogen und ist unabänderlich. Mein heutiges Wissen aber kann ergänzt werden.

(a.a.O., S. 51, Notiz vom 26. März 1972)

Mario hat in seiner Aufforderung zu einer linken Kritik der Oktoberrevolution und seinen eigenen Überlegungen in diese Richtung zweifellos einen Nerv getroffen, der eine Neukonstituierung der Linken anreizt, bewegt, durchzieht.

Gerade der von Peter Weiss benannte nicht versiegende moralische Impuls, der von den russischen Revolutionen, vor allem denen von 1917, ausging und ausgeht, fordert die ehrliche und rückhaltlose Auseinandersetzung mit jenem machtpolitischen Mißbrauch heraus, der ihm ebenso ununterbrochen geschah. Alles andere wäre fortgesetzter schauriger Zynismus.

So vordringlich mir daher die von Mario berührten Aspekte einer linken Kritik der Oktoberrevolution auch sind, so problematisch erschien mir ihre Verabsolutierung.

Zwei weitere, eng zusammenhängende, Aspekte seien deshalb beigetragen, ohne damit den Kreis der wesentlichen Aspekte auszuschreiten.

Auf einem Workshop zu den gesellschaftlichen Umbrüchen von 1945 und 1990 in Deutschland und Rußland waren sich im März vorigen Jahres in Moskau die Teilnehmer aus der russischen Akademie der Wissenschaften weitgehend einig, daß russische Geschichte nicht verstehbar sei, ohne das Verhältnis von Eliten, Intelligenz und Volk zu betrachten.

Prof. Achjeser umriß das Problem etwa so: Seit Iwan Grosny hätten sich die Spitzen der feudalen Eliten in ihren immer wieder neu ansetzenden, sich aber als Kontinuität verstehenden Bemühungen um eine Modernisierung des ständig expandierenden Reiches immer entschieden auf eine Intelligenz gestützt, die wesentlich von dieser Staatsfunktion abhing, die sich in ihrer eigenen Entwicklung kraß von den breiten Massen sowohl der Bauern wie auch der Feudalherren unterschied und die auch dann, wenn sie - häufig genug - in entschiedener, Leben und grausamster Unterdrückung riskierender und meist auf sich allein gestellter Opposition zu jeweiligen Machthabern geriet, immer auf diese Aufgabe der Modernisierung des russischen Staates und von dort aus der russischen Gesellschaft orientiert blieb. In dieser, keineswegs komfortablen Privilegierung hätten sich in der Intelligenz zwei divergierende Strategien gegenüber dem „Volk“, aus dem sie hervorging, über das sie erhoben und gesetzt wurde, herausgebildet: zum einen die Rückkehr in das Volk, das Verschmelzen mit dem Volk, das Martyrium für das zu erlösende Volk und zum anderen das bewußte Sich-in-den-Dienst-des-Staates-Stellen mit dem Ziel - oder auch nur der Selbsttröstung -, von oben her im Rahmen des Staatsinteresses das Los des Volkes zu verbessern. Für Achjeser habe Lenin geglaubt, diese beiden Strategien verschmelzen zu können.

Das Volk blieb in beiden Strategien immer das Große, Ewige, Bleibende, sich selbst Reproduzierende. Selbstbefreiung als Selbstentwicklung kam darin - ungeachtet immer wieder neuer Empörungen und Aufstände - nicht vor, weshalb es auch für die anvisierte Modernisierung als Subjekt nicht in Frage kam. Soweit es als Subjekt begriffen wurde, bedurfte es der Modernisierung nicht, war diese eher etwas Fremdes, ihm Aufgedrücktes, Bedrohliches.

Wir alle sind wahrscheinlich nicht kundig genug, um eine solche groß entworfene kulturgeschichtliche Skizze nachzuprüfen. Den Freundinnen und Freunden der russischen und sowjetischen Literatur kommen gewiß vielfältige Assoziationen in den Sinn. Der Streit zwischen den „Physikern“ und den „Poeten“, Größe und Grenzen der „Dorfprosa“ erhalten eine historische Tie-

fe. Eisensteins Weg vom Panzerkreuzer Potemkin zu Ivan Grosnyj und Aleksander Newskij wird in seinen Brüchen wie in seiner Kontinuität vielleicht kenntlicher. Wie in einem Brennspeigel treffen die weltgeschichtlichen Konflikte in den beiden Referaten Gorkijs und Bucharins auf dem I. Sowjetischen Schriftstellerkongreß von 1934 zusammen.

Aber: Wer sich ernsthaft um eine Rekonstruktion der Oktoberrevolution und ihrer Geschichte bemüht, wer es ernst meint mit Marxens Grundsatz, daß sich das Handeln gesellschaftlicher Klassen („Klassen für sich“) nicht aus der Beschreibung ihrer sozialökonomischen Lage und Interessen („Klassen an sich“) herleiten läßt, wird wenigstens jene „ideologischen Formen“, in denen Interessen-Konflikte in einer Gesellschaft „ausgefochten“ (nicht „widergespiegelt“) werden, wieder in jene Rechte einsetzen müssen, die ihnen Marx in seiner Triade des historischen Materialismus (neben sozialökonomischer Basis und politisch-rechtlichem Überbau) beigemessen hat.

Und insofern wird Achjesers Fragestellung schon wesentlich für die Bolschewiki, deren Berufsrevolutionäre ja überwiegend dieser Intelligenz angehörten, deren Schicksale geradezu exemplarisch teilten, und so auch in ihrem Selbstverständnis, ihrer Problematik und vor allem in ihrem Verständnis des „Volkes“ wesentlich von deren kulturellen Mustern geprägt waren.

Was passierte, als dieses „Volk“ - durch Krieg und Revolution „aus seinem Schlaf gerissen“ (Lenin) - selbst - höchst vielfältig und wechselhaft - auf der Bühne der Geschichte erschien, um sich Frieden, Land und Befreiung aus dem Völkergefängnis zu holen, der Selbstherrschaft ein Ende zu setzen? Was, als es diese Bühne wieder verlassen wollte, um sich der Früchte der Revolution zu erfreuen? Was passierte, als das durch die selbsternannte Avantgarde abstrahierte Modell dieser Revolution, geadelt vom Erfolg, zur Richtschnur für ganz andere soziale Bewegungen und Umbrüche erhoben wurde? Was passierte, als die bolschewistische Abteilung der Intelligenz wieder eintrat in ihre soziale (internationale) Schicht, nunmehr aber im Besitze der Staats-Macht, in Arrangement und Kampf mit den alten Eliten, vor allem aber gestützt auf die dritte „staatsbildende Kraft“ (Leo Kofler), jene Bürokratie, die nach Lenin nach zwei, drei Jahren mehr Bolschewiki verschlungen hatte als der Bürgerkrieg?

Zumindest der Fakt, daß sich Lenins gesamtes Spätwerk genau um diese Fragen dreht, sollte ihre Unausweichlichkeit verdeutlichen.

1918, in jenem Jahr, in dem Lenin am radikalsten über das welthistorisch Neue der Oktoberrevolution nachdachte, als er noch meinte, die Köchin müsse den Staat regieren können, als er den Kommunismus dort sah, wo einfache Menschen sich um mehr kümmern als um das Pud Getreide für die eigene Familie, als er den Sieg der neuen Ordnung abhängen sah von der Fähigkeit, eine neuartige gesellschaftliche Form der Organisation der Arbeit zu schaffen, war er überzeugt, daß sich die russische Revolution von allen vorangegangenen dadurch unterscheiden werde, daß sich die „Volk“-massen diesmal nicht nach getaner „negativer Arbeit“ der Revolution, nach dem Umwerfen der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, nach Hause schicken oder kartätschen lassen würden, um die „positive Arbeit“ der Revolution, den Aufbau neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, anderen, von ganz anderen Interessen und Zielen geleiteten, zu überlassen.

Als zwei Jahre später, nicht zuletzt durch bolschewistische Organisation, Kriegskommunismus und Willen zum Sieg diese „positive Arbeit“ zur Tagesaufgabe wurde, waren diese Massen gefallen, massakriert, von Hunger und Not aufgezehrt, aber auch von Roter Armee und Parteitagsdelegierten nach Hause kartätscht, erschien schon die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Lebens auf dem wahrlich erbärmlichen Niveau vor der Revolution als schier unmögliche Aufgabe.

So mochten die Visionen von einer neuen Gesellschaft und der alte Vorsatz der Intelligenzija, dieses Land zu modernisieren, den westlichen Zivilisationsvorsprung nachzuholen, als identisch erscheinen. Und noch dazu, weil die Modernisierung sich nicht mehr vorwiegend auf die traditionellen Leitbilder Frankreich und Deutschland bezog, sondern zunehmend auf den neuen Leitstern, das aufbrechende Amerika, den wahren Gewinner des ersten großen Weltkrieges.

Wie sehr Lenins Denken schon zu Beginn der Revolution von den nachholenden Aufgaben der Revolution geleitet war, zeigt seine Lesart von der historischen Mission der Arbeiterklasse. Marx war theoretisch davon ausgegangen, daß eine zukünftige Gesellschaft von jenen geschaffen werden würde, deren heutige klassenspezifische Lebensform - die Freiheit vom Besitz an Produktionsmitteln - die allgemeine Lebensform einer künftigen Gesellschaft sein werde, und praktisch dar-

in bestärkt worden durch die empirisch konstatierbare Tatsache, daß in ganz Europa und in Nordamerika die aktuelle Arbeiterbewegung seiner Zeit die alten Mächte und Verhältnisse in die Schranken forderte. Für Lenin aber beruhte die Führungsrolle der Arbeiterklasse ganz wesentlich darauf, daß sie „sich die gesamte städtische, industrielle, großkapitalistische Kultur zu eigen gemacht hat“ und die „Entschlossenheit und Fähigkeit“ besitzt, diese „zu behaupten, zu wahren und alle ihre Errungenschaften fortzuentwickeln“ (Gruß an die ungarischen Arbeiter, 27. Mai 1919).

So wird vielleicht verständlich, warum einem Mann, der über eine neue gesellschaftliche Organisation der Arbeit nachgedacht hatte, der Taylorismus als eine solche erscheinen konnte, zumal ihm ja Indiz einer solchen neuen gesellschaftlichen Organisation die Arbeitsproduktivität war. Hoffentlich haben „konservative Nostalgiker“ im Museum des ukrainischen Saporoshe jene Dokumentation bewahrt, in denen die bauleitenden US-amerikanischen Ingenieure noch einmal ein Jahrzehnt später den legendären Bau des DNEPROGES (des Wasserkraftwerks an den geschichtsträchtigen Stromschnellen des Dnjepr, D.S.) als Zwillings des Goldenen Gates betrachteten, in den von Frunse kommandierten Arbeitsarmeen, die den Beton mit ihren Bastschuhen feststapften, die Gefährten der westwärts ziehenden Siedler und der die Ozeane verbindenden Eisenbahnbauer sahen.

Ob es Lenin in der letzten großen Phase seines Lebens, wie sie Naumow zu rekonstruieren versucht hat, bei dem Versuch einer kritischen Bilanz der Revolution nach Kronstadt und NÖP, „für den Anfang“ mit „einer heutigen, d.h. den besten westeuropäischen Vorbildern nicht nachstehender Qualität“, einer „wirkliche[n] bürgerliche[n] Kultur genügen“ lassen wollte, in dem klaren Bewußtsein, das sei, „für eine sozialistische Republik [...] eine allzu bescheidene Voraussetzung“ (Lenin: Lieber weniger, aber besser, geschrieben Februar/März 1923), muß letztlich wahrscheinlich dahingestellt bleiben.

Und nur Böswillige oder IgnorantInnen können Lenin, seiner Partei oder gar jenen, die ja nicht nur wählten, eine neue Welt zu bauen, vorwerfen, nicht gesehen zu haben, was das ist – nachholende Modernisierung. *Wir aber, unser Wissen prüfend und ergänzend, weil wir einzustehn haben für die Seite unsrer Wahl* (Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Bd. III, S. 272), kommen nicht umhin, dieser Frage nachzugehen.

Eindeutiger als in einer solchen gesellschaftstotalen Sicht dürfte der Paradigmenwechsel erkennbar sein, der sich mit der nachholenden Modernisierung verband. Als Lenin die Allmacht des Marxismus in seinem Weg auf der Heerstraße der allgemeinen Menschheitsentwicklung sah, konnte er zweifellos nicht ahnen, daß diese Heerstraße in die Sackgasse der modernen Industriegesellschaften führte. Aber er verlegte doch unverkennbar das Schwergewicht von der permanenten „Aufhebung des heutigen Zustands“, wie Marx und Engels den Kommunismus verstanden, auf das Bewahren und Fortentwickeln, hin zu einem – immer weiter hinausrückenden – „fernen Ziel“, das konsequenterweise eines Tages zur bloßen Apologetik des real Existierenden verkümmern mußte, wollte es nicht gänzlich aus dem Leben der Menschen herausfallen.

Am folgenreichsten aber war wohl, daß Lenin die nachholende Modernisierung ganz uneingeschränkt auch ins Politische ausdehnte: „Jedermann weiß, [...] daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; daß die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder festen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gewählten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. Das alles ist eine Binsenwahrheit.“ So lautete seine Antwort an die „grundsätzliche Opposition“, die in der jungen KPD von einer „Partei der Führer“ warnte. (Der „linke Radikalismus“, geschrieben im April/Mai 1920).

Alle drei Aspekte nachholender Modernisierung, der ökonomische, der geistige und der politische, haben wohl ihren Anteil daran, daß heute in der Tat der Anschein entsteht, als gäbe es kein anderes die Menschheit zusammenhaltendes Ideal als das der liberalen Demokratie (Fukuyama). Für eine Wende dieses Zustands, für den Fortgang der Geschichte, ist eine linke Kritik auch der Oktoberrevolution eine unerläßliche, wenn auch nicht hinreichende Bedingung.

Zum Schluß noch einmal Peter Weiss: [...] dies ist ja das Wesen der Zeit, daß wir uns fortwährend entwerfen, aus den Augen verlieren, auf neue Art wiederfinden, ein Prozeß, in dem uns die Untersuchung aller Einzelheiten auferlegt ist [...] (Ästhetik des Widerstands, Bd. III, S. 270)

„Terrorismusbekämpfung“ – totalitäre Machtentfaltung des Staates

Kein Ende in Sicht

VON CHRISTIANE SCHNEIDER

„Die RAF existiert nicht mehr“, zitierte der Spiegel kürzlich im Titel eines Artikels nicht näher genannte „Experten aus den Sicherheitsbehörden“, die sich einig seien: „Die Rote Armee Fraktion, seit den siebziger Jahren Staatsfeind Nr. 1, ist nicht länger eine Gefahr für die Republik.“ (27.1.97)

Tatsächlich hat die RAF vor einem halben Jahrzehnt erklärt, daß sie ihre bewaffneten Aktionen gegen Personen einstellt; daran hat sie festgehalten.

Doch ungeachtet dessen, daß die verantwortlichen Behörden die RAF für tot halten, und ungeachtet dessen, daß die RAF sich seit Jahren nur noch mit Erklärungen zu Wort meldet, hat der Staatsapparat die Auseinandersetzung auf dieselbe zügellose, auf Vernichtung des Gegners zielende Weise fortgesetzt, wie er sie seit eh und je geführt hat.

Täuschung der Öffentlichkeit

Seit Christoph Seidler, den der Staatsschutz als Verantwortlichen für das Herrhausen-Attentat zur Fahndung ausgeschrieben hatte, in die Bundesrepublik zurückgekommen und sich den Behörden gestellt hat und seit von mehreren anderen mit Haftbefehl gesuchten angeblichen RAF-Mitgliedern in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß sie ihre Rückkehr in die BRD vorbereiten bzw. den gegen sie erhobenen Haftbefehlsgründe längst glaubhaft bestritten haben, ist unübersehbar geworden, was bereits nach der Verhaftung der in die DDR übergesiedelten Ex-RAF-Mitglieder aufgeschieden war: Der Staatsapparat hat systematisch Fahndungs- und Verfolgungsjagden gegen Menschen veranstaltet, von denen ihm bekannt war, daß sie die ihnen in der Öffentlichkeit zugeschriebenen Taten nicht begangen haben.

Das wirft viele Fragen auf, vor allem natürlich die Frage, warum die Staatsschutzbehörden Menschen zur Fahndung ausschreiben, gegen die sie nicht nur nichts wirklich in der Hand haben, sondern von denen sie zumindest ab einer gewissen Zeit wußten, daß der Grund für den Haftbefehl nicht vorliegt. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die staatliche „Terroristenfahndung“ seit den Anfängen der RAF und verwandter Bewegungen kriegsmäßig angelegt ist und in vielen Fällen mit der Tötung der Gesuchten bzw. von „Verdächtigen“ endete (und darüber hinaus auch den Tod von Polizeibeamten in Kauf nahm und mitverantwortete). Allein in den Jahren 1971 bis 1980 erschloß die Polizei zwölf Personen, die wegen des Verdachts verfolgt wurden, Mitglieder oder Unterstützer „terroristischer Vereinigungen“ zu sein – unter ihnen Petra Schelm (1971), Georg von Rauch (1971), Thomas Weißbecker (1972), Werner Sauber (1975), Willi Peter Stoll (1978), Michael Knoll (1978) und Elisabeth von Dyck (1979). Andere, etwa Rolf Heißler, wurden, ohne daß eine Notwehrsituation vorlag, durch Schüsse schwer verletzt. Darüber hinaus fielen in den 70er Jahren im Zuge der „Terroristenfahndung“ fünf völlig unbeteiligte Menschen Polizeikugeln zum Opfer: Ian McLeod (1972), Günter Jendrian (1974), der 17jährige Lehrling Richard Eppele (1972), Helmut Schlaudraff (1977) und Manfred Perder (1980). (Siehe dazu Rolf Gössner, Tödliche „Terroristenfahndung“, in: bad kleinen und die erschliessung von wolfgang grams)

Die in den letzten Jahren zur Fahndung ausgeschrieben angeblichen RAF-Mitglieder mußten und müssen nicht nur befürchten, im Fall der Festnahme ohne Grund auf lange Zeit ins Gefängnis zu verschwinden. Sie mußten und müssen vielmehr befürchten, im Zuge der Festnahme erschossen zu werden, so wie zuletzt am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen der verletzte und wehrlose Wolfgang Grams sein Leben verlor.

Fest steht, daß die Staatsschutzbehörden Menschen durch willkürlichen Fahndungsdruck bewußt in den Untergrund getrieben haben.

Totalitäre Machtentfaltung

Nach wie vor begründet die „Terroristenfahndung“ einen gewaltigen Apparat mit vielen hundert gutdotierten Planstellen vor allem bei der Bundesanwaltschaft, beim Bundeskriminalamt und beim Verfassungsschutz. Dieser Apparat hat sich mit der erwiesenermaßen willkürlichen Ausschreibung und Verfolgung von Verdächtigten über die ganzen letzten Jahre hinweg selbst seine Existenzgrundlage erhalten. Schwerer noch fällt ins

Gewicht, daß die „Terroristenfahndung“ über Jahre fortgesetzt wurde, weil sie eine „terroristische Bedrohung“ suggerierte und weil die „terroristische Bedrohung“ die Fortsetzung der „Terrorismusbekämpfung“, nicht zuletzt die grausame Behandlung der Gefangenen aus der RAF, legitimiert.

In der RAF – gemeint die politische Strömung, nicht eine Organisation – hat vor Jahren schon eine offene Geschichtsdiskussion eingesetzt.¹ Dagegen gibt es auf staatlicher Seite nicht die geringsten Anzeichen, die Politik der „Terrorismusbekämpfung“ und die in diesem Zusammenhang geschaffenen und angewandten Mittel auch nur zu überprüfen.

Das staatliche Gewaltmonopol gilt als dadurch legitimiert, daß es Recht erhalten soll. Die staatliche Gewalt der „Terrorismusbekämpfung“ hat jedoch nicht Recht erhalten, sie hat auch nicht neues Recht gesetzt, sondern Nicht-Recht, d.h. sie hat Recht bis zur Unkenntlichkeit deformiert. Sie war und ist Ausdruck totalitärer Machtentfaltung, die sich um Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nicht schert. Zu diesen Mitteln, die aus dem Zweck der „Terrorismusbekämpfung“ gerechtfertigt werden, zählen:

- *Zahllose neue Gesetze bzw. Gesetzesänderungen:* angefangen vom Bundesmeldegesetz, der 1971 geschaffenen ersten Grundlage einer inzwischen unüberschaubaren staatlichen Überwachungstätigkeit, über die verschiedenen Gesetze zur Einschränkung der Verteidigung (Beschränkung der Zahl der Verteidiger, Verbot gemeinschaftlicher Verteidiger, Verteidigerabschluß ...) und zur „Beschleunigung der Hauptverhandlung“ (u.a. wird die Hauptverhandlung bei Abschluß der Angeklagten möglich), den § 129a, Strafverschärfungen für bestimmte Delikte, Ermächtigungsregelungen für totale Fahndung (bei weitreichenden Möglichkeiten zur Einschränkung der Grundrechte) bis hin zum Kontaktsperregesetz, das die völlige Isolierung von Gefangenen von der Außenwelt ermöglicht, und zur Kronzeugenregelung.

- *Aufrüstung des Staatsschutzapparates:* angefangen vom Ausbau und der Kompetenzerweiterung des BKA (das BKA-Gesetz von 1973 schränkt die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der Unverletzlichkeit der Wohnungen ein) über die Einrichtung der GSG 9 bis hin zu kriegsmäßig angelegter Fahndung und entsprechenden Ausrüstungen.

- *Unmenschliche, grausame Haftbedingungen und andere Methoden, die die Integrität der Person verletzen:* angefangen von der Isolationshaft (24-Punkte-Haftstatut), die zeitweise bis zu totaler, auch akustischer Isolation im Toten Trakt gesteigert wurde, über die langjährige Inhaftierung Schwerkranker und Haftunfähiger, extreme Haftzeiten bis zu Sonderbedingungen für die Haftentlassung (psychiatrisches Gutachten). – Neun Gefangene kamen in der Haft oder kurz danach zu Tode, teils unter Verhängung der Kontaktsperre und unter Umständen, die nie aufgeklärt wurden, teils infolge unzureichender gesundheitlicher Versorgung, teils infolge von Zwangsernährung bei gleichzeitiger Unversorgung während eines Hungerstreiks.

Abgesehen von den allgemeinen Auswirkungen dieser totalitären Machtentfaltung auf das demokratische Leben in der Bundesrepublik Deutschland sind es vor allem zwei akute Gründe, die eine Initiative zum Rückbau des Staates, d.h. zur Rücknahme der „Anti-Terror-Gesetze“ und anderer „Anti-Terror“-Maßnahmen, erforderlich machen.

Freilassung der Gefangenen aus der RAF!

Zwar wurden bisher sieben zu lebenslang verurteilte Gefangene aus der RAF entlassen – nach bis zu 22 Jahren Haft. Andere jedoch sind weiter inhaftiert, teilweise über 15 Jahre. Allen droht, daß sie, nach bisheriger Praxis, deutlich länger als 20 Jahre in Haft bleiben, und einigen von ihnen hat die BAW ausdrücklich angedroht, daß sie niemals entlassen werden würden.

Alle diese Gefangenen haben lange Jahre der Isolationshaft hinter sich, in denen sie allen denkbaren Methoden der sensorischen Deprivation (Einschränkung der sinnlichen Wahrnehmung) und ihren bekannten Auswirkungen, Desintegration und Desorientierung des Individuums, schwere Störungen des vegetativen Nervensystems, ausgesetzt waren. Doch selbst wenn sie der Isolation heute nicht mehr so total wie ehemals unterworfen sind, verhindert die anhaltende Inhaftierung (allzumal unter Aufrechterhaltung von Sonderhaftbe-

dingungen und der latenten Drohung ihrer Ausweitung), daß sie damit beginnen können, die furchtbaren Erfahrungen zu verarbeiten. Ihre Gesundheit ist schwer angeschlagen, ohne daß die Möglichkeit zu auch nur teilweiser Wiederherstellung und Erholung besteht, im Gegenteil: Es ist erwiesen, daß über zehn Jahre andauernde Haft schon unter „normalen“ Bedingungen irreversible physische und psychische Schäden verursacht. Aus der Literatur ist bekannt, daß Gefangene in vergleichbarer Lage mehr und mehr ihre Lebensreserven erschöpfen. Die Aussicht auf weitere Jahre der Haft oder gar Haft ohne Ende, von der Öffentlichkeit weitgehend vergessen, rachsüchtigen Amtsträgern in vieler Hinsicht ausgeliefert, wirkt mit Sicherheit noch einmal erschwerend, der weitere Vollzug der Haft womöglich wie ein Todesurteil.

Der Kampf um die Freilassung der Gefangenen aus der RAF, geführt als Kampf um die Freilassung einzelner Gefangener („Freiheit für Irmgard Möller“ ...), hat in einzelnen Fällen – in den Fällen der Schwerkranken und Haftunfähigen wie in den Fällen der am längsten Inhaftierten – Erfolg gehabt; ohne diesen Kampf wären sie nicht freigelassen worden. Deshalb ist es auch unbedingt notwendig, weiter um jeden einzelnen Gefangenen zu kämpfen.

Darüber hinaus kann eine Kampagne zur Rücknahme der „Anti-Terror-Gesetze“, die nicht von Anfang hoffnungslos zum Scheitern verurteilt ist und die im Bundestagswahlkampf 1998 einige Kraft entfalten könnte, die Bedingungen für die Freilassung aller Gefangenen aus der RAF erheblich verbessern. Wenn nämlich die einschlägigen Gesetze erschüttert werden können und ihre Rücknahme durchgesetzt werden kann, dann lassen sich aus dem Recht keine Gründe mehr gegen ihre Freilassung anführen, auch nicht gegen die Freilassung solcher Gefangener, die deutlich kürzer als 15 Jahre inhaftiert sind. Gegenüber der Forderung nach Amnestie etwa hätte ein solcher Weg den Vorteil, daß kein Sondergesetz durchgesetzt werden müßte. Daß die Bourgeoisie zu einem solchen Sondergesetz gezwungen werden kann, solange sie niemanden für den Tod von vieren ihrer Leute verurteilt hat (Beckurts, Zimmermann, Herrhausen, Rohwedder), erscheint nach Lage der Dinge als mehr als schwer.

Von Stammheim nach Düsseldorf – neue Dimension der ‚Terrorismusbekämpfung‘

Der zweite Grund, der die Auseinandersetzung mit den „Anti-Terrorismus“-Sondergesetzen dringend macht, ist die Kurdenverfolgung. Auf dem Weg von Stammheim nach Düsseldorf (dem ersten großen Kurdenprozeß Ende der 80er Jahre) ist die Entfesselung der Staatsgewalt ein großes Stück vorangeschritten. Grundlage dafür sind die in der „Terrorismusbekämpfung“ der 70er und 80er Jahre geschaffenen Instrumente, die heute selektiv zur Niederhaltung einer ganzen Bevölkerungsgruppe eingesetzt und dabei weiter geschärft werden. In Frankfurt, Hamburg, Stuttgart-Stammheim, München, Düsseldorf, Celle finden „Terrorismus“-Verfahren nach §129a gegen Kurdinnen und Kurden statt. Sie sind „die Spitze einer fast flächendeckenden Kriminalisierung von PKK nahen Kurden, die die ‚konsequente Durchsetzung des sogenannten PKK-Verbots‘ von Bundesinnenminister Kanther im November 1993 ergänzen: Mehrere hundert kurdische politische Gefangene (wegen Demonstrationsdelikten, Anschläge auf türkische Einrichtungen und sogenannten ‚Schutzgelderpressungen‘ u.a.), Tausende von Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der PKK und ERNK ... nach § 20 Vereinsgesetz, die ganze Staatsschutzkammern bei den Landgerichten verschiedener Bundesländer lahmlegen“, so Rechtsanwalt Eberhard Schultz in einem Beitrag für „clockwork“ Nr. 43. Im Unterschied zur Bekämpfung der RAF findet die Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung fast unbemerkt von der Öffentlichkeit statt.

(1) Siehe dazu vor allem den im letzten Jahr bekannt gewordenen Brief Helmut Pohls aus dem Jahr 1992, abgedruckt u.a. in den *Politischen Berichten* 18/96.

Birgit Hogefeld nimmt in ihrer Erklärung zum Abschluß des Prozesses gegen sie eine weitgehende Kritik des bewaffneten Kampfes der RAF vor. („Wir waren denen, die wir bekämpfen wollten, sehr ähnlich und sind ihnen wohl immer ähnlicher geworden.“ Siehe *FR* vom 19.12.98) Allerdings bleibt sie, soweit aus der gekürzten Fassung ihrer Erklärung in der *FR* ersichtlich, bei einer Kritik der Mittel, die sie im Rückblick verurteilt. Sie reflektiert nicht die Ziele, die die RAF mit den anderen Strömungen der Linken verbindet, was aber doch nötig scheint, um die Interpretationsmacht über die eigene Geschichte wirklich zu gewinnen und die Diskussion für die Entwicklung des Widerstandes fruchtbar zu machen.

(2) Weitere Maßnahmen staatlicher Gewalt, beispielsweise die Berufsverbote und die Bankrottierung des polizeilichen Todesschusses, sind hier nicht mitaufgeführt, obwohl die „Terrorismusbekämpfung“ bei Begründung und Durchsetzung eine nicht kleine Rolle spielen.

Dokumentiert: Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS

PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben

I. Bei ihren Vorschlägen für eine soziale und ökologische Reform der Steuern und Abgaben läßt sich die PDS davon leiten, daß durch diese Instrumente vor allem notwendige finanzielle Voraussetzungen für die Verwirklichung der sozialen Grundrechte und der öffentlichen Aufgaben der Gesellschaft geschaffen werden müssen. Im Vordergrund stehen heute: Massenerwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit gewährleisten, reale Gleichstellung der Geschlechter unterstützen, eine soziale Grundsicherung einführen, eine nachhaltige, zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung befördern, Selbstverwaltung der Kommunen ermöglichen.

Ansichts der gesellschaftlich relevanten Rolle von Steuern und Abgaben bei der Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen und des Verhaltens zur Natur, bei der Regulierung ökonomischer, sozialer und ökologischer Prozesse sowie einer Steuerpolitik der Bundesregierung, die die angestauten sozialen und ökologischen Probleme weiter zuspitzt, ist die PDS gefordert, konkrete Reformvorschläge zu unterbreiten. Ausgangsprämissen hierfür sind die Ziele und Positionen einer demokratischen, sozialistischen Partei, die Analyse der Verteilungs- und Umverteilungsprozesse und die kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Steuerpolitik.

Die PDS geht bei ihrer Arbeit an diesen Vorschlägen insbesondere von folgenden Grundsätzen aus:

● Soziale Steuergerechtigkeit: Der Polarisierung von Einkommen und Vermögen muß durch die Steuerpolitik entgegengewirkt, die Umverteilung von unten nach oben gestoppt und durch eine Umverteilung von oben nach unten ersetzt werden. Größere Vermögen und höhere Einkommen sollen stärker zur Kompensation der Belastungen aus der Massenerwerbslosigkeit, den Folgen der herrschenden Politik bei und nach dem Anschluß der DDR und den eskalierenden öffentlichen Schulden herangezogen werden. Das gilt insbesondere für Einkommen aus Geldvermögen und Grundeigentum. Dazu schlagen wir eine einmalige, befristete Abgabe auf größere Geld- und Grundvermögen vor. Die Mittel sollen vorrangig für kurz- und mittelfristig lösbare Aufgaben verwendet werden: für umweltorientierte, Arbeitsplätze schaffende Strukturveränderungen sowie zur Verringerung der öffentlichen Schulden. Diese Vermögensabgabe hat auch die Funktion, der vorherrschenden Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben entgegenzuwirken. Die steuerliche Freistellung des Existenzminimums, die Senkung des Einkommenssteuersatzes, die Reduzierung von Steuerklassen und die Beseitigung von Steuerprivilegien, die hauptsächlich den Reichen und Besserverdienenden zugute kommen, sind überfällig. Steuerliche Entlastungen bzw. höhere direkte Zuführungen für Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern, für Menschen mit Behinderungen und für Menschen, die mit Pflegebedürftigen zusammenleben, und die schrittweise Einführung eines altersabhängigen gestaffelten Kindergeldes in Höhe des Existenzminimums (gegenwärtig etwa 660 DM/Monat) sind elementare Forderungen der PDS. Eine weitere Besteuerung der Renten darf nicht erfolgen.

● Die Aufhebung patriarchaler Elemente im Steuerrecht, d.h. insbesondere die Beseitigung der Frauen Diskriminierung und der Ungleichbehandlung von Lebensformen sind unabdingbar. Die PDS fordert die konsequente Individualisierung des Steuerrechts als einen Beitrag zur realen ökonomischen Gleichstellung von Frauen und Männern. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Für untere und mittlere Einkommen soll ein Ausgleich insbesondere durch Erhöhung des steuerfreien Grundbetrages bei der Einkommen-/Lohnsteuer, durch Senkung des Einkommenssteuersatzes sowie durch Erhöhung des Kindergeldes erfolgen.

● Eine soziale und ökologische Steuerreform soll eine nachhaltige, ressourcenschonende Wirtschafts- und Konsumtionsweise sowie innovative und zukunftsorientierte Verhaltensweisen und Strukturveränderungen stimulieren. Das Gewicht der Besteuerung muß von der Arbeit auf den Verbrauch von natürlichen Ressourcen und auf die Belastung der Natur verlagert werden. Eine Steuerreform muß gleichzeitig den sozialen wie den ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen. Ein Sozialsystem, das auf dem Solidarprinzip beruht sowie die veränderten Bedingungen berücksichtigt, und eine ökologische Wende können nur zusammen erreicht werden.

Die ökologische Steuerreform – ein Kernstück sozialistischen Profils in der steuerpolitischen Debatte – darf nicht isoliert, sondern muß im Gesamtzusammenhang einer ökologischen Umbaupolitik einerseits und andererseits einer Steuerpolitik, die Umverteilung von oben nach unten fördert, betrachtet werden. Die gesellschaftliche Akzeptanz ökologischer Besteuerung wird wesentlich höher sein, wenn gleichzeitig die Abgabenbelastung unterer und mittlerer Einkommen spürbar gesenkt und die Sozialeinkommen erhöht werden.

● Die Erhebung und Verteilung der Steuern und Abgaben muß die kommunale Selbstverwaltung ermöglichen bzw. stärken sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für aktives ökonomisches, soziales und ökologisches Engagement der Kommunen wesentlich verbessern. Durch eine Reform der Kommunalfinanzen, eine andere Verteilung des Steueraufkommens und den Abbau bürokratischer Hindernisse müssen die Kommunen gestärkt und mittelfristig in die Lage versetzt werden, kommunale Selbstverwaltung finanziell zu realisieren. Die den Ländern auferlegten Tilgungs- und Zinslasten für kommunale „Altschulden“ müssen gestrichen werden. Die durch die einmalige Vermögensabgabe auf größere Vermögen abgeschöpften Mittel sollen die Einkommen der kommunalen Haushalte mehr, die Schaffung neuer Arbeitsplätze stimulieren und die öffentlichen Schulden abbauen helfen.

● Das Steueraufkommen soll primär nicht durch Anhebung der Steuersätze erhöht werden, sondern durch die Erweiterung der Besteuerungsbasis, einerseits durch mehr Steuer- und Abgabenzahlende – vor allem durch in Erwerbsarbeit übernommene – und andererseits durch Erweiterung der Bemessungsbasis für Steuern – insbesondere durch Beseitigung solcher Steuervergünstigungen, die bisher hohen Einkommen, Vermögen und Spekulationsgewinnen zu Gute kommen. Während die Regierungskoalition beabsichtigt, durch die Erweiterung der Bemessungsbasis auch Freibeträge der abhängig Beschäftigten sowie Lohnersatzleistungen zu belasten, sollen unsere Vorschläge dazu beitragen, die Privilegierung der Vermögenden und Besserverdienenden über Steuersparmodelle bzw. diverse Steuervergünstigungen, Freibeträge und andere Möglichkeiten zur Steuerminderung zu beseitigen. Die PDS setzt sich für die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte, Selbständige, FreiberuflerInnen, Abgeordnete und Regierungsmitglieder ein.

Sie ist gegen eine Senkung der Spitzensteuersätze.

● Radikale Vereinfachung, Transparenz und Entbürokratisierung des Steuerrechts sind Bedingungen für mehr Demokratie und Steuergerechtigkeit. Das Steuerrecht darf nicht das Privileg von SteuerberaterInnen und wenigen ExpertInnen bleiben. Die wichtigen Steuergesetze werden mittlerweile im Jahresturnus geändert, so daß selbst SteuerexpertInnen Mühe haben, sich die gerade gültige Gesetzeslage anzueignen. Die 38 verschiedenen Steuern sind in 120 Gesetzen, 178 Verordnungen, 42 Durchführungsbestimmungen und einer kaum übersehbaren Anzahl von Verwaltungsrichtlinien geregelt.

● Zur Verringerung der hohen Zinsbelastungen, die die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen zunehmend einschränken, ist der langfristige Abbau der öffentlichen Schulden unumgänglich. Gegenwartsprobleme dürfen nicht durch eine ständige Eskalation der Staatsschulden auf Kosten Heranwachsender und zukünftiger Generationen „gelöst“ werden. Dies ist für uns das entscheidende Kriterium für die Senkung der Neuverschuldung, nicht die Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien für eine überstürzte Einführung der Währungsunion.

Die PDS vertritt den Standpunkt, daß ein Abbau der Neuverschuldung und der Gesamtschulden nicht durch Kürzung der Leistungen für die sozial Schwachen und der Mittel für die Arbeits- und Wirtschaftsförderung Ostdeutschlands erfolgen darf, sondern auf dem Wege der Ausgabenstreichung für unnötige Prestigeprojekte (Transrapid, kostspielige Tunnelprojekte, Autobahnbau), für das Militär sowie Geheimdienste und der Einnahmenerhöhung mittels höherer Besteuerung größerer Vermögen, von Spekulationsgewinnen, Beseitigung von Steuerprivilegien u. a. erfolgen muß.

Einer weiteren Neuverschuldung des Bundes, der Länder und Kommunen wird die PDS nur dann zustimmen, wenn die aufgenommenen Kredite wirksam

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z.B. für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors bzw. die Förderung arbeitsplatzschaffender, innovativer und zukunftsfähiger Investitionen verwendet werden.

Dabei sollte die Förderung alternativer Eigentumsformen (z.B. Genossenschaften) besonders unterstützt werden.

• Bei der Diskussion um die Höhe der Staatsquote (Ausgaben des Staates in Prozent zum Bruttoinlandsprodukt) stehen für die PDS die zur Erfüllung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Aufgaben erforderlichen finanziellen Mittel im Zentrum und nicht hiervon losgelöste Prozentsätze. Für die PDS ist nicht schlechthin die Höhe der Staatsquote entscheidend, sondern wie und wofür der Staat seine finanziellen Mittel einsetzt. Demzufolge widersetzt sie sich Forderungen der Regierungskoalition, die Staatsquote zu Lasten der Sozialleistungen, der Zukunftsaufgaben und der Beiträge zur Lösung globaler Probleme zu reduzieren. Entgegen den Behauptungen der Bundesregierung nimmt Deutschland weder bei der Staatsquote noch bei der Steuerquote einen Spitzenplatz in der EU ein, sondern einen mittleren Platz. Eine Politik, die öffentliche Haushalte allein durch Ausgabenreduzierung konsolidieren will, führt zu sozial und ökologisch verhängnisvollen Folgen. In den nächsten Jahren müssen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte wachsen, bei zeitweilig steigender Steuerquote, vor allem durch zeitlich befristete Abgaben auf größere Vermögen, durch Beseitigung von Steuerprivilegien der Reichen und Besserverdienenden, durch höhere Besteuerung von Spekulationsgewinnen.

• Steuerhinterziehung und Steuerflucht müssen wirksam bekämpft werden. Wenigstens auf EU-Ebene sind die Bestimmungen des Steuerrechts anzugleichen, um EU-interne „Steuerparadiese“ wie Luxemburg auszuschalten. Die Angleichung des Steuerrechts hat - neben der Sozialunion - Vorrang vor jeder Währungsunion. Bank- und Steuergeheimnis darf kein Hindernis für die Durchsetzung der Bestimmungen des Steuerrechts und die wirksame Verfolgung von Steuerstraftätern sein. Steuerhinterziehung darf nicht länger als Kavaliersdelikt behandelt werden. Derzeit ist die Steuerhinterziehung praktisch risikolos, weil die Straftäter kurz vor ihrer Überführung durch Selbstanzeige Straffreiheit bekommen. Die Selbstanzeige darf deshalb nur zur Strafminderung führen. Wer in der Bundesrepublik wohnt, ist hier auch zu besteuern. Wohnsitzmanipulationen dürfen nicht anerkannt werden.

• Eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen von oben nach unten schafft notwendige Voraussetzungen für die Lösung dringender sozialer, beschäftigungs- und umweltpolitischer Probleme. Aus ihr ergibt sich jedoch nicht von selbst eine Lösung der Kardinalprobleme unserer Zeit. Eine grundsätzliche Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise und damit tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen bleiben entscheidend. Sie sind eng verknüpft mit innovativen Lösungen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wohnen und Stadtgestaltung, Verkehr. Die schrittweise Überwindung der größten Verteilungsungerechtigkeiten wird vor allem dann dazu beitragen, Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben, wenn sie mit der Um- und Neugestaltung wirtschaftlicher Strukturen und Kreisläufe verknüpft ist.

Die Steuerpolitik der Regierungskoalition hat entsprechend ihren politischen Zielsetzungen zu Ergebnissen geführt, die diesen Grundsätzen diametral entgegengesetzt sind: Einkommen und Vermögen werden weiter von unten nach oben umverteilt, die soziale Ungerechtigkeit vertieft. Beschnitten werden die finanziellen Mittel, die vor allem Länder und Kommunen für die Erfüllung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aufgaben benötigen.

Regierungsparteien und SPD versprechen vor Bundestagswahlen immer wieder die Rodung des Steuerschutts, aber auch in der zurückliegenden Legislaturperiode wurde dazu kein Schritt getan.

II Konkrete Vorschläge für eine soziale und ökologische Reform der Steuern und Abgaben

1. Einmalige Abgabe auf größere Vermögen

Angesichts der sozialen und haushaltspolitischen Probleme, für deren Lösung die Bundesregierung kein zukunftsfähiges Konzept hat, wird vorgeschlagen, eine einmalige Vermögensabgabe auf große Vermögen zu erheben. Deren Charakter als zeitlich befristete Einnahmequelle verlangt, daß die Mittel vorrangig für kurz- und mittelfristig lösbare Aufgaben verwendet werden: für umweltorientierte, Arbeitsplätze schaffende Strukturveränderungen, wesentliche soziale Maßnahmen sowie zur Verringerung der öffentlichen Schulden. Die

hierdurch mobilisierten Ressourcen sollen verstärkt den Haushalten der Kommunen zugeteilt werden. Die einmalige Vermögensabgabe hat auch die Funktion, der vorherrschenden Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben entgegenzuwirken.

Vorgeschlagen wird:

1.1. Eine Vermögensabgabe auf Geld- und Grundvermögen der privaten Haushalte;

Für größere private Geld- und Grund/Immobilienvermögen (Verkehrswert) sowie Wertpapierbesitz (Aktien, Obligationen usw.) wird eine einmalige auf 10 Jahre verteilte Vermögensabgabe erhoben. Selbstgenutztes, den Lebensmittelpunkt bildendes Wohneigentum wird in die Berechnungsgrundlage der Vermögensabgabe nicht einbezogen. Die Abgabe wird auf einem Nettovermögen von 300.000 - 500.000 DM (Freibetrag) in Höhe von 20% (2% pro Jahr) erhoben. Beim Gesamtvermögen privater Haushalte über 2 Mio. DM wird die Vermögensabgabe bis auf 30% (3% pro Jahr) erhöht.

1.2. - eine Vermögensabgabe der Versicherungsgesellschaften;

1.3. - eine Vermögensabgabe der Kreditinstitute.

Die Gesetzgebung muß die Möglichkeiten einschränken, die Belastungen aus der Vermögensabgabe einfach „nach unten“ weiterzugeben.

Die Bemessungsgrundlagen für die einmalige Vermögensabgabe (Staffelung der Steuersätze, Netto- oder Bruttowerte, Haushalt und Person, Höhe von Freibeträgen u. a.) sowie die Einbeziehung von Betriebsvermögen großer Unternehmen müssen weiter diskutiert und entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Dies gilt ebenfalls für notwendige Maßnahmen gegen Kapitalflucht, mit der als Reaktion auf die Einführung der Vermögensabgabe gerechnet werden muß.

2. Umbau des derzeitigen Steuer- und Abgabensystems in Richtung sozialer Steuergerechtigkeit, Transparenz und Vereinfachung

Die PDS setzt sich für eine Überprüfung sämtlicher steuerlicher Subventions- und Sonderregelungen ein. Als erste Schritte eines stufenweisen grundlegenden Umbaus des Steuersystems, das kleine und mittlere Einkommen entlastet und das Prinzip der Besteuerung entsprechend der Leistungsfähigkeit konsequent durchsetzt, schlägt sie vor:

2.1. Besteuerung entsprechend der Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) der einzelnen Steuerzahlenden:

- Steuerfreistellung für das Existenzminimum in Höhe von 17.000 DM jährlich (entspricht dem EU-Kriterium der Armutsgrenze) und Senkung des Eingangssteuersatzes von fast 26% auf unter 20%.

- Das Ehegattensplitting soll bei Übergang zu einer konsequenten sozial gerechteren Individualbesteuerung abgeschafft werden. Für untere und mittlere Einkommen soll ein Ausgleich insbesondere durch Erhöhung des steuerfreien Grundbetrages bei der Einkommen-/Lohnsteuer, durch Senkung des Eingangssteuersatzes und Erhöhung des Kindergeldes erfolgen.

- Einführung eines altersabhängigen gestaffelten Kindergeldes in Höhe des Existenzminimums.

Finanzielle Belastungen, die aus dem Zusammenleben mit Kindern, Jugendlichen und/oder Pflegebedürftigen ohne eigene Existenzsicherung resultieren, sind durch nichtsteuerliche Ausgleichszahlungen zu kompensieren.

Die Einführung dieses Kindergeldes soll mit der Einführung von Elementen der sozialen Grundsicherung verbunden werden.

- Die Bemessungsgrundlage für die veranlagte Einkommensteuer muß verbreitert werden. Während die Regierungskoalition beabsichtigt, hierdurch auch Freibeträge der abhängig Beschäftigten sowie Lohnersatzleistungen zu belasten, sollen unsere Vorschläge dazu beitragen, die Privilegierung der Vermögenden und Besserverdienenden über Steuersparmodelle bzw. diverse Steuervergünstigungen, Freibeträge und andere Möglichkeiten zur Steuerminderung, wie z. B. für Haushaltshilfen („Dienstmädchenprivileg“), Absetzbarkeit von Bewirtungsspesen, Schmiergeldern u. a. zu beseitigen. Dies betrifft ebenso die Veräußerungsgewinne aus Transaktionen mit Grundstücken - Spekulation mit Boden und Immobilien - sowie Finanzanlagen. Die gegenwärtige Spekulationsfrist für Geldanlagen von einem halben Jahr muß aufgehoben und die für Grundvermögen von 2 Jahren auf 5 Jahre verlängert werden. Gewinne aus der Werterhöhung von Immobilien und Aktien sind damit wie Einkommen zu behandeln.

- Steuer- und andere Subventionen sollen durchforstet werden, um überholte und ungerechte Subventionen,

die wesentlich vom Lobbyeinfluß bestimmt werden, zu eliminieren sowie weiter bestehende Subventionen offen- und auf Grundlage nachvollziehbarer Kriterien festzulegen. In einem Subventionsgesetz ist zu regeln, nach welchen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien Subventionen zulässig (z.B. Förderung regionaler Strukturveränderungen, zukunftsfähiger Technologien und Produkte, technologieorientierter Unternehmensgründungen) bzw. unbegründet sind. Die Bundesregierung muß dementsprechend Verhandlungen zur Ausgestaltung bzw. Veränderung von EU-Recht in die Wege leiten.

- Um die bisherige Praxis der Steuerhinterziehung bei Vermögenseinkommen zu erschweren, ist die Besteuerung von Kapitalerträgen als Quellensteuer (die Steuer wird unmittelbar bei der Entstehung der entsprechenden Einkommen einbezogen) zu sichern. Dem hierdurch zu erwartenden Kapitalfluß in's Ausland soll durch Vereinheitlichung dieser Steuer im Rahmen der EU und durch eine Abgabe auf eben diesen Kapitalfluß, soweit er eine festzulegende Mindestgrenze übersteigt, entgegengewirkt werden. Förderungswürdige Transfers, z.B. für Entwicklungshilfe, müssen davon ausgenommen werden. Solange eine solche EU-Regelung fehlt, müßten die Banken zumindest zu Kontrollmitteilungen verpflichtet werden, um die Wirkung der Zinsabschlagssteuer zu erhöhen.

Darüber hinaus müßte das Bankgeheimnis eingeschränkt werden, damit Kontrollen verstärkt werden können.

- Als Alternative zum gegenwärtigen Solidaritätszuschlag soll eine Abgabe (Steuer) für Besserverdienende in Höhe von 10% der Steuerschuld ab einem jährlichen Nettoeinkommen von 65.000 DM (ohne Weihnachts-, Urlaubsgeld u.ä.) eingeführt werden.

- Abschaffung des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer. Dabei muß gesichert werden, daß karitative Einrichtungen durch staatliche Subventionen weitergeführt werden können.

- Die PDS orientiert darauf, die Unternehmensteuern so zu gestalten, daß die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Durchführung umwelterhaltender Maßnahmen steuerpolitisch gefördert und die Vernichtung von Arbeitsplätzen, umweltschädliche Produktionen sowie spekulative Geldanlagen steuerpolitisch diskriminiert werden. Reinvestierte Gewinne sollen gegenüber entnommenen begünstigt werden.

- Die Gewerbesteuer muß in den alten Bundesländern vor allem aus der Sicht der Kommunalfinanzen gegenwärtig erhalten werden. Ihre Abschaffung sowie die Senkung der Gewerbeertragssteuern sind daran zu knüpfen, daß die Kommunen einen adäquaten Ausgleich erhalten.

2.2. Gerechtere Gestaltung der Sozialabgaben

- Die Sozialbeiträge sollen nicht wie bisher einzig auf der Grundlage der Lohnsumme erhoben werden. Die Bemessungsbasis der Unternehmensabgaben soll durch einen bruttoertragsabhängigen Korrekturfaktor ergänzt werden. Dies würde bedeuten, daß Unternehmen, die - bezogen auf die Arbeitskräfte - überdurchschnittliche Bruttoerträge realisieren, höhere Sozialabgaben entrichten, während Unternehmen, die je Arbeitskraft einen unterdurchschnittlichen Bruttoertrag realisieren, weniger Sozialabgaben abführen müssen.

- Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen für Sozialbeiträge und Einführung der Versicherungspflicht auch für „geringfügig Beschäftigte“, verbunden mit einer schrittweisen Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen und ihre Finanzierung durch Steuern. Als ein Schritt in diese Richtung wird die Einrichtung eines steuerfinanzierten Bundesfonds zur Förderung der sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur in den Kommunen, vor allem der ostdeutschen Länder, vorgeschlagen.

(Mittel könnten z. B. ohne Finanzierungsprobleme bereitgestellt werden, wenn die beschlossene Senkung des Solidarbeitrages ab 1998 nicht erfolgt bzw., wie oben vorgeschlagen, in eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende umgewandelt wird.)

- In die allgemeine Versicherungspflicht sind künftig auch Beamte, Selbständige, FreiberuflerInnen, Abgeordnete und Regierungsmitglieder einzubeziehen. Hierzu gehört die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe.

- Herausnahme der Kirchensteuer aus der Berechnung von Lohnersatzleistungen.

2.3. Neuregelung der Vermögen- und Erbschaftsteuer:

- Beibehaltung der Vermögenssteuer;

- Die PDS protestiert gegen die Abschaffung der Vermögenssteuer. Sie setzt sich dafür ein, auch diese Steuer stärker nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auszurichten, d. h. mit steigendem Vermögen den Steuersatz zu erhöhen.

- Änderung der Erbschaftsteuer;

Die PDS setzt sich dafür ein,

- (1) mit ihrer Hilfe eine Umverteilung von Vermögen durchzusetzen,
- (2) eine konsequente Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit vorzunehmen (unabhängig von Verwandtschaftsgrad, Lebensform und Vermögensart,
- (3) eine Entdiskriminierung, d.h. Gleichbesteuerung aller Lebensformen zu erreichen. Hierzu wird vorgeschlagen, die Erbschaftsteuer durch eine Nachlasssteuer (sie wird auf die Höhe des Nachlasses bezogen und unabhängig von der Verteilung des zu vererbenden Vermögens erhoben) zu ergänzen, die vier Steuerklassen zu beseitigen und auf eine zu beschränken, einheitliche persönliche Freibeträge in Höhe von 250.000 DM einzuführen, alle Vermögensarten gleich zu behandeln sowie kleine Unternehmen zu fördern durch eine Steuerermäßigung von 50% auf gegenständliches Anlagevermögen bei Übernahme von Betriebsvermögen im Wert bis zu einer Million DM.

2.4. Höhere Besteuerung von Börsen- und anderen Spekulationsgewinnen:

- Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer;
- steuerliche Gleichbehandlung von betrieblichen und privaten Veräußerungen von Grundstücken und Wertpapieren (Spekulationsgewinnen).

2.5. Korrektur der Mehrwertsteuer:

Die PDS ist gegen eine allgemeine Mehrwertsteuererhöhung als Mittel der Sanierung der öffentlichen Haushalte. Sie favorisiert ein differenziertes System der Mehrwertsteuer mit Mehrwertsteuerbefreiung für ausgewählte, lebensnotwendige Waren und allgemeine Kulturgüter wie z. B. Bücher, mit durchschnittlichen Sätzen für die meisten Waren und erhöhten Sätzen für Luxusgüter.

3. Ökosteuern und -abgaben

Das Steuer- und Abgabensystem soll zur Herausbildung eines neuen zukunftsfähigen Reproduktions- und Konsummodells beitragen und ist daher unverzichtbarer Bestandteil linker alternativer Reformstrategien. Nachhaltiges Wirtschaften soll unterstützt, Umweltbelastungen sollen minimiert und Umweltauflagen beseitigt werden. Dabei reichen Ökosteuern und -abgaben keineswegs als Regulierungsinstrumente für den ökologischen Umbau aus. Es bedarf vor allem der Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumentarien (Verbote, Kontingentierungen usw.).

- Eine ökologische und sozial ausgewogene Reform von Steuern und Abgaben verlangt, umweltschädliche Steuerbegünstigungen zu beseitigen, das Hauptverursacherprinzip durchzusetzen, die Arbeit zu verbilligen und die Inanspruchnahme der Ressourcen zu verteuern. So müssen die Preise für erschöpfbare Ressourcen auf das Kostenniveau zur Verbrauchssenkung bzw. Substitution angehoben werden.

Umweltbelastende Technologien sind auch mit steuerlichen Mitteln zurückzudrängen.

- Die Ökosteuerreform muß den sparsamen Einsatz von Ressourcen steuerlich fördern. Sie muß eine umfassende Primärenergiesteuer einschließen, damit der Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Emissionen von CO₂ und anderen Schadstoffen gesenkt und die Energieeffizienz stark erhöht werden.

Die von der Bundestagsgruppe vorgeschlagene direkte Angebotsverknappung fossiler Energieträger im nationalen und europäischen Kontext muß weiter diskutiert werden.

- Mit einer ökologischen Steuerreform sollen Stoffströme und Flächenversiegelung reduziert werden. Ökosteuern und -abgaben müssen auf Abfall- und Transportvermeidung zielen und die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserstraßen begünstigen. Die Einnahmen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer bzw. des Benzinpreises sollen für eine Verkehrswende, insbesondere zur Erhaltung und Entwicklung attraktiver Verkehrssysteme eingesetzt werden. Zeitgleich mit der Erhöhung der Mineralölsteuer sind sozial verträgliche Verkehrstarife einzuführen. Für Menschen ohne Möglichkeit zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für die Bewältigung der Arbeitswege, für Menschen mit Behinderungen muß ein Nachteilsausgleich gewährt werden.

Die Kfz-Steuer muß mit dem Ziel einer emissionsbezogenen Staffelung umgestaltet werden. Befreiungen für landwirtschaftlichen Verkehr und überzählige Kfz-Anhänger sind aufzuheben. Eine Schwerlastabgabe soll auf Transportvermeidung zielen und auf die Fahrzeugkilometer bezogen erhoben werden. Die Einnahmen sollten zweckgebunden zur Modernisierung des Schienengüterverkehrs und des kombinierten Verkehrs herangezogen werden.

Die Steuerbefreiung von Flugbenzin muß aufgehoben werden; eine überproportionale Verteuerung von Kurzflügen ist notwendig.

- Für Abfall, Verpackungen, Werbung, Flächenverbrauch, Düngemittel und Pestizide sollen ebenfalls ökonomische Instrumente mit Lenkungswirkung eingeführt werden.

- Ökosteuern und -abgaben haben die Hauptfunktion, den Verbrauch und die Belastung der Natur zu verringern. Als gewinnunabhängige Kostensteuern, die vor allem den Energie- und Rohstoffverbrauch belasten, sollten sie zugleich die Arbeitskosten entlasten, und damit sowohl natursparend als auch beschäftigungsfördernd wirken. Gefordert wird die Streichung von Steuerbegünstigungen im Kontext mit papiergebundener Werbung als Schritt zum Abbau subventionierter Abfallerzeugung und Senkung des Roh- und Energieverbrauchs.

Ein wesentlicher Teil der Mehreinnahmen aus Ökosteuern und -abgaben soll zur Finanzierung von Aufgaben des ökologischen Umbaus, beschäftigungsfördernd und für sozial gerechten Ausgleich eingesetzt werden. Eine völlige Kompensation durch Senkung anderer Steuern und Abgaben nach dem Dogma der Einkommensneutralität ist nicht sinnvoll, weil auch erhebliche Finanzmittel für den ökologischen Umbau eingesetzt werden müssen.

Der erforderliche ökologische Umbau ist sozial gerecht nur dann zu verwirklichen, wenn er mit einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen von oben nach unten verbunden wird. Um strukturelle Arbeitslosigkeit zu vermeiden und neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine gesellschaftliche Regulierung des Strukturwandels sowie die Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors notwendig.

4. Wirksam gegen Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug

Nach Schätzungen gehen den öffentlichen Haushalten allein durch Steuerhinterziehung jährlich 100-130 Mrd. DM an Steuern verloren. Durch konsequente Steuerprüfung und Kontrollen könnten diese wesentlich eingeschränkt und damit Mehreinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe gesichert werden. Dies setzt eine wesentliche Erweiterung des Steuerprüfungs- und -fahndungspersonals voraus. Wir treten für eine wesentlich bessere Aus- und Weiterbildung der Betriebs- und Steuerprüfer/innen ein, um die bisherige Praxis der Steuerverkürzung und Steuerhinterziehung einzuschränken. Effektivere Steuerfahndung und konsequentere Kontrollen der Einkommen- und Vermögensstärken können helfen, Steuerverluste von Bund, Land und Kommune zu reduzieren.

Steuerverluste aus der Nutzung von „Steueroasen“ müssen durch koordiniertes internationales Vorgehen eingeschränkt werden. Die Annäherung der Steuergesetze in den EU-Staaten, für die es bisher kaum Ansätze gibt, muß helfen, Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug (wie bereits bei der Besteuerung von Kapitalerträgen vorgeschlagen) zu erschweren. Gewinne von Unternehmen sowie persönliche Einkommen und Honorare müssen dort besteuert werden, wo sie erzielt werden.

5. Grundlegende Verbesserung der Kommunaleinnahmen

Die Finanzmisere der Kommunen erfordert sofortige Korrekturen im Steuer- und Abgabensystem. Durch eine andere Verteilung des Steueraufkommens und den Abbau bürokratischer Hindernisse müssen die Kommunen gestärkt und mittelfristig in die Lage versetzt werden, kommunale Selbstverwaltung finanziell zu realisieren. Ein spürbarer Beitrag zur Minderung der kommunalen Finanzprobleme könnte mittels der vorgeschlagenen einmaligen Vermögensabgabe erzielt werden.

Die Eckpunkte einer notwendigen Reform sind:

- Unternehmen dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für die maßgeblich von ihnen genutzte kommunale Infrastruktur entlassen werden. Die Gewerbesteuer soll als Bindeglied zwischen ortsansässiger Wirtschaft und Gemeinde erhalten und vervollkommen werden. Der Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen sollte durch Einbeziehung von freiberuflicher Tätigkeit, Vermögensverwaltung sowie „Vermietung/Verpachtung“ erweitert werden.
- Erhöhung kommunaler Einnahmen durch eine bedeutende Hebung ihres Anteils an der Einkommensteuer; bei der Verteilung der Einkommensteuer sollten die bisher ausschließliche Anwendung des Wohnortprinzips und eine Verkopplung mit dem Arbeitsortprinzip geprüft werden.
- Die Grundsteuer soll als eine wichtige Kommunalsteuer erhalten bleiben und vor allem in Richtung einer ökologisch orientierten Bodensteuer ausgestaltet werden.
- Den Kommunen dürfen von Bund und Ländern Aufgaben, die zu Mehrbelastungen führen, nur so weit

übertragen, wie gleichzeitig die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

- Kommunalen Eigenbetrieben sollen auch künftig Steuervergünstigungen gewährt werden. Dem entgegengesetzte EU-Regelungen müssen geändert werden.
- Allgemeine Zuweisungen für die Kommunalfinanzierung haben Vorrang vor Zweckzuweisungen.
- Die ostdeutschen Kommunen sollen mindestens bis zum Jahre 2002 eine gesetzlich garantierte Investitionspauschale erhalten. In diese Regelung sind struktur- und einkommensschwache Kommunen in Westdeutschland einzubeziehen. Sie sollen solange ausgewogene Sonderzuweisungen erhalten, bis eine Angleichung ihrer Steuerkraft an westdeutsche Standards erreicht ist. Dabei muß deren Absenkung als Lösungsweg ausgeschlossen sein.

6. Besteuerung auf internationalen Kapitalverkehr und internationale Währungstransaktionen

Hierauf gerichtete Steuern und Abgaben haben eine Doppelfunktion. Sie sollen einerseits dazu beitragen, internationale Finanz- und Währungsspekulationen, die Unsicherheiten auf den internationalen Märkten und die Ausbeutung des Südens erhöhen, sowie Sozial- und Umweltdumping verstärkende Investitionen einzudämmen. Sie sollen andererseits helfen, Mittel zur Lösung globaler Probleme zu mobilisieren. Priorität hat dabei der Kampf gegen Hunger, Elend und Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Beide Funktionen widersprechen sich zum Teil, da der Spekulation am besten dann entgegengewirkt wird, wenn die Wirkung dieser Steuer die Quelle ihres Aufkommens „austrocknet“. Wir schlagen vor:

- Die Besteuerung internationaler Währungstransaktionen (z. B. Tobin-Steuer); die Einnahmen sollen zur Lösung globaler Probleme, insbesondere zur Unterstützung der Länder des „Südens“ verwendet werden.
- Die Voraussetzungen für eine Besteuerung des Kapitalexports zu schaffen.

Die Verwirklichung dieser Maßnahmen verlangt ein international koordiniertes Vorgehen, insbesondere im Rahmen der EU. Die PDS unterstützt Vorschläge zur Bildung spezieller Fonds aus Steuern und Abgaben, um Umverteilungsprozesse vom Norden zugunsten des Südens zu befördern sowie den armen Ländern die Schulden zu erlassen. Unabhängig hiervon fordern wir, daß die Bundesrepublik endlich ihrer Verpflichtung nachkommt, 0,7% des BSP als Entwicklungshilfe zu entrichten.

7. Harmonisierung von Steuer- und Abgabenregelungen innerhalb der EU

Die Verwirklichung der europäischen Währungsunion muß mit der Schaffung solcher rechtlichen Rahmenbedingungen für die Steuer- und Abgabensysteme der Mitgliedsländer der EU verbunden werden, die Steuerflucht und Steuerrumpfen - Versuch ausländisches Kapital durch günstigere Unternehmens- und Kapitalertragssteuern anzulocken - eindämmen. Es wäre verheerend, wenn Sozial- und Umweltdumping infolge fehlender sozialer und ökologischer Mindeststandards durch ein Steuerrumpfen zugunsten der Kapitaleigentümer noch forciert werden.

Die PDS fordert die Bundesregierung auf, entsprechend dieser Prämissen in Verhandlungen zur notwendigen Harmonisierung des Steuer- und Abgabenrechts, dabei insbesondere zur Quellensteuer für Kapitaleinkünfte, Börsenumsatzsteuer, Besteuerung internationaler Währungstransaktionen, „ökosteuer“, zu treten. Es darf keinen Vollzug der Währungsunion geben, ohne daß eine verantwortbare wirtschaftliche, soziale und ökologische Annäherung der EU-Staaten erreicht ist.

Die PDS geht davon aus, daß ein „Europa der Regionen“ ein Steuer- und Finanzsystem erfordert, das kommunale Selbstverwaltung ermöglicht.

Kommunale Selbstverwaltung, Demokratisierung politischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungsstrukturen, Umverteilung von oben nach unten sind ohne eine Reform der Finanzverfassung unmöglich. Die PDS fordert mehr Rechte für die Länder und Kommunen im Rahmen einer demokratischen Finanzverfassung, bei gleichzeitiger Sicherung eines an sozialen und ökologischen Problemen orientierten Finanzausgleichs für Länder und Kommunen.

Die PDS lädt alle an ihren Vorschlägen interessierten gesellschaftlichen Kräfte zu sachlicher Diskussion und konstruktiver Zusammenarbeit ein.

Die Umsetzung der unterbreiteten Vorschläge für eine Reform von Steuern und Abgaben hätte beträchtliche finanzielle Auswirkungen auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Erste Grobberechnungen sind als Information beigelegt.

Wer bleiben will, soll bleiben!

Hamburg. Leider waren es nur rund 600 Menschen, die am 22. Februar vom Gänsemarkt durch die Hamburger Innenstadt gegen die Abschiebung der Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens demonstrierten, obwohl die Demonstration von einem großen Bündnis getragen wurde und auch etliche Menschen aus anderen Städten Norddeutschlands gekommen waren. Wir dokumentieren aus der Presseerklärung von Sukaina - Unterstützung von Frauen in Krisengebieten.

Die größte Abschiebeaktion in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat begonnen. Fast eine halbe Million Menschen - 345.000 aus Bosnien und 120.000 aus „Rest“jugoslawien - der durch den Krieg vertriebenen Menschen sind nach Deutschland geflohen. Sie sollen nun gezwungen werden, das Land zu verlassen. Die kriegsrischen Vertreibungen, die ihren Anfang im ehemaligen Jugoslawien genommen haben, werden in Deutschland mit anderen Mitteln fortgesetzt. Heute vertreibt der Bundesgrenzschutz die Flüchtlinge nach Bosnien, wo sie dann von deutschen Soldaten „beschützt“ werden können. Die Abschiebungen legitimieren den Einsatz deutscher Soldaten, die dann heldenhaft ihr Leben einsetzen können, um die Vertriebenen zu beschützen.

Im Vorfeld der Abschiebungen wird durch Schikanen - wie einer scheinbar wahllosen Verteilung von Ausreiseverfügungen, derer sich deutsche BeamtenInnen mit Leidenschaft am Rande oder gar außerhalb der Legalität befleißigen, oder der Kürzung der Sozialhilfe - ein Vertreibungsdruck erzeugt, damit möglichst viele Flüchtlinge „freiwillig“ ausreisen: die schnellste und billigste Methode, Flüchtlinge außer Landes zu schaffen. Wo dieser Psychoterror nicht fruchtet, wird immer häufiger zu Zwangsmitteln gegriffen.

Rechtsgrundlage der Massenabschiebung nach Bosnien ist der sog. Stufenplan der Innenminister. Für das Stillhalten und Mitmachen der deutschen Bevölkerung genügt offenbar diese dürftige Tarnung der rigiden Massenab-

**KEINE
ABSCHIEBUNG
NACH BOSNIEN**

schiebung. Als Argumentationshilfe dient hier auch der Rassismus der deutschen Bevölkerung: Wenn die Flüchtlinge nicht „zurückgeführt“ würden, ließe die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung insgesamt nach, Flüchtlingen einen temporären Schutz zu bieten. Neben der aktiven Beihilfe deutscher Medien stehen die Ignoranz der Kirchen, die Stammtischreden von Gewerkschaftsfunktionären und die Flüchtlingsarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Wohlfahrtsorganisationen, die sich schrittweise von der Flüchtlingsberatung zur Rückkehrberatung wandelt. Hier ist ein Bündnis entstanden, das eine Ausländerpolitik befördert, die in Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen und der Drittstaatenregelung darauf angelegt ist, den Standort Deutschland mittelfristig ausländerfrei zu bekommen. Was das für die abgeschobenen Flüchtlinge bedeutet, ist dabei aller Parolen von „Rückkehr“ und „Wiederaufbau“ zum Trotz hinlänglich bekannt. Die Vergrößerung der Flüchtlingszahl bedeutet nicht nur den Ausbau des Elends in Bosnien und anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien. Die Flüchtlinge werden in eine außerordentlich brennliche Situation geschickt, in einen militärisch gesicherten „Frieden“ und zum Teil in verminten Gebiete. Daß die deutsche Verwaltung die Abschiebungen dennoch vollzieht, zeigt ihre Bereitschaft, den Tod der Flüchtlinge in Kauf zu nehmen und zu billigen.

Vor dem Hintergrund der erneuten Bedrohung der nach Deutschland geflohenen Menschen hat sich ein Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um sich mit einer bundesweiten Demonstration für ein Bleiberecht aller Flüchtlinge einzusetzen. Es soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß es Abschiebungen auf eine „humane“ Art nicht gibt.

Für das Demonstrationsbündnis Sukaina e.V., Hamburg interesna zajednica izbeglica Antirassismusbüro Bremen

Sukaina e.V. - Unterstützung von Frauen in Krisengebieten, c/o Frauenbuchladen, Bismarckstr. 9, 820253 Hamburg

Aus den Kommunen

Klage gegen Finanz- ausstattung abgewiesen

München. Die Stadt München verlor am 27. Februar ihre Klage gegen den Freistaat, mit der sie eine bessere Finanzausstattung erreichen wollte. In der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs heißt es: „Es ist nicht festzustellen, daß das System des Finanzausgleichs eine einzelne Kommune in einer verfassungswidrigen Weise benachteiligt.“ (Az.: Vf. 17-VII-94).

Die Stadt hatte diverse Belege gebracht, die deutlich machen sollten, daß der Staat der Stadt nur unzureichend Gelder für Aufgaben erstattet, welche sie in dessen Auftrag übernimmt. Z.B. zahlt der Freistaat für das Lehrpersonal an Privatschulen großzügigere Zuschüsse als für kommunale Einrichtungen. Die Verfassungsrichter urteilen, dies sei zwar „zutreffend“, aber nicht rechtswidrig. Und in einem Rundumschlag heißt es: Zwar schreibe die Verfassung dem Staat vor, die Kommunen so auszustatten, daß „ihre finanzielle Lebensfähigkeit erhalten bleibt“. Dies könne sich aber „bei sehr knappen finanziellen Möglichkeiten des Landes auf ein Minimum reduzieren“. Und um der rot-grünen Stadtregierung endgültig den Mund zu stopfen, heißt es schließlich, staatliche Zuschüsse machten nur einen untergeordneten Teil des Stadthaushaltes aus und die Stadt habe ihren Etat in eigener Verantwortung zu gestalten. Jubel bei der CSU.

(Quelle: SZ 28.2.97 - baf)

Städtische Berater für Krisenfürmen

Augsburg. Wirtschaftlich angeschlagene Firmen will die Stadt jetzt systematisch beim „Krisenmanagement“ unterstützen. Dafür richtet sie eine neue Koordinierungsstelle mit zwei Beratern und einem Sachbearbeiter ein, die direkt in die Betriebe gehen und bei Existenzproblemen bzw. auch Neugründungen helfen sollen. 90 Prozent der 1,1 Millionen Mark teuren Initiative werden über den Arbeitsmarktfonds des bayer. Arbeitsministeriums bezahlt, die restlichen zehn

Prozent kommen von der Stadt. Die SPD ist voll des Lobes, endlich setze die Stadt als „reueiger Sünder“ nun Gewerkschaftsvorschläge um, die früher als „postkommunistisch“ verurteilt worden seien. Die CSU stellte daraufhin klar, daß die Kommune schließlich nie alleine, sondern erst jetzt durch die Landesförderung aktiv werden konnte und daß man im Gegensatz zu DGB-Vorschlägen keinen „Betrieb mit öffentlichen Geldern künstlich aufrecht erhalten“ wolle. baf

Karlsruhe zu Wahlrecht

Karlsruhe. Durch das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer werden Deutsche nicht in ihren Rechten verletzt. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Beschlüssen vom 27. Februar entschieden und damit Beschwerden zweier deutscher Bürger gar nicht erst zur Entscheidung angenommen. Diese hatten die angebliche Privilegierung von EU-Ausländern im Kommunalwahlrecht Baden-Württembergs und Hessens gerügt. Unter anderem führten die Bürger Beschwerden darüber, daß Ausländer automatisch in Wählerverzeichnisse aufgenommen würden und als Bürgermeister kandidieren dürften.

Landesregierung stoppt Geld für „Haus Oberschlesien“

Düsseldorf. Das zuständige NRW-Sozialministerium hat die Zahlung der Zuschüsse des Landes an die Stiftung „Haus Oberschlesien“ in Ratingen-Hösel „bis auf weiteres“ gestoppt.

Landessozialminister Horstmann will prüfen, ob das Land Nordrhein-Westfalen seine Mitwirkung in der Stiftung und die Zuwendungen an die Stiftung nicht ganz einstellen will. Horstmann begründete seinen Schritt allerdings nicht mit der von Antifaschisten seit langem geübten Kritik an der revanchistischen Landsmannschaft der Oberschlesier, die die Mitglieder der Stiftung beruft. Vielmehr hat der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht über die Verwendung der Zuwendungen des Bundesinnenministeriums erhebliche Mängel festgestellt.



Hamburg. Rund 200 Menschen demonstrierten am 27. Februar vor dem Rathaus gegen die Visums- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Kinder ohne deutschen Paß. Dazu aufgerufen hat die türkische Gemeinde in Deutschland. Allein in Hamburg sind rund 30.000 Kinder betroffen, bundesweit schätzungsweise 800.000.

Weitere Protestaktionen: Das Harburger Bündnis gegen Rassismus lädt für den 3.3. zum einem „Öffentlichen Ratschlag für Aktionen gegen die Kanther-Verordnung“ ein; die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei (DIDF) ruft für den 4.3. zu einer Kundgebung und für den 8.3. zu einer Demonstration auf.

(aus Lokalberichte Hamburg)

Positive Signale aus Düssel- dorf für Hungerstreikende

Nach drei Wochen Hungerstreik kurdischer Asylbewerber in Dortmund (wir berichteten) haben Gespräche mit Vertretern des Innenministeriums stattgefunden. Ergebnis ist die Zusage, daß bei den zuständigen Ausländerbehörden in NRW darauf hingewirkt wird, daß den Asylbewerbern, die am Hungerstreik teilgenommen haben, die Gelegenheit gegeben wird, ausreichend vorbereitete Asylfolgeanträge bzw. aufenthaltsverlängernde Anträge vorzubereiten. Die Ausländerbehörden sollen gebeten werden, bis zum Eingang entsprechender Anträge von Abschiebungen abzusehen. Im Anschluß an die Gespräche wurden den Fraktionen im Düsseldorfer Landtag Resolutionen übergeben sowie eine Demonstration durch die Innenstadt durchgeführt. Eine Kundgebung mit verschiedenen Redebeiträgen, Musik und Tanz rundeten den Tag ab.

Nach Informationen des Unterstützerkreises sind inzwischen schriftliche Anweisungen vom Innenministerium an die zuständigen Behörden verschickt worden, eine Neuüberprüfung der zwanzig Fälle vorzunehmen. Am Mittwoch, 26.2., wird daher auf dem Solidaritätsfest, das

bereits geplant war, der Hungerstreik zunächst beendet.

aus Presseinfos der UnterstützerInnengruppe

Volksinitiative gegen Wahl- alter 16 gescheitert

Hannover. Die Jungen Liberalen sind mit der von ihr inszenierten „Volksinitiative für Jugendgemeinderäte - gegen das Wahlalter 16“ gescheitert, sie erhielten dafür nicht die notwendige Zahl für Unterschriften. Dies ist auch nicht erstaunlich, denn bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 15. Oktober wurde eine große Unterstützung für die Herabsetzung des Wahlalters deutlich: jeder zweite Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nutzte sein neues Recht. Die Grünen wollen jetzt eine Ausweitung des Wahlrechts für die Landtagswahl durchsetzen. Neben Niedersachsen dürfen inzwischen auch in Schleswig-Holstein 16jährige bei allen Wahlen auf kommunaler Ebene mitbestimmen. Das beschloß jüngst der Kieler Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Schleswig-Holsteinischer Wählerverband (SSW). (nach CL-Netz und B90/Die Grünen im Landtag Nds, 27.2.97)

„Europäisches Jahr gegen Rassismus 1997 – grenzenlose Heuchelei“

Proteste bei der Eröffnung des „Jahr gegen Rassismus“ durch Herzog und Kanther

Unter dieser Losung riefen für den 4. März in Berlin ImmigrantInnen-Verbände und -initiativen, antirassistische Gruppen, Bündnis 90/Grüne, PDS u.a. zu einer Demonstration und Kundgebung auf, um bei der feierlichen Eröffnung des von der EU ausgerufenen „Jahr gegen Rassismus“ durch CSU-Bundespräsident Herzog und CDU-Bundesinnenminister Kanther „gegen die rassistische Ausgrenzungspolitik der Regierungskoalition zu protestieren und ihre heuchlerische Politik zu entlarven“. Die Aktionen fanden unmittelbar bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt. Hier der Aufruf. (rül)

„4. März 1997, Berlin – Haus der Kulturen der Welt: Bundesinnenminister Kanther koordiniert eine pompöse PR-Veranstaltung, Bundespräsident Herzog übernimmt die Schirmherrschaft für die nationale Eröffnungsveranstaltung zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus 1997“ – Grenzenlose Heuchelei!“

Worum geht es?

1997 wurde von der EU das „Europäische Jahr gegen Rassismus“ ausgerufen. Die Europäische Union will hiermit, wie

es in der Einladung zur Eröffnungsveranstaltung heißt, „ein politisches Signal für Akzeptanz und gegen Rassismus setzen“.

Die Bürger und Institutionen in den Mitgliedsstaaten sind aufgerufen verstärkt gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus anzukämpfen.

1997 – wieder ein Jahr der rassistischen Schreibtischtäter

Ganz andere Signale werden jedoch in der Bundesrepublik gesetzt: Kanthers Innenministerium sitzt der nationalen Koordinierungsstelle in der BRD vor. Es ist das gleiche Ministerium,

- das zum Auftakt des Jahres gegen Rassismus die Visums- und Aufenthaltsgeheimungspflicht für Kinder unter 16 Jahren aus den sog. Anwerberländern Türkei, Tunesien, Marokko und dem ehemaligen Jugoslawien beschlossen hat,
- das bewußt undifferenzierte „Ausländerkriminalstatistiken“ der Öffentlichkeit präsentiert,
- das bereits rücksichtslos in Krisengebiete abschiebt und die größte Abschiebeaktion in der BRD in Bezug auf die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien plant,
- das eine menschenverachtende Asyl- und Flüchtlingspolitik betreibt und den Bundesgrenzschutz militärisch gegen die Flüchtlinge an den Grenzen aufrüstet,
- das die Verschärfung des Ausländer-



gesetzes mit vorantreibt (z.B. gegen straffällige Jugendliche).

Die Bundesrepublik ist Vorreiter in der EU für eine restriktive „Ausländerpolitik“. Es geht um eine Kette von neuen Gesetzen, Beschlüssen und Medienkampagnen, letztendlich um eine rassistische und zutiefst integrationsfeindliche Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik, die die Menschen nichtdeutscher Herkunft wieder zum nationalen Problem erklärt. Dabei erfüllen „die Ausländer“ die Sündenbockfunktion für die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Die Berliner Planungsgruppe, die das offizielle Programm ausrichtet, hat in ihren Konzeptpapieren den institutionellen Rassismus wegdefiniert: Individuelle „Fremdenfeindlichkeit“ ohne politischen Hintergrund ist das neue Thema.

Die Schreibtischtäter, die unablässig

zünden, möchten sich mit ihrer '97 Kampagne auf den guten Umgang der EU BürgerInnen untereinander beschränken, für die sog. Drittstaatler gelten die vorgegebenen „vielfältigen Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit“ nicht. Das soll die eigentliche Botschaft des Jahres 1997 werden. Machen wir deutlich, worum es sich handelt: Um Heuchelei!“

Unterzeichner:

Antirassistische Initiative, Polnischer Sozialrat, Initiative „gleiche Rechte für alle“, DIDE, AusländerInnenreferat beim AStA der FU, Kurdische Gemeinde Berlin, Oromo Horn von Afrika Zentrum, Internationale Romani Union, ius soli e.V., AG Asyl für Deserteure/Kampagne gegen Zwangsdienste, Wehrpflicht und Militär, Flüchtlingsrat, Internationale Liga für Menschenrechte, SOS Rassismus Berlin e.V. u.v.a.m.



Schülerproteste gegen Bildungskürzungen in Berlin

15.000 bis 20.000 Schülerinnen und Schüler protestierten am 26. Februar in einem Sternmarsch gegen die anhaltenden Kürzungen im Schulbereich. Im Aufruf der LandesschülerInnenkonferenz zu der Aktion hieß es u.a.:

„(...) Wir Schülerinnen und Schüler sind politisch aktiv geworden, denn wir fordern andere Prioritäten. Wir wenden uns entschieden gegen Sozial- und Bildungsabbau. Wir wenden uns gegen Steuergeschenke an die Industrie.

Wir wollen, daß der Staat endlich seiner Funktion als „Sozialstaat“ nachkommt, daß soziale Projekte, Bildung, Kultur – die Interessen der Bevölkerung vorrangig finanziert werden. Bildungspolitische Entscheidungen

dürfen nicht nach finanziellen Maßstäben getroffen werden, sondern das Ziel muß ein bestmögliches Bildungsangebot für alle – egal welcher sozialen Herkunft – sein. Anstatt daß der Staat wirtschaftlichen Interessen nachgeht, müssen pädagogische Gesichtspunkte für die Bildungspolitik ausschlaggebend sein. Wir fordern:

- Lehr- und Lernmittelfreiheit muß tatsächlich gewährleistet sein
- niedrige Klassen- und Kursfrequenzen, die das Individuum SchülerInnen nicht in der Masse verschwinden lassen
- unentgeltlicher Förderunterricht
- Einstellung junger und engagierter LehrerInnen
- finanzielle Unterstützung von SV-Arbeit, Projekttagen, SchülerInnenfahrten und Schulspeisung
- angemessene bauliche Zustände der Schulen – genügend Räume

• vielfältiges und individuelles Kursangebot

• Förderung von Integrationsmaßnahmen lern- und körperlich behinderter SchülerInnen in den Schulalltag

• Jugendclubs und Sporteinrichtungen weiterhin zu finanzieren

• Teilungsunterricht und fächerübergreifende Projektarbeit als normale Unterrichtsformen

• Deutsch als Fremdsprache für ausländische SchülerInnen

Weiterhin verlangen wir:

• tatsächliche Beteiligungsrechte für Jugendliche und SchülerInnen in Politik und Bildungspolitik – Wir wollen mitreden und gehört werden!

• Anerkennung und finanzielle Unterstützung der LandesschülerInnenvertretung

• eine Diskussion um die integrierte Gesamtschule als Regelschule ...“

Prozesse wegen überhöhter Ost-Strompreise

Berlin. Rund 70 kommunalen Stadtwerke in Ostdeutschland sind von überhöhten Strompreisen betroffen. Viele zahlen derzeit ihre Stromrechnungen nur „unter Vorbehalt“. In Musterprozessen wollen sie Abschläge in Millionenhöhe erreichen. Nach einem Gutachten, das die Kommunen in Auftrag gegeben hatten, hat das Verbundunternehmen Veag Vereinigte Energiewerke AG, Berlin (gehört RWE, Preussenelektra und Bayernwerk), in den vergangenen fünf Jahren im Verhältnis zu den großen westdeutschen Stromkonzernen insgesamt rund 3,5 Milliarden DM mehr Gewinn erzielt. Die Kommunen führen dies auf überhöhte Preise zurück. Stromkunden in Ostdeutschland müssen im Durchschnitt etwa 1,5 Pfennig je Kilowattstunden mehr zahlen als im Westen.

Bereits im vergangenen Jahr hat das Bundeskartellamt die Strompreise der Veag untersucht und einen Mißbrauch verneint. Damals zog sich das Unternehmen mit einer Einlassung aus der Schlinge, die die besonders starke finanzielle Belastung durch Pflicht zur Verstromung der Braunkohle und teuren Erneuerung der Kraftwerke darlegte. Die Kommunen kritisieren, daß in diesem Verfahren die tatsächliche Kostenstruktur nicht geprüft worden sei.

Die Veag weist natürlich jetzt wieder jeden Vorwurf zurück. Ihr Vorstand will sich aber im März mit der kommunalen Prozeßkostengemeinschaft, die von den Stadtwerken Leipzig, Neustrelitz, Halle und Jena vertreten wird, zusammensetzen. (baf)

(Quelle: FAZ vom 12.2.1997)

Tarifaueinandersetzung Bau

Mit der Sicherung des Reallohnes will sich die IG BAU im Preisschacher 1997 begnügen, um die 100prozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die Arbeiter durchzusetzen und das volle 13. Monatseinkommen zu halten. Im Gegensatz zu den Angestellten, für die die volle Lohnfortzahlung beizeiten tariflich gesichert wurde, bekommen die Arbeiter nur die gesetzlichen 80 Prozent. Der Streit um die Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrages über das volle 13. Monatseinkommen wurde von den Baukapitalisten aufgezwängt, die diesen Vertrag mit dem Ziel gekündigt haben, die Leistungen um 50 Prozent zu kürzen. Darüber hinaus soll der Überbrückungsgeld-Tarifvertrag für witterungsbedingten Arbeitsausfall neu verhandelt werden.

Denn die Warnungen der IG BAU, als die Bundesregierung das Schlechtwettergeld abschaffte, vor dem Verkommen zum Saisongewerbe haben sich bestätigt. Trotz der Klausel in dem neuen Tarifvertrag, daß es keine betriebsbedingten Kündigungen wegen Schlechtwetter geben darf, ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe auf 400000 angestiegen. Neben den Rückgängen bei Bauaufträgen liegt das vor allem an der Praxis der Kapitalisten, die Bauarbeiter im Winter auf die Straße zu setzen, um das Überbrückungsgeld einzusparen. In diesem Winter haben so 220000 Bauarbeiter erst mal ihren Job verloren. Die Bundesanstalt für Arbeit mußte dadurch entstandene Mehrkosten in Höhe



Protestaktion bei der Züblin AG gegen die illegale Kürzung des Weihnachtsgeldes

von mehr als zwei Milliarden DM ausgeben, gegenüber den früher üblichen 700 bis 900 Millionen DM für Schlechtwettergeld. Mit dem Argument dieser Mehrkosten wollen IG BAU und SPD die Bundesregierung mit einer Bundesratsgesetzinitiative unter Druck setzen, um das alte Schlechtwettergeld wieder einzuführen. Von der Regierung kann allerdings erwartet werden, daß sie bewußt Mehrkosten in Kauf nimmt, um Standards der Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Die IG BAU will aber auch die Bauarbeiter am 13. zu einer bundesweiten Protestkundgebung am Potsdamer Platz in Berlin mobilisieren.

(tja)

WAS WAR? WOCHEN 8 UND 9/97

Streik bei der „Volksstimme“ Magdeburg 17.2.: Die IG Medien teilt mit: Die Drucker der *Magdeburger Volksstimme* befinden sich im Streik! Das Druckhaus in Barleben: „Europas modernste Druckerei“ ist einer der Betriebe, in denen die Vision der durchrationalisierten, möglichst menschenleeren Druckerei am weitesten umgesetzt wurde. Tarifverträge und Besetzungsbestimmungen wurden mit Füßen getreten. Nun endlich wehren sich die Beschäftigten und wollen mit der IG Medien einen Haustarif erkämpfen. Der Streikauftakt war erfolgreich. In der vergangenen Nacht ist kein einziges Exemplar der *Magdeburger Volksstimme* produziert worden (tägliche Auflage über 300.000) und das Anzeigenblatt *Generalanzeiger* wurde gleich mitgetroffen.

Am 24.2. berichtet die IG Medien dann: Trotz der Aufnahme von Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag in Magdeburg spitzt sich der Konflikt zu. Nachdem über mehrere Tage hinweg das Zeitungsprodukt *Volksstimme* komplett verhindert wurde, hat seit Freitag der Bauer-Konzern erfolgreich Streikbruch organisiert. Für das Anzeigenblatt *Generalanzeiger* gelang dieses bereits letzte Woche. Nach uns vorliegenden Informationen werden diese Auflagen über die Bundesrepublik verteilt gedruckt. Zusätzlich vermuten wir Druckorte im benachbarten Ausland. Wo finden weitere Streikbrucharbeiten statt? Bitte überprüft generell die fraglichen Betriebe Eures Bereichs. Bitte laßt uns Informationen umgehend zukommen. *gez. Frank Werneke*

Kirchen: Teilen für den „Standort“

28.2.: „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ heißt das gemeinsame Wort von evangelischer und katholischer Kirche. Kernsätze: „Es besteht kein Anlaß den ‚Standort Deutschland‘ schlechtzureden. Vielmehr kommt es darauf an, daß die soziale Marktwirtschaft unter Beweis stellt, daß sie ein Problem wie die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit lösen kann ...“ Neben der Verminderung der Steuer- und Abgabenlast sollen die „Selbständig-

keit und unternehmerische Initiative“ gefördert werden. Und unter dem Stichwort „Teilen der Erwerbsarbeit“: „Arbeitszeitverringerungen ohne vollen Lohnausgleich können dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen“.

Kürzere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich?

28.2.: Nach Presseberichten hat die Große Tarifkommission der ÖTV dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, in der Tarifrunde 1998 eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich hinzunehmen, sofern neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bis zur Kündigung des Tarifvertrags im September sollen jetzt die Mitglieder Gelegenheit erhalten, über Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu diskutieren.

Mercedes: „Bündnis für Arbeit“

28.2.: Vorstand und Gesamtbetriebsrat der Mercedes-Benz AG haben eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der der Konzern auf betriebsbedingte Kündigungen bis 2000 verzichtet, während im Gegenzug künftige Tarifierhöhungen nicht mehr wie bisher üblich auf die Effektivlohn berechnen werden, auch einige Zulagen entfallen. Die Einsparung für den Konzern soll sich auf 250 Millionen DM belaufen. Zusätzliche Einstellungen sind nicht vorgesehen.

BASF redet mit Kohl wegen Kali-Fusion

1.3.: Das Bundeskartellamt ist gegen die weitere Monopolisierung auf dem Kali-Markt durch die Fusion der BASF Kali+Salz GmbH mit dem kanadischen Weltmarktführer PCS. Wie erinnere ich hatte BASF die führende Position im europäischen Geschäft vor vier Jahren durch das Schlucken der Mitteldeutschen Kali (Bischofferode) trotz Protesten ausgebaut. Die BASF will nun gegen die Entscheidung des Kartellamts eine sogenannte Ministererlaubnis beantragen, anstatt wie üblich vors Gericht zu ziehen. Die Idee, den Einspruch des Kartellamts so zu übergehen, soll auf ein einstündiges Gespräch zwischen dem BASF-Chef Jürgen Strube und Bundeskanzler Helmut Kohl zurückgehen. (*Süddeutsche Ztg.*, 3.3.)

Krankenverfolgung bei Mercedes-Benz in Bremen

Betriebsversamlungsrede von Jürgen Drieling, gehalten am 30.1.1997 im Mercedes-Benz AG Werk Bremen

Die Rede, die der Betriebsrat Jürgen Drieling von der Kollegengruppe bei Mercedes-Benz Bremen am 20. Januar hielt, greift die Methoden zur Verfolgung von kranken Beschäftigten an. Wir drucken Auszüge ab.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Der Mercedes-Benz-Konzern konnte 1996 seinen Umsatz um 5 Milliarden auf 77 Milliarden DM steigern. Weltweit konnten mehr als 640000 PKW verkauft werden. Dies ist zweifellos ein neuer Rekord in dieser Firma.

Bei diesen Bilanzen fragt man sich, wozu eigentlich dann noch Maßnahmenkataloge? Geht es unseren Arbeitgebern so schlecht, daß sie auf Personalkosten zurückgreifen müssen? Oder ist dies die Politik der eiskalten Schulters gegen uns Arbeiter und Angestellte? (...) Und ich sage Euch, hätten wir alle nicht die passenden Antworten im Widerstand gefunden, dann wäre die 20% Lohnfortzahlungskürzung dahin verschwunden, wo Schremppe sie gerne gesehen hätte. Nur diesem von uns allen getragenen Widerstand und dem harten Verhandeln dieses Betriebsrates ist es zu

verdanken, daß dieser Maßnahmenkatalog II nicht noch schlimmer ausgefallen ist!

Trotzdem gehen unsere Vorstände als Gewinner aus diesen Verhandlungen heraus.

Wir werden also in Zukunft darauf zu achten haben, daß bei der Umsetzung der Betriebsvereinbarungen, uns nicht nochmal „das Fell über die Ohren gezogen wird“.

Kritischer Schwerpunkt ist hierbei die Betriebsvereinbarung: Verbesserung der Anwesenheits- und Gesundheitsförderung! Unter dieser Überschrift versteckt sich ein ausgeklügeltes Regelwerk zur Krankenverfolgung in dieser Fabrik. Mit diesen Fehlstandsreduzierungskonzepten in den Betrieben, sollen die Gewinne der Unternehmen gesteigert werden. Für uns in Bremen bedeutet dies, daß alle verursachten Fehlzeiten, mit Rückkehrgesprächen von Vorgesetzten begleitet werden. In einem 4-Stufenmodell werden sich dann kranke Kolleginnen u. Kollegen einsortieren lassen müssen, wenn sie nicht wenigstens 6 bzw. 9 Monate keine Fehlzeit hatten! Jeder der also zwischen den jeweiligen Stufen krank wird, unterhalb von

6 oder 9 Monaten permanenter Anwesenheit, wird eine Stufe nach oben geschoben, bis er dann im Personalbüro gelandet ist, und ihm eventuell mit einer Kündigung gedroht wird. Da wir in unserer Fabrik im Betriebsrat einen Ausschuß gemäß dem § 102 Betr.VG besitzen und diese Betriebsratskollegen dort eine sehr gute Arbeit leisten, ist niemand der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt. Jedoch, und das sei dazu gesagt, wird die Arbeit uns dadurch nicht erleichtert, sondern erschwert. Wir werden uns also zu wehren wissen!

Ausnahmen in diesem Regelwerk sind nur möglich, wenn in besonders begründeten Einzelfällen Vorgesetzte in Abstimmung mit dem Personalbereich zu dem Ergebnis kommen, eine Stufe auszulassen.

Weitere beschriebene Ausnahmen sind z.B. u.a. Fehlzeiten bei Krankenhausaufenthalten, schwangere Kolleginnen, Reha-Maßnahmen usw.

Der Vorstand, aber auch unsere Werkleitung, unterstellen damit, daß in dieser Fabrik ca. 50% der Fehlzeiten vermeidbar sind, wenn nur genügend Rückkehrgespräche geführt werden, die Vorgesetzten dazu Protokolle schreiben,

praktisch eine zweite Personalakte führen und somit den Druck auf kranke Kolleginnen u. Kollegen erhöhen.

Eine solche Jagd auf Kranke wollen und werden wir nicht mitmachen! (Beifall)

Menschen sind keine Maschinen, kranke Menschen kann man nicht gesund reden, sie bedürfen der Heilung und unserer besonderen Zuwendung.

Der Bremer Betriebsrat hat auf Grund dessen verstärkt darauf bestanden, daß die Arbeitgeber ihrerseits sich verpflichten, eine Gesundheitsförderung durchzuführen. Wer uns die Schichtzeiten verlängern will durch Qualitätsstopps, wer uns die Erhol- und Verteilzeiten kürzt, der muß sich gefallen lassen, daß er dafür in die Verantwortung genommen wird!

Auch wenn Vorstand und Werkleitung dazu äußern, sie wollen keine Jagd auf Kranke veranstalten, ist feststellbar, diese systematische Krankenverfolgung läßt nichts anderes übrig!

Dies war denn auch letztendlich der Grund für meine Ablehnung. Diesem Maßnahmenkatalog konnte ich keine Zustimmung erteilen.

(aus CL-Netz)

Widerstand gegen Produktionsverlagerung in die Slowakei

Fichtel&Sachs: Betriebsrat und IG Metall wehren sich

Der Fichtel & Sachs-Geschäftsbereich Antriebsstrang plant die Verlagerung von Teilen der Produktion schwerer Kupplungen für NKWs aus dem Werk Süd in Schweinfurt in das Werk am Standort Trnava/Slowakei. Gegen die Verlagerung und den damit verbundenen Verlust von 50 bis 60 Arbeitsplätzen haben Arbeiter betroffener Kostenstellen Protestaktionen im Werk durchgeführt. Betriebsrat und IG Metall fordern vom Vorstand, die Verlagerungen zu stoppen.

Um das verlockende Angebot qualifizierter Arbeitskraft zu Billigstlöhnen in den mittel- und osteuropäischen sog. Reformländern systematisch zu nutzen, hat Fichtel & Sachs schon vor Jahren ein Werk in Trnava/Slowakei aufgekauft. Daß dabei nicht nur an die Belieferung des osteuropäischen Marktes vom slowakischen Werk aus gedacht wurde, sondern auch daran, das slowakische Werk als „verlängerte Werkbank“ für die Produktion in Schweinfurt einzusetzen, wurde schon seit längerem klar. Letztes Jahr wurde z.B. die Verlagerung der Großwandlerfertigung aus dem Werk Nord in Schweinfurt nach Trnava beschlossen. Dazu werden seit Monaten slowakische Arbeiter in Schweinfurt ausgebildet und sollen demnächst Arbeiter aus der Schweinfurter Wandlerfertigung für einige Monate in Trnava eingesetzt werden. Es folgte der Vorstandsbeschluss, die Zsb-Hebelmontage künftig in Trnava zu fertigen.

Die jetzt beschlossene Verlagerung der Produktion von G-, H-Kupplungen usw., an der neben den Arbeitsplätzen in Schweinfurt weitere im Gußwerk in Kitzingen hängen, hat erstmals zu ernsthaften Protesten geführt.

Bei der Produktion von schweren Gußkupplungen handelt es sich um eine sehr arbeitsintensive, damit zugleich lohnintensive Produktion, verbunden mit körperlicher Schwerarbeit und extrem belastenden Arbeitsbedingungen.

Dieser Umstand, daß der Lohnkostenanteil sehr hoch ist, hat zum einen gerade diese Fertigung ins Visier der Verlagerungsstrategien gerückt. Die Lohnkosten im slowakischen Werk dürften heute aufgrund des extrem niedrigen Wechselkurses etwa bei einem einem Sechstel derer in Schweinfurt liegen, und selbst zweistellige Lohnsteigerungsraten für die slowakischen Arbeiter

würden an dieser strategischen Ausgangssituation in den nächsten Jahren keine wesentlichen Änderungen bewirken. Obwohl die Produktion in Schweinfurt heute durchaus Gewinne einbringt, würde sich die Verlagerung rechnen, weil hohe Extraprofiten winken. Zum anderen können gerade die von der Verlagerung betroffenen Arbeiter, die teilweise über Jahrzehnte im wahrsten Sinne des Wortes ihr Kreuz hingehalten haben, kein Verständnis dafür aufbringen, daß ihre Arbeitsplätze jetzt per Federstrich ersatzlos wegfallen sollen und sie der Existenzunsicherheit ausgesetzt werden.

Nachdem die Verlagerungspläne bekannt wurden, gingen die Arbeiter der betroffenen Bereiche zu entschlossenen Aktionen über. Am 14.2. fanden sich ca. 500 Arbeiter in der Kantine des Werks Süd ein, woraufhin der Betriebsrat eine Informationsveranstaltung durchführte. Vom Betriebsrat wurde entschieden die Unterstützung ihres Anliegens und die Organisation der Solidarität der gesamten Belegschaft des Werkes Süd eingefordert. Der Betriebsrat faßte daraufhin auf seiner Sitzung am 19.2. den Beschluß, den Vorstand aufzufordern, die geplanten Verlagerungen zu stoppen, bis entsprechende Ersatzarbeitsplätze durch die Fertigung neuer Produkte zur Verfügung stehen. Der Betriebsrat verwies darauf, daß ohne entsprechenden positiven Beschluß des Vorstands der Betriebsfrieden gefährdet würde, und unmittelbar mit erheblichen Protestaktionen zu rechnen sei.

Am 21.2. wurde im betroffenen Produktionsbereich erneut eine Protestversammlung durchgeführt, bei der das Management der Kupplungsproduktion mit Plakaten, die sich auch gegen deren persönliche Verantwortung richteten, empfangen wurde und sich der Diskussion stellen mußte. Das Management warnte vor „unüberlegten und übereilten Handlungen“, versprach, sich engagiert für den Standort Schweinfurt einzusetzen, und betonte, daß die Entscheidung aber beim Fichtel & Sachs-Vorstand liegen würde, bei dem man seinen Einfluß im Sinne der Kollegen geltend machen würde.

Mittlerweile wurden zwischen Vorstand und Betriebsrat Verhandlungen aufgenommen.

(aus Nachrichten & Standpunkte)



Solidaritätsaktion mit dem Streik der Raffineriearbeiter im Iran

Am 22. Februar 1997 demonstrierten auf Einladung des Vereins zur Verteidigung politischer Gefangener im Iran Hunderte oppositionelle Iraner vor der iranischen Botschaft in Bonn. Sie forderten die bedingungslose Freilassung von Schriftstellern, Künstlern und religiösen Minderheiten. Die Demonstrationen sollen als Kettendemonstration jetzt jeden Samstag um 11.30 Uhr stattfinden.

In seiner Rede wies der iranische Oppositionelle Adeli Reza auf den Kampf der iranischen Erdölarbeiter hin:

„Noch einmal hat die Islamische Republik Iran durch die Niederschlagung der Erdölarbeiterdemonstration am 16.2.1997 in Teheran ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Arbeiter stellen ihre gewerkschaftlichen Forderungen und Forderungen nach Lohnerhöhung in der gleichen Art wie zu Beginn der Revolutionsmonate 1979. Hunderte der Teheraner Erdölraffineriearbeiter wurden festgenommen. Die Herrschaften in Teheran fürchten, daß der Streik andere revolutionäre Feuer aufflammen läßt. Tausende demonstrierten am 16.2. vor dem Gebäude der National Ölgesellschaft des Irans in der Taleghanistraße. Sepah Pascharan (cho-meinitreue Spezialeinheiten) und Konteraufstandstruppen verhafteten Hunderte von Arbeitern. Die staatliche Verwaltung hat bisher keiner iranischen Zeitung gestattet, über die Demonstration zu berichten.“

Inzwischen hat sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund solidarisch erklärt. Er wandte sich an den Botschafter der islamischen Republik Iran, Herrn S. Hosein Mousavian:

„Ihre Exzellenz, sehr geehrter Herr Botschafter, mit großer Bestürzung haben wir von der gewaltsamen Unterdrückung einer Protestdemonstration iranischer Arbeitnehmer der Erdölindustrie am 16. Februar 1997 in Teheran erfahren, in deren Verlauf es auch zu massenhaften Festnahmen gekommen ist. Nach den uns vorliegenden Informationen halten diese Inhaftierungen an.

Ihre Regierung hat sich durch die Mitgliedschaft in der internationalen Arbeitsorganisation IAO verpflichtet, die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Tarifverhandlungen zu respektieren, wie sie in den Übereinkommen 87 und 98 verankert sind.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Botschafter, bitten, Ihrer Regierung unsere tiefe Besorgnis über diese Vorfälle zu übermitteln und darauf hinzuwirken, daß die inhaftierten Arbeitnehmer unverzüglich freigelassen und vor weiteren Repressalien verschont werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jürgen Eckl“

Warnstreik bei Wechselbank

HBV organisiert Aktion im Frankfurter Flughafen

Der Fachbereich Banken der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Bezirksverwaltung Frankfurt/Main, Rosemarie Bolte schreibt folgendes:

Lohnfortzahlung ohne Wenn und Aber war das Motto des ersten Warnstreiks bei der Firma Travelex am Frankfurter Flughafen.

Am Donnerstag, 13. Februar 1997 ab 8.30 Uhr legten die ersten Beschäftigten der Firma Travelex die Arbeit nieder. Dann ging es wie im Lauffeuer. Ein Schalter nach dem anderen der Wechselbank schloß. Transparente mit den Forderungen nach 100% Lohnfortzahlung bei Krankheit, 30 Tagen Urlaub, Abschluß eines Haustarifvertrages klebten an den großen Scheiben von Travelex.

Ein Flugblatt für die Kunden infor-

mierte über den Warnstreik. Überall regte sich die Aufmerksamkeit der Fluggäste, die wissen wollten, was los ist.

Worum geht es und warum ist dieser Warnstreik bei Travelex für die Bankenbranche so wichtig?

Travelex ist eine Wechselbank und als Finanzdienstleister international tätig. Es gibt die Firma weltweit an vielen Flughäfen und Bahnstationen. In Deutschland ist sie bisher nur am Frankfurter Flughafen tätig.

Während nach außen Travelex sich als eine gute Wechselbank präsentiert, sieht es innen ganz anders aus. Sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Bezahlung der Beschäftigten sind um einiges schlechter als die der Kolleginnen und Kollegen in anderen Banken. Z. B. gewährt Travelex nur 23 Urlaubstage pro Jahr und zahlt nur 80% Lohnfortzahlung bei Krankheit. Zuschläge für

Samstags- und Sonntagsarbeit werden nicht bezahlt. Vergleicht man die Tätigkeiten der Beschäftigten von Travelex mit den Tätigkeiten der Beschäftigten im anderen Bankgewerbe, schneiden die bei Travelex Beschäftigten im Durchschnitt mit einem Drittel weniger ab.

Zusammen mit den Beschäftigten hat die Gewerkschaft einen Haustarifvertrag entwickelt, der die sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen an den Tarifvertrag des Bankgewerbes angleicht. Travelex gehört keinem Arbeitgeberverband an, muß aber vom Tätigkeitsbereich in der Finanzdienstleistungsbranche angesiedelt werden. Dieser Tarifvertrag wurde der Firma Travelex bereits im Mai 1996 vorgelegt. Trotz des Versprechens des Arbeitgebers, auf diesen Vorschlag einzugehen, kam bis heute keine offizielle Reaktion.

Es hat sich bei Travelex herausgestellt,

daß der Arbeitgeber allein auf Druck reagiert.

Es gibt allerdings – wenn auch kleine – Reaktionen der neuen Frankfurter Geschäftsleitung, um die Beschäftigten ruhig zu halten und auf ihre Forderungen einzugehen. Z.B. das Angebot an die Beschäftigten, die 20% Lohnkürzung bei Krankheit durch Nacharbeiten wieder finanziell auszugleichen. Für acht Tage Krankheit kann dann ein Tag nachgearbeitet werden.

Die Firma Travelex ist mit ihrer Gehaltspolitik ein Preisdrucker und kann eine – für die Beschäftigten negative – Vorbildfunktion bei anderen Finanzdienstleistern übernehmen.

Die Beschäftigten von Travelex haben am 13. Februar 1997 gezeigt, daß sie Bestrafung bei Krankheit ablehnen. Drei Stunden Warnstreik signalisierte dem Arbeitgeber „mit uns nicht“. (Solinet)

Witikobund unter neuer Führung

Der „Witikobund“, das äußerst rechte Ferment in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Kulissen-schöpfer ihrer Politik, hat seit Herbst 1996 eine neue Führung. An ihrer Spitze steht Horst Rudolf Übelacker (Jg. 1936), der den jahrelangen Vorsitzenden Walter Staffa (jetzt Ehrenvorsitzender) ablöste.

Zu dieser Veränderung ist es auf der Jahresversammlung des Witikobundes gekommen, an dessen Adresse in diesem Zusammenhang verschiedene Grußbotschaften gerichtet waren: z.B. von Edmund Stoiber, Franz Neubauer, Otto von Habsburg oder vom Weihbischof Gerhard Pieschl. Sie alle „anerkennen die auf faire Partnerschaft mit den tschechischen Nachbarn abzielende Arbeit des Witikobundes und betonen die Notwendigkeit eines gerechten Ausgleichs“. (Sudetendtsch. Ztg, 26.10.96)

Wie nach Auffassung des Witikobundes die „faire Partnerschaft“ und der „gerechte Ausgleich mit Tschechien“ aussieht, das kann man in Reden und Artikeln des alleinigen neuen Witikobund-Vorsitzenden (und ehemaligen Rep-Mitglieds) Übelacker entdecken. Übelacker erklärte z.B. in seinem Vortrag „50 Jahre Flucht und Vertreibung“ (abgesehen von seinen historischen Bewertungen wie: „Ich habe aber kein Verständnis dafür, die millionenfachen Menschenrechtsverletzungen an deutschen Menschen und die Tatsache der Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation der anständig und heldenhaft kämpfenden deutschen Wehrmacht nachträglich als ‚Befreiung‘ zu verfälschen oder gar staatlich feiern zu lassen“, oder: „Von einem einseitigen ‚Überfall‘ eines angeblich ‚kriegslüsternden Deutschland‘ auf die ‚große, friedliebende Sowjetunion‘ kann überhaupt keine Rede sein“) an die Adresse der Tschechen: „Die Rückgabe des sudetendeutschen Siedlungsgebietes als Ganzes und die Rückerstattung des sudetendeutschen Individual- und Kollektiveigentums hat mit ‚neuen Vertreibungen‘ nicht das Mindeste zu tun. Wenn ein Tscheche vom sudetendeutschen Eigentümer aufgefordert würde, das Haus zurückzugeben, so könnte er sich jederzeit ‚einige Häuser weiter‘ eine andere Bleibe suchen, ohne daß man deshalb von ‚Vertreibung‘ sprechen könnte und zugleich – unzulässige – Assoziationen zu den Schreckensereignissen von 1945/46 herstellen müßte.“ Ebenfalls

meint er, „es würde den sicherlich im Einzelfall vorhandenen ‚tschechischen Ängsten‘ voll und ganz gerecht werden, den Tschechen entgegenkommend die Garantie zu geben, sich auf Wunsch weiterhin im Sudetenland, d.h. in den sudetendeutschen Siedlungsgebieten, aufhalten zu dürfen“.

Was das „Heimat- und Selbstbestimmungsrecht“, also Anspruch der Sudetendeutschen auf das tschechische Territorium, betrifft, meint Übelacker: „Rechtsgewährung an die Sudetendeutschen ist im Rahmen einer ausschließlich inner-tschechischen Angelegenheit unzumutbar und abzulehnen! Ich bin beispielsweise nicht bereit, mich ausschließlich von ‚Prag‘ regieren zu lassen! ... Als Minimallösung könnte ein Kondominium, also eine gemeinsame Herrschaft, ins Auge gefaßt werden, und zwar der Tschechischen Republik gemeinsam mit den Schutzmächten für die sudetendeutsche Volksgruppe, also Österreich und Deutschland. Die Diskussion einer Autonomie-Lösung nach dem modernen israelisch-palästinensischen Muster könnte den Einstieg in die Problematik erleichtern.“

Im Vergleich mit den Anerkennungsworten der Repräsentanten des Freistaats Bayern und der Sudetendeutschen Landsmannschaft wirken aber die Übelacker-Worte über die „Theorie der Versöhnung“ mindestens sonderbar. Übelacker sagte: „Die von sudetendeutscher Seite seit Jahren ausgestreckte ‚Hand zur Versöhnung‘ beginnt ... allmählich zu verdorren. Eine alles auslöschende biologische Lösung wird es nicht geben, lediglich einen Übergang der ‚Altlast-Probleme auf Deutschland und Österreich, d.h. auf spätere Generationen. Die Tschechen sollten ... gelernt haben und sich stets dessen bewußt sein: Das Gedächtnis der Völker ist sehr lang, und es endet nicht im Übergang von einer Generation auf die andere!“

Anläßlich des 47. sudetendeutschen Tages in Nürnberg (1996) veröffentlichte Übelacker in der Jungen Freiheit (Nr. 22/1996) „Neun Forderungen der Sudetendeutschen“: „Dazu zählen: ... 2. Rückgabe des gesamten sudetendeutschen Eigentums. 3. Entschädigung für die rückgebautes sudetendeutsches Eigentum. 4. Entschädigung für durch Tschechen verursachte Personenschäden an Deutschen bzw. Sudetendeutschen. 5. Entschädigung für sudetendeutsches Kollektivvermögen. 6. Ver-

handlungen über die Gewährung kollektiven sudetendeutsch/deutschen Selbstbestimmungsrechts einschließlich des Rechts auf die Heimat ... 8. Aufhebung der diskriminierenden ‚Benesch-Dekrete‘. 9. Entschuldigung der Unterzeichnerstaaten des ‚Potsdamer Protokolls‘ für die Billigung des ‚Humanen Bevölkerungstransfers‘ gem. Art. XIII.“

Zur Klassifizierung der Jahrestagung des Witikobundes gehört, im Zusammenhang mit seiner neuen Führung, auch, was die Sudetendeutsche Zeitung schreibt: „Damit ist eine Vorstands-mehrheit des Bundes zugleich in den Führungsgremien der sudetendeutschen Volksgruppe verankert und setzt die Tradition enger Zusammenarbeit mit der sudetendeutschen Volksgruppenorganisation fort.“ Die sog. „Witikonon“ bestätigen die Dauerhaftigkeit und bekräftigen vielleicht sogar eine Tatsache, die im „sudetendeutschen Milieu“ schon in der Vergangenheit stark kritisiert wurde – und zwar die Besetzung oder die Beeinflussung der Schlüsselpositionen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft durch „Witikonon“.

Schon 1969 erklärte Dr. Walter Brand, einer der Gründer des Witikobundes und seinerzeit Henleins persönlicher Sekretär und „spiritus rector“ der Sudetendeutschen Partei (1933-1938): „Unser Witikobund sollte ein Kraftwerk sein, das die her hervorgerufenen und erzeugten Energien über Transmissionen in das öffentliche Leben unserer Volksgruppe und darüber hinaus ausstrahlt ... Ich glaube, es ist nicht zu viel behauptet, wenn man ganz nüchtern feststellt, daß die Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft ... in entscheidenden Bereichen ihrer Organisation von unseren Kameraden mitgetragen wird.“ (Beiträge des Witikobundes zu Fragen der Zeit, Band 20, 1969, S. 48)

Daran hat sich nichts verändert. Der Witikobund macht eigentlich im wesentlichen die Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Sein Einfluß, seine Verbindung zur deutschen, aber auch tschechischen (was gewisse Elemente angeht) politischen Szene sind merkwürdig. Die heutigen „Witikonon“ sind wirklich konsequente Nachfolger ihrer Lehrer: Walter Brand, Walter Becher, Franz Karmasin, Albert Smagon, Emil Lode, Reinhard Pozorny, Georg Wollner, Benno Tins u.v.a.

(e.h., aus Platzgründen leicht gekürzt)

Ordensverleihung an Boris Meissner

Von der „Tapferkeitsmedaille für Ostvölker in Silber“ zum „Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens“

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Kritik an der Ordensverleihung an Prof. Dr. Boris Meissner“ (Drs. 13/ 6904) erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Ulla Jelpke:

Der Göttinger Arbeitskreis, als dessen Präsident Prof. Dr. Boris Meissner seit über drei Jahrzehnten fungiert, erhielt nach Angaben der Bundesregierung erneut seit 1994 insgesamt 3 711 672,- DM institutionelle Förderung und außerdem eine Projektförderung in Höhe von über 4,6 Millionen (4 676 761 DM) aus Bundesmitteln. Der Großteil der Projekte beschäftigt sich mit den deutschen Minderheiten (Autonomiebewegung, kulturelle Selbstverwaltung, Minderheitenschutz) in den GUS-Staaten. Für das Jahr 1997 hat der Göttinger Arbeitskreis Bundesmittel in Höhe von 173 500 DM beantragt.

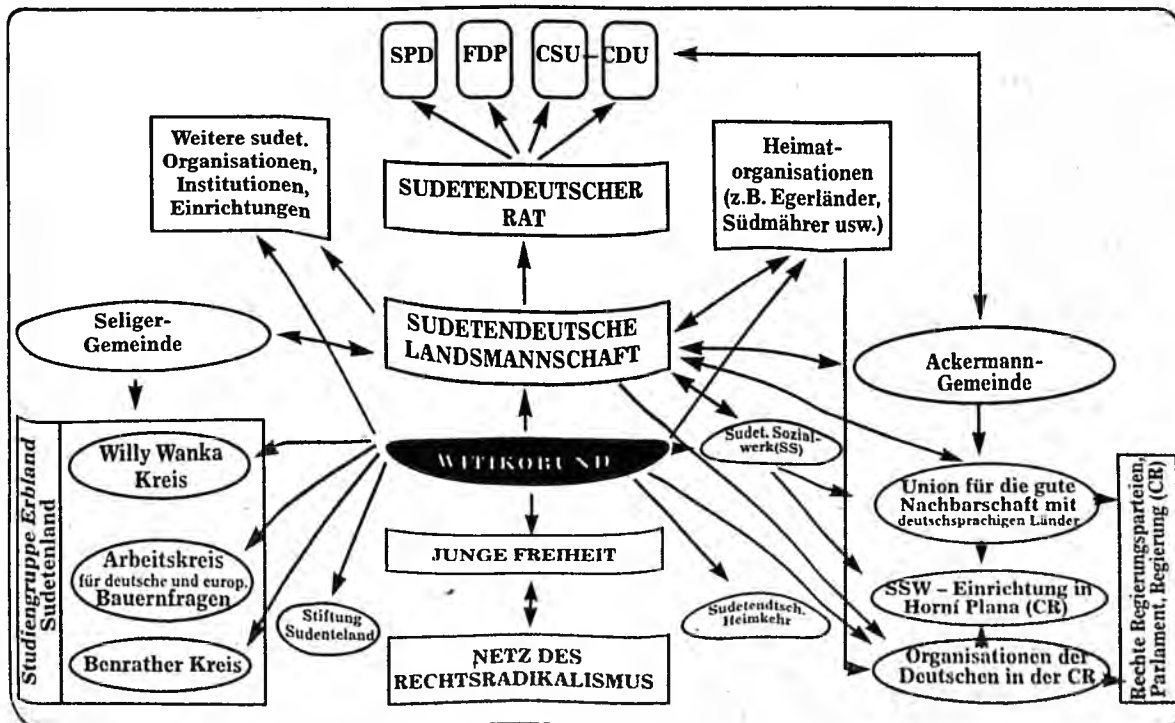
Im Göttinger Arbeitskreis haben sich nach 1945 heimatvertriebene – vor allem Königsberger – Hochschul-lehrer zusammengeschlossen. Erster Geschäftsführer dieses Arbeitskreises war Werner Markert. Bereits zur Zeit des Nationalsozialismus war Markert Geschäftsführer der „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“, deren Bedeutung darin bestanden hatte, die Ostforschung „gleichzuschalten“. Die Titelblätter der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe waren ebenso wie die „Schulungsbrieft“ des faschistischen „Bundes Deutscher Osten“ mit dem Balkenkreuz der Ordensritter gestaltet.

Dem Ostforscher Prof. Dr. Boris Meissner wurde am 18. September 1996 auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Johannes Rau das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens verliehen. Nach Angaben der Jungen Freiheit sei Meissner diese Auszeichnung „als Anerkennung für sein Lebenswerk und seinen Beitrag zum Wiederaufbau der deutschen Ostwissenschaft“ überreicht worden (JF, Nr. 51, 13.12.1996).

Worin besteht das Lebenswerk des Herrn Meissner? Boris Meissner wurde 1915 in Pleskau/Pskov (Estland) geboren und war nach seinem Studium im estnischen Dorpat und in Posen als Kreisamtsleiter der illegalen faschistischen Bewegung in Estland tätig. Als SA-Mitglied nahm er an einem Sonderlehrgang der Führerschule der obersten SA-Führung in Dresden teil. Während des 2. Weltkriegs war er nach Angaben der Bundesregierung „im Armeeoberkommando 18 zunächst als Oberschütze und Unteroffizier und zuletzt als Offiziersanwärter im Range eines Fahnenjunkers-Feldwebels eingesetzt“ worden. Im Ostfeldzug wurden seine „Verdienste“ mit der „Tapferkeitsmedaille für Ostvölker in Silber“ geehrt.

Nach Kriegsende wurde Meissner u.a. Botschaftssekretär in Moskau, Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung, Mitglied der nordrhein-westfälischen Akademie der Wissenschaften sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte.

(Presseerklärung Ulla Jelpke, gekürzt. Die Antwort der BuRe auf die Kleine Anfrage ist beim Büro der Abgeordneten erhältlich)



1971: KB – 1997: a & k

Vom Betriebskampf ins Grüne und zurück? Nachbetrachtungen zu 25 Jahre „ak“

Im November 1971 entstand in Hamburg eine von sechs bundesweit bekannten Organisationen, die neben den Schlaghosen und Flokatijacken markante Erscheinungen der 70er waren: Die K-Gruppen, wie sie von den sozialdemokratisch-ordentlichen Spießrinnen aus DGB, DKP und SPD mit herablassendem Unterton tituliert wurden.

Aus dem Zusammenschluß des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ) und des Kommunistischen Arbeiterbundes (KAB) – beide aus Hamburg –, sowie einiger weiterer Gruppen wie dem KB/ML Eutin entstand der KB, der Kommunistische Bund. Die politische Praxis des KB hatte zu Beginn ihren Schwerpunkt auf Betriebskämpfen in industriellen Großbetrieben und Lehrwerkstätten. Aus und vor Betrieben wurde versucht, eine klassenkämpferische ArbeiterInnenpolitik zu entwickeln, die sich vom sozialdemokratischen Denken der DGB-Führung nicht bremsen ließe. Aus der Lehrlingsbewegung entstand der KB ebenso wie aus der Studierendenbewegung.

Das Markenzeichen des KB war eine (männliche) Arbeiterfaust, um einen 28er Schlüssel geballt vor dem Hintergrund der aufgehenden Sonne. Dieses Zeichen schmückte lange Jahre die Flugblätter des KB (bis zur Friedensbewegung) und die zentrale „Arbeiterzeitung des KB“, den „Arbeiterkampf“ (bis 1988). Wie sehr dieses Symbol in seinem Bezug auf die männliche, traditionelle Arbeiterklasse von vielen dann doch sehr bierernst genommen wurde, zeigte sich darin, daß es ab 1982 Initiativen gab, sich vom Namen „Arbeiterkampf“ und dem Schraubenschlüssel-Symbol zu trennen. Gegen diese Neuerungen gab es Einwände dafür, das Symbol beizubehalten als Erkennungsmerkmal und Erinnerung an die Gründungszeit. Nun tauchte das Symbol wieder auf, in der Jubiläumsausgabe von „analyse & kritik“, wie die Nachfolgezeitung seit 1992 heißt.

Daß auch der KB intern eher am deutschen Vereinsleben als am herrschaftsfreien Kommunismus dran war, wird überdeutlich an den Schrullen, die sich sogenannte verdienstvolle Genossen aus der Leitung leisteten: Da wurde allen Ernstes vorgeschlagen, den Arbeiterkampf in „Fünf vor Zwölf“ umzutaufen, in Anlehnung an das Selbstmitleid der deutschen Friedensbewegung mit ihrer Angst vor den sowjetischen

Atomraketen. Auch wenn sich dieser Vorschlag nicht durchsetzen konnte in einer längeren internen Debatte: Grundfrage im KB der 80er Jahre war das Verhältnis zu den Grünen und der Friedensbewegung. Zum Zeitpunkt der Gründung der Grünen spaltete sich 1980 der KB, eine starke Minderheit wurde mit damals noch leninistischem Selbstverständnis Mitglied der neuen Partei. Wie so oft beim Eintritt linker revolutionärer Strömungen war es auch bei den LeninistInnen aus dem KB in die Grünen: Der Hund wedelt mit dem Schwanz, nicht umgekehrt. Heute finden sich bei den Grünen nur noch Spurenelemente der in Parlamentsapparaten und Integrationssoj aufgeriebenen radikalen Linken (nicht nur aus dem KB). Nach der Abspaltung der Zentrumsfraktion oder Gruppe Z in die Grünen wurde vom KB die autonome Organisation von MarxistInnen gegen den Strudel in die Grünen verteidigt, wo sich Linke von Dutschke bis zum Hausprojekt Hege/Haynstraßen neben konservative Ökos einreihen. Die Unabhängigkeit von den Grünen blieb auf das Aufrechterhalten der eigenen Organisation beschränkt: Inhaltlich arbeitete sich der KB viel an grünen Aktionen und Programmen ab. Die entsprechenden Seiten im Arbeiterkampf trugen zeitweise den trügerischen Titel „Wahlbewegung“, als ob es sich bei den Grünen um eine neue soziale Bewegung handeln würde und nicht gerade um die Integration und Auflösung derselben hinein in die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland.

Der KB sah sich gerne als Bindeglied zwischen den „reformistischen“ Grünen und den „radikalen“ Autonomen. In der geschickten Bündnispolitik wurde über die Jahre vernachlässigt, was die Genossinnen und Genossen vom und im KB denn selbst wollten. Mit der Zeit wurde der KB von seiner Scharnierfunktion so bestimmt, daß der Rechtsdrall der Grünen und die Abschottung der (insbesondere Hamburger) Autonomen ihn in einem Vakuum hinterließen: Es gab niemanden mehr, für den Bündnisse organisiert werden konnten. Der KB nahm wie viele andere Linke auch die Rechtsentwicklung und Anpassung der neuen Mittelschichten nicht zur Kenntnis. Diese Mittelschichten finden nach wie vor ihren politischen Ausdruck in den Grünen – aber weiter rechts als in den Gründerjahren der Grünen 79/80. Das Verschwinden der kritisch-

liberalen Öffentlichkeit war für den auf antifaschistische, breite Abwehrfronten „gegen Rechts“ im Sinne von Repression und „Verteidigung demokratischer Rechte“ ausgerichteten KB ein harter Schlag, der verdrängt wurde. Eigene Politikansätze, die darüber hinaus gingen, blieben die Ausnahme oder waren Versuche, soziale Bewegungen aus sich heraus durch Massenmilitanz gegen den (vermeintlichen Hauptfeind) Staat zu radikalisieren. Der deutsche Herbst 1977 zeigte dafür die Grenzen auf, die militante Anti-AKW-Bewegung wurde mit massivsten Polizeieinsätzen eingeschüchelt. Es gab eine offene Debatte in staatstragenden Medien über die Vor- und Nachteile eines Verbotes der K-Gruppen. Am 18. Oktober 1977 wurden 4 GenossInnen der RAF im Stammheim Isolationsstrakt tot gefunden, wozu der AK titelte: „Wir glauben nicht an Selbstmord“. Die revolutionäre Linke in der BRD war nach dem „deutschen Herbst“ 1977 großteils paralysiert – nicht nur der RAF, auch den K-Gruppen hatte der Staat die Machtfrage hart beantwortet. Die Unterdrückung der Linken hatte ihren Höhepunkt überschritten – Gesinnungsüberprüfungen und Entlassungen von Linken, Denunziationen, Razzien, Bulleneinsätze gegen Demos mit MPI im Anschlag hat es in diesem Ausmaß nach 77 nicht mehr gegeben. Der Polizeistaat hatte gezeigt, womit es revolutionäre Militanz aufnehmen muß in der BRD. Viele verstanden die Zeichen und setzten auf eine Partei, die vor allem gewaltfrei sein sollte.

Die gesellschaftliche Rechtsentwicklung, die sich nach dem Regierungsantritt von Kohl 1982 mit seiner „Geistig-Moralischen-Wende“ auch ideologisch zunehmend durchsetzen konnte, wurde nicht mehr als zusammenhängender Prozeß analysiert. Ursächlich lag das an dem verkürzten Faschisierungsbegriff: Wurde 82 im Arbeiterkampf noch vom Übergang Kohl/Genscher als Vorstufe zur Strauß-Regime schwadroniert und das Augenmerk fast ausschließlich auf Neonazis und Repressionsapparate gerichtet, fand die reale Faschisierung der 80er Jahre in Bereichen statt, für die die „AG Ausländer“ zuständig war – oder niemand so richtig, wie im Falle der Umdeutung der deutschen Nazi-Verbrechen. 1985 schüttelte Kohl Reagan über den SS-Gräbern von Bitburg die Hand – als Zeichen der Entschuldung der SS-Nazis durch die USA als Sieger des 8. Mai 45. Bitburg wurde nicht als Aus-

druck der nationalen Formierung begriffen. Im selben Jahr 1985 wurde von Teilen des KB die Faschisierungsthese verworfen. Begründet lag das im verkürzten Dimitroff-Begriff: Faschismus wurde als (vorbeugende) Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Linken gesehen, um die „kommenden Kämpfe“ zu unterdrücken. Das speziell der deutsche Faschismus auf einer real weitgehend durchgesetzten Volksgemeinschaft basierte, in die sich weite Teile der Arbeiterklasse integrieren ließen, kam dabei ebenso zu kurz wie das von dieser Volksgemeinschaft im erschreckendsten Ausmaß akzeptierte und umgesetzte Programm zur Vernichtung von JüdInnen, Sinti, Roma, anderer Gruppen und zur Ausbeutung Osteuropas.

Wer nur die Verfolgung der radikalen Linken als Gradmesser für Faschisierung nimmt, konnte vielleicht in den 80er Jahren eine „Normalisierung“ annehmen – so lautete damals der Gegenbegriff zur Faschisierungsthese im KB. Während in den 80ern viele Linke zahm geworden waren und die Reste in Nischen überwintern konnten, wurde die BRD-Gesellschaft zunehmend nationaler ausgerichtet. Zum Sendeschluß tauchte die Nationalhymne auf, in Schulen wurde sie auch wieder gesungen, verbunden mit einem Rollback gegen linke Lehrinhalte. Der Ausgrenzungsbegriff Asylantrag wurde propagiert, ein Ausländerproblem herbeihalluziniert. All das kam bei der Normalisierungsthese nicht vor. Als 89 vor dem 20. April Nazis die Straßen Hamburgs und Berlins luthals für sich beanspruchten und viele MigrantInnen verängstigt zu Hause blieben wurde das im Leitenden Gremium des KB ebenso erschrocken wie erstaunt zur Kenntnis genommen.

1988 wurde aus dem AK-Arbeiterkampf der „ak“. Anfang 89 hatte nach Jahren wieder ein KB-Kongreß stattgefunden, auf dem es einen harten Streit gab um eine der Eckwerte des KB: Die These von der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft aus den 70er Jahren. Auch wenn Faschisierung fälschlicherweise damals nur als Prozeß seitens der Herrschenden begriffen wurde: Zentral war, daß die Situation in der BRD als Rechtsentwicklung analysiert wurde, die zurückgekämpft werden muß. So wurde damals nachgewiesen, das an den polizeilichen Todeschüssen auf den Straßen der BRD wesentlich mehr Menschen starben als an

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küster; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7,

50674 Köln,
Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (20,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bank

Unterschrift

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

der in der rechten Propaganda omnipräsenten „Mauer“ der DDR. 1976-78, als Neonazis noch nicht im gesellschaftlichen Trend lagen, konnten und wurden Nazibanden erfolgreich gejagt. Gegen die Faszisierungsthese wurde die These eines quasinnormalen bürgerlichen Kontrollstaates gesetzt. Die Annexion der DDR ab Herbst 1989 erwischte den KB eiskalt: Diejenigen, die vorher von gesellschaftlicher Normalisierung sprachen, grenzten sich von der beginnenden -antideutschen Strömung im KB ab. Eine Erklärung des Leitenden Gremiums des KB unter dem Titel „Denk ich an Deutschland in der Nacht...“ läutete die Spaltung des KB ein. Die Minderheit bestritt des „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ und initiierte die Kampagne „Nie wieder Deutschland“ mit. Die Mehrheit kritisierte auch die Annexion der DDR durch die BRD, aber bejahte das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ im allgemeinen und auch das eines deutschen Volkes. Es wurden eher die Chancen gesucht, auf die neugegründete PDS zugegangen.

Diese beiden Richtungen schlossen sich in ihren praktischen Konsequenzen aus: Das KB-typische bündnispolitische Spagat der 80er taugte nicht mehr, es ging um zwei sich ausschließende linke Pole.

Es gab noch einen zweiten Knackpunkt neben der Frage PDS oder antideutsch: Die Bündnispolitik des KB hatte gegen Ende der 80er in Ermangelung breiter linker Bewegung zunehmend darin bestanden, über die grünen Partei-Apparate Politik von Oben zu machen. Anstatt sich auf die eigene Kraft zu besinnen, auch um den Preis der Randständigkeit, wurde versucht durch fachliche Kompetenz Einfluß im grünen Apparat zu erlangen. Dieses Muster wurde mit der Hinterzimmer-Mauschelpolitik bei der Gründung der West-PDS wiederholt. So gaben sich KBlerInnen dafür her, andere linke Gruppen wie den BWK oder die DKP auszubremzen. Vom Ergebnis her katastrophal. Auch wenn wir es falsch finden, in die PDS zu gehen, ließe sich eine linke Opposition innerhalb der PDS gegen die sozialdemokratisch-ostheimatmüßige Grundlinie eher von unten her organisieren, auf keinen Fall durch ein paar Alibi-Paradiesvögel in der Parteispitze.

Die KB-Minderheit lehnte diesen Neuaufbau des Ganges in die grünen Apparate ab und versuchte, sich als kommunistische Gruppe zu reorganisieren. Dies gelang nur kurzfristig während der Nie-wieder-Deutschland-Kampagne Anfang 90. Danach fiel der KB-Minderheit strukturell auch die



Kurzweil viel ohn Maß und Ziel. Alltag und Festtag auf den Augsburger Monatsbildern der Renaissance (Ausschnitt)

Hinterzimmer-Mauschelpolitik auf die Füße. Die hinter der Kampagne stehende Initiative „Radikale Linke“ kam nicht über ein ProminentInnen-Bündnis hinaus und brach genau daran zusammen. Die KB-Minderheit wurde hier von den Schwächen der 80er-Jahre-Linken eingeholt. Während die KB-Minderheit aber überhaupt etwas neues kollektives versuchte, beschränkte sich die KB-Mehrheit darauf, einfach so weiterzumachen wie immer. Die KB-Minderheit existierte nicht mehr lange als Gruppe K: Nachdem auch dort strukturell ein Ersatz-ak geschaffen wurde, um den sich hierarchisch herumgruppiert werden konnte, wurden die großen Widersprüche innerhalb der vorher durch ihre Ablehnung des KB-Mehrheitskurses zusammengehaltenen KB-Minderheit/Gruppe K nur noch taktisch diskutiert. Im Oktober 1995 löste eine Vollversammlung die Gruppe auf. Die heutigen „bahamas“ haben nicht viel mehr als den Zeitschriftentitel mit dem gemeinsam, was die Gruppe K bis auf ihre Berliner Gruppe wollte.

Und die traditionalistische Linie der KB-Mehrheit? Von der Organisation KB ist bei Ihnen nur die Redaktion der „a&k“ übrig, über deren Tätigkeit sich die in a&k immer noch als Herausgeberin firmierende KB-Mehrheit ausschließlich definiert. Zu KB-Zeiten gab es noch Kritik an der alleinigen Ausrichtung an der (zentralisierten) Zeitungsarbeit, Gruppen des KB machten bereichsbezogen oder örtlich Politik. Das ist völlig weggebrochen: Alles läuft nur noch zusammen im kurzfristigen Produzieren der „analyse & kritik“, die sich als Folge daraus zunehmend weniger von beliebigen anderen linken Periodika auseinanderhalten läßt. Der Unterschied zur SoZ: diese erscheint zweiwöchentlich. Das typische an a&k ist das monatliche Erscheinen. Dementsprechend war der Titel der Jubiläums-

ausgabe: „25 Jahre ak – wir machen weiter“. Als auf der Jubiläumsparty eine Diskussionsveranstaltung versucht wurde, war nicht nur der Titel nicht von dieser Welt: Über „Die soziale Frage – Ansatzpunkt für linke Politik?“ sollte geredet werden. In Ermangelung eigener Ideen beschränkte sich a&k/KB-Mehrheit auf die Diskussionsleitung mit geladenen Gästen. Als im Publikum dann über die Gründung von Genossenschaften für Scheinselbstständige fabuliert wurde, und man sich selbst als soziales Subjekt (wieder)entdecken wollte, war das vor allem eines: Ehrlich. Mit revolutionärem Bruch hatte dieses mühsame Reden, was nur das Vorprogramm zur Nostalgieparty war, kaum etwas zu tun. Da saßen Unternehmensberater, GrafikerInnen, RechtanwältInnen, viele AkademikerInnen und wollten wieder was machen, gegen die Verinselung und Konkurrenz. Traurig wurde die Debatte durch die Verwechslung von sozialen Ängsten des heutigen alternativen Mittelschichtsmilieus mit dem, was früher mal Betriebskampf hieß und ArbeiterInnenselbstorganisation. Was soll dabei herauskommen, wenn kleine ArbeitgeberInnen neben ArbeiterInnen so diskutieren, als ob sie die gleichen Interessen hätten? Die KB-Mehrheit zehrt von den Ideen des Kommunistischen Bundes der 70er Jahre und von den Erfahrungen des KB im Überwintern aus den 80er Jahren. Dabei wird wie bei imaginierten Gemeinschaften üblich – eine gut handhabbare Tradition erfunden. Wer den Jubiläums-a&k liest, wird nicht viel von den Brüchen und Widersprüchen herauslesen können, die das Eigenleben im KB aus seinen Konflikten heraus bestimmt, vorangebracht und auseinanderbrechen ließen. Über sehr heftige, an die Substanz gehenden Streits wie dem um den ak-Titel „Die Endlösung der Palästinenserfrage“ (1982) mit ihrem antisemitischen Ton wird der Mantel der Nostalgie gelegt, der entsprechende ak-Titel passierte neben andern kommentarlos als Faksimile Revue in der Randspalte des Jubiläums-a&k. Die Chance, aus der Geschichte des KB in ihrer spannenden Widersprüchlichkeit zu lernen, wird in der Jubiläumsnummer verschenkt zugunsten verklärender, weichgespülter Inszenierung von Identität und Tradition. Die Geschichte des KB und ak wird allein dafür eingesetzt, um das heutige Produkt a&k zu legitimieren und mit Herkunftslegende interessant zu machen. Beispiel Abspaltung der „Kritikfraktion“: Mit ihrer radikalen Kritik an staatssozialistischen Vorstellungen auch im KB und ihren Vorstellungen einer vom KB unabhängigen offenen kommunistischen Jugendorganisation wurde die Kritikfraktion ausgegrenzt. In der Folge trennte sich der KB 1978 von seinem gesamten Jugendbereich. Wenn die „Kritikfraktion“ in einem Nebensatz nur auf eine personelle Schwächung des KB reduziert wird, verschüttet das Zugänge zum KB eher als es eine kritische Aneignung ermöglicht, die für eine kommunistische

(Re-) Organisation nützlich wäre.

Diesen falschen Ausschlüssen der 70er Jahre steht die heutige, ebenso katastrophale weitreichende inhaltliche Belieblichkeit in linksbürgerliche Ideologien hinein gegenüber. Wenn in a&k über eine „russische Volksseele“ lamentiert wird, ist es hilfreich daran zu denken, daß es den Kommunistischen Bund als Herausgeber nicht mehr gibt. Der Autor dieser Phrase hatte sich bereits weit vom KB entfernt, als es auf einem Flugblatt zu einer Veranstaltung am 1.12.94 über ihn hieß: „Bücherausgeber und Journalist Kai Ehlers erzählt über die Tschuwaschen, ein Volk der mittleren Wolga. Dabei stellt er die Frage: 'Gibt es eine nationale Wiedergeburt ohne Rassismus und ohne Nationalismus?' Warum jemand mit solchen Fragen Artikel in a&k veröffentlichen kann, spricht nicht nur für Belieblichkeit, sondern auch für ein Steckenbleiben in einem Verständnis von Nation in der Art der Komintern der 30er Jahre. Trotz des nationalen coming outs einer Deutschen Nation insbesondere nach 89 wurden Nation und Rassismus – wie vorher nach einer kurzen antipatriarchalen Phase Ende der 70er das Patriarchat – als Teilkämpfe einsortiert und erhielten entsprechende Spezialseiten im ak. Ein Genosse der Gruppe K machte sich bei beiden Nachfolgegruppen des KB unbeliebt, als er schrieb: „Im ehemaligen KB wurde Rassismus nicht als eine theoretische Herausforderung verstanden, sondern bis heute wird die Beschäftigung mit ihm den SpezialistInnen der entsprechenden AG überlassen, im besten Fall wird Antirassismus mit Antifaschismus gleichgesetzt. Wenn auch die Nachfolgegruppen des KB mit den Attributen weiß, deutsch und überwiegend männlich beschrieben werden können, wird das von den meisten als selbstverständlich und nicht als bezeichnend wahrgenommen ... und der sich anzeichnende Metropolenrassismus sind die Themen der nächsten Jahre. Eine Linke und ein ak, die nicht bereit sind, darauf entsprechend zu reagieren, auf die ist geschissen.“ (mo./Berlin in ak 336/Nov. 91). Auf diesen Artikel, der im ak erscheinen konnte dank der gemeinsamen Herausgeberschaft von KB-Mehrheit und Gruppe K zu diesem Zeitpunkt, wurde aus beiden KB-Teilen nicht im ak reagiert. Die KB-Mehrheit sah in ihm nur eine weitere Zumutung der Gruppe K für das Image des ak, Mitglieder der Gruppe K waren beleidigt – weil sie auch kritisiert wurden, obwohl sie doch in der guten Gruppe waren. Mangelnde Selbstkritik und Behäbigkeit gab es eben nicht nur in der KB-Mehrheit.

Was bleibt? Jeden Monat mit wenig Mitteln eine Zeitung zu produzieren, eine Art Pressedienst für verschiedenste aktive Linke, in der vieles unvermittelt nebeneinander steht. Und die KB-Geschichte mit dem 25-Jahre-Feuerwerk abgefeiert ist. Same procedure as every month. Miss Sophie?

Gaston Kirsche (gruppe demontage, 1976-91 im SSH/KB, 91-95 Gruppe K)

TERMINE

15. März, Tagung der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte. Tagesordnung siehe PB 4, S. 14
Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz, Beginn: 8.30 Uhr

15./16. März, Frühjahrstagung Bund Westdeutscher Kommunisten – Bundeskonferenz. Tagesordnung siehe PB 4, S. 14.
Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz. Beginn am 15.3., 13.00 Uhr

18. März: Bundesweiter Aktionstag: Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.
Neues Rathaus. Beginn 10.00 Uhr. Weitere Informationen bei Manfred Klaus, Außenstelle der BTG, Tel. (0 30) 22 75 73 05

28.-31. März: Ostermärsche

31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgästehaus, An der Schanz.

2. April: Medizin nur für Reiche? Das bundesdeutsche Gesundheitssystem im Spannungsfeld von Solidarität und Reprivatisierung. Diskussion mit E. Wetzstein, Mitarbeiter der Bundestagsgruppe PDS und Arbeitskreis Gesundheitspolitik der IG Arbeit, Gesundheits- und Soziales bei der PDS / Verein Gesellschaftsanalyse und politische Bildung in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1

19. April: Soziale Standards in Kommunen. Tagung der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales. Berlin, Haus am Köllnischen Park, Saal 4, ab 10.00 Uhr

5. Mai: Europäischer Tag der Behinderten

31. 7.-3.8. Linke Sommerschule in Schnepfenthal

29.-31.8.: UZ-Pressfest in Dortmund.

Zwischen La Hague und Gorleben

Mit dem Ziel, einen Ausstiegskonsens für das Jahr 2010 zu erreichen, erläutern die drei Wissenschaftler Altner, Kohler und Michelsen in einem Artikel in der *Frankfurter Rundschau* vom 22. Februar 1997 die gegenwärtige Lage, in der sich die Atomindustrie und die Bundesregierung befinden. Es geht um die Weiterführung ihrer Interessen in der Kernenergieproduktion. Zu dem leidigen Thema, wie die bei dieser Produktion anfallende Atom-Müll-Mengen zu beseitigen sind, entwerfen auch sie neue Konzepte und Alternativen. Das will dieser Artikel wiedergeben.

Der Text wurde z. T. gekürzt und nötigenfalls dem Sinne nach wiedergegeben. Eigene und kommentierende Passagen wurden kursiv gedruckt.

E. Lechner

Was ist Atom-Müll?

Wenn wir uns über die vorhandenen und zu erwartenden Abfälle der Atomindustrie in der Bundesrepublik einen Überblick verschaffen wollen, müssen wir sie zunächst in drei Kategorien einteilen

1. Bereits bei der Uranerzgewinnung entstehen riesige radioaktiv verseuchte **Abraumhalden**. Sie werden meist bei der Diskussion um die Entsorgung von Atom-müll außer acht gelassen und auch hier in dieser Darstellung nur ergänzend vorausgeschickt. Für die Beladung eines Reaktorkerns benötigt man rund 90 bis 100 t Schwermetall, wozu rund 100.000 t Erz bewegt werden müssen, was im Tagebau noch einmal das 10fache der Abraummenge bedeutet.

2. Auch die dazugehörige **Uranerzaufarbeitung** in verschiedenen mechanischen und chemischen Prozessen hinterlassen radioaktiv verseuchte Schlammrückstände.

Danach sind die Atomkraftwerke die Hauptverursacher der radioaktiven Abfälle.

3. Sie erzeugen die **gering wärmeentwickelnden Betriebsabfälle** – vor allem bestehend aus Stilllegungsabfällen und Wiederaufarbeitungsabfällen – und werden als schwach bis mittel-aktiv eingestuft. Sie machen 90% des anfallenden Mülls aus, werden in der Entsorgungsfrage jedoch nur sekundär behandelt.

4. Hochradioaktiv sind die **wärmeentwickelnden Abfälle** aus den Atomkraftwerken. Sie machen den mengenmäßig geringsten aber für Mensch und Umwelt gefährlichsten Teil der Atomproduktion aus. Zu ihnen zählen vor allem bestrahlte Brennelemente, Spaltproduktgebinde sowie Hüllen und Strukturteile aus der Wiederaufarbeitung und Kernbauteile aus den Reaktoren. Bei Abfallfragen sind sie das eigentliche und fast ausschließliche Thema der Bundesrepublik und der Atomindustrie. Mit ihnen befassen sich das Deutsche Atomgesetz (AtG) sowie der „Entsorgungsvorsorgenachweis“ und sie stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, wenn es um Entsorgung, Wiederaufbereitung, Lagerung, Konditionierung und (Castor-)Transporte geht. Und davon spricht auch dieser Artikel.

Atom-Müll-Mengen

„Auf der Basis von Angaben der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit läßt sich der Bestand an bestrahlten Brennelementen für die Zukunft abschätzen. Ohne die nach Verträgen von vor 1989 wiederaufzubereitenden Bren-

nelemente und ohne die zur endgültigen Lagerung ins Ausland verbrachten Brennelemente liegt der Bestand Anfang 1996 bei ca. 2580 tSM (Tonnen Schwermetall). Bei einer gleichbleibenden Kraftwerkskapazität – zur Zeit sind 19 Atomkraftwerke in Betrieb – und einer gleichbleibenden jährlichen Entlademenge von 455 tSM ergäbe sich dann im Jahr 2010 ein Bestand an entladenen Brennelementen von 9380 tSM. Dieser Bestand würde sich bei einem gleichbleibenden Weiterbetrieb bis 2030 verdoppeln. Diese Zahlen verdeutlichen die hohen Mengen hochradioaktiven Abfalls, für die die Bundesrepublik Deutschland die Entsorgungspflicht übernommen hat.

Müllbeseitigung durch Wiederaufarbeiten

Die bundesdeutschen EVU (Energieversorgungsunternehmen) haben seit Anfang der 70er Jahre Verträge zur Wiederaufarbeitung mit der Compagnie Generale Des Matieres Nucleaires (COGEMA) in La Hague und British Nuclear Fuels plc (BNFL) in Sellafield abgeschlossen, Altverträge, vor 1989, und Neuverträge, ab dem Jahr 1990. Die Altverträge waren zunächst als Überbrückung bis zur Verfügbarkeit einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik gedacht. Nach der Aufgabe des Projektes in Wackersdorf 1989 wurden weitere Wiederaufbereitungsverträge mit ausländischen Firmen abgeschlossen, um den Entsorgungsnachweis für die einzelnen Atomkraftwerke zu gewährleisten. Ob die Wiederaufarbeitung in den vorgesehenen Wiederaufarbeitungsanlagen im Ausland jedoch tatsächlich ein Nachweis im Sinne des Atomgesetzes (AtG) ist, wurde und wird vielfach unter anderem vom Öko-Institut in Frage gestellt und negativ beantwortet. Die Hauptargumentation besteht darin, daß es sich bei der dortigen Wiederaufarbeitung nicht um die im AtG geforderte **schadlose Verwertung** handelt.

Bei den Altverträgen mit beiden Wiederaufbereitungsfirmen handelte es sich um sogenannte **Festmengenverträge**, die die verbindliche Wiederaufarbeitung der im Vertrag festgelegten Menge an Kernbrennstoffen beinhalten. Die Kosten für die Wiederaufbereitung nach den Altverträgen betragen 2.400 DM pro kg SM. Die Neuverträge sind dagegen überwiegend **Bedarfsmengenverträge**, in denen – jeweils auf ein Atomkraftwerk bezogen – die Entlademenge für einen bestimmten Zeitraum (zunächst bis 2005, bei Nutzung der Optionen darüber hinaus) abgeschätzt wird. Fallen in diesem Kraftwerk durch Stilllegung jedoch keine Brennelemente mehr an, so erlischt der Vertrag. Die Kosten für die Wiederaufarbeitung nach den Neuverträgen betragen 1800 DM pro kg SM.

Müllbeseitigung durch Lagern

Die derzeit für bestrahlte bzw. abgebrannte Brennelemente genehmigte Lagerkapazität verteilt sich auf interne Lagerbecken und an Reaktorblöcken mit 4409 tSM (davon am 31.12.1995 noch frei 1906 tSM) und die externen Lager in Gorleben (3.800 tSM), Ahaus (1.500 tSM) und Greifswald (565 tSM) mit insgesamt 5865 tSM. Beantragt ist eine Kapazitätserweiterung für das zentrale Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus von 1500 tSM auf 4200 tSM, die Inbetriebnahme eines externen Naßlagers am AKW-Standort Obrig-

heim für 283 tSM und die Genehmigung eines externen Behälterlagers am AKW-Standort Greifswald für 620 tSM. Letztere sollen nach bisherigen offiziellen Aussagen allerdings nur für die WWER-Brennelemente (russischer Reaktortyp) aus Greifswald und Rheinsberg genutzt werden. Nach gegenwärtigem Verfahrensstand ist davon auszugehen, daß die BRD alle drei Projekte unbedingt genehmigen will. Ein Antrag auf die Kapazitätserweiterung der Brennelementelager am AKW-Standort Philippsburg um 223 tSM ruht zur Zeit.

Zwei Strategien

Derzeit werden für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente zwei Strategien verfolgt. Die eine Strategie beinhaltet als zentralen Schritt die **Wiederaufbereitung** der Brennelemente. Die andere Strategie verzichtet auf Wiederaufarbeitung und setzt auf die **„Direkte“ Endlagerung** der abgebrannten Brennelemente.

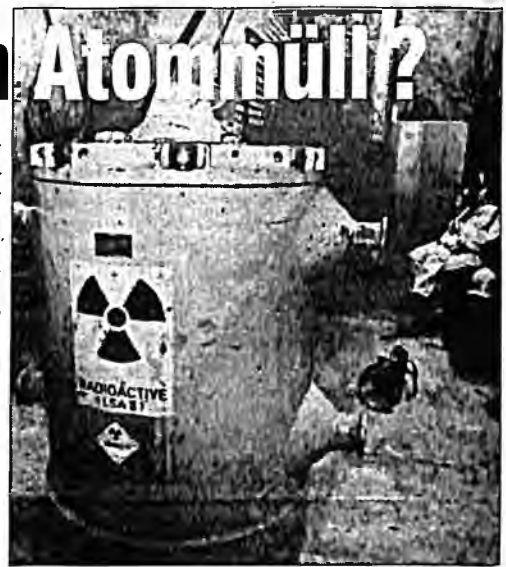
Die Strategie „Wiederaufarbeitung“ ist für die Leichtwasserreaktor-Brennelemente im Rahmen des sogenannten „Brennstoffkreislaufs“ vorgesehen. Brennelemente mit Kennwerten, die nicht den vertraglichen Vereinbarungen mit den Wiederaufbereitungsfirmen entsprechen oder aus einem anderen Reaktortyp stammen, können nicht in diesen Pfad eingespeist werden. Sie müssen – neben dem vielen übrigen Atom-Müll – zwischengelagert, konditioniert und später endgelagert werden. Dieser Ablauf entspricht aber im wesentlichen dem Konzept einer Direkten Endlagerung...

Ursprünglich wurde von einer mehrfachen Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff, einem sogenannten Kernbrennstoffkreislauf, ausgegangen. Wegen der Zusammensetzung des MOW-Brennstoffes, der für Verarbeitung und Reaktoreinsatz störende Uran- und Plutoniumisotope in größerer Menge als reiner Uranbrennstoff enthält, hat sich die Mehrfachzyklisierung jedoch aus technischen und ökonomischen Gründen in großem Umfang als nicht sinnvoll erwiesen. Die mit der Wiederaufarbeitung verbundenen Entsorgungsschritte sind nur für Uran-Brennelemente und einzelne MOX-Brennelemente relevant. Nach einmaliger Wiederaufarbeitung muß der Weg der Direkten Endlagerung beschritten werden. Dies bedeutet, daß auch bei Einsatz der Wiederaufarbeitung nach heutigem Stand der Technik in jedem Fall bestrahlte Brennelemente in großem Umfang endgelagert werden müssen. Die Endlagerung verschiebt sich somit nur um eine Brennelementengeneration.

Kosten sparen durch neues Endlager

Wie beschrieben, haben die EVU Veränderungen an den Wiederaufbereitungs-Neuverträgen mit COGEMA durchgesetzt. Das bedeutet, daß das Brennelemente-Zwischenlager der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague faktisch auch als externes Zwischenlager für die bundesdeutschen Brennelemente angesehen werden kann.

Der heute vorgesehene Entsorgungspfad beinhaltet eine zentrale Zwischenlagerung nach der Entnahme der Brennelemente aus dem Reaktorbecken



und eine anschließende Konditionierung in einer zentralen Anlage. Als Alternative werden hierzu aus „Sicherheitsgründen“ seit längerer Zeit auch **dezentrale Lösungen** diskutiert.

Eine der dezentralen Alternativen besteht darin, Zwischenlagerung und endlagerfähige Konditionierung dezentral an den Kraftwerksstandorten selber vorzunehmen. Die Umgangsschritte dieses neuen Pfades sind:

Entladung der Brennelemente aus dem Reaktorkern und Überführung in das Naß-Zwischenlager des Reaktors für mindestens 3 Jahre, Überführung in ein separates Trocken-Zwischenlager am Kraftwerksstandort für bis zu 30 Jahren, endlagerfähige Konditionierung am Kraftwerksstandort und Transport zum Endlager für „alle Zeiten“. An jedem Kraftwerksstandort wäre dann ein neues (externes) Zwischenlager als „Standortzwischenlager“ notwendig und das relativ kurzfristig.

Für ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 1300 MW (Megawatt) ergibt sich bei Direkter Endlagerung – trotz anfallender Konventionalstrafen von 300 bis 500 DM pro kg SM – eine jährliche Einsparung von 31,5 Mio. DM. Also ist ein **schneller Ausstieg** aus der Wiederaufarbeitung für die Atomindustrie **kostengünstig**.

Dies gewinnt durch zwei Aspekte zusätzlich an Bedeutung:

1. Die EVU schieben einen relativ großen Berg von Plutonium vor sich her, der durch die begrenzte Verarbeitungskapazität ... nicht verringert werden kann.

2. Die Bewertung der Wiederaufarbeitung im Ausland als schadlose Verwertung im Sinne des AtGs ist umstritten.

Ernsthafte Einwände gegen ein Aufgeben des bisherigen Wiederaufarbeitungskonzeptes scheinen nur noch von der Bundesregierung beziehungsweise dem Bundesumweltministerium zu kommen. Diese bestehen vermutlich vor allem hinsichtlich Entsorgungsvorsorgenachweises...

Insgesamt deutet aber alles darauf hin, daß die parallele Errichtung und der gleichzeitige Betrieb der Endlager Gorleben und Konrad sowie der zusätzliche Weiterbetrieb von Morsleben erhebliche höhere Projekt- und Betriebskosten verursacht, als der optimierte Betrieb eines Endlagers für alle Arten von radioaktiven Abfällen. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der dadurch notwendigen erhöhten Zwischenlagerkapazität. Nach Einschätzung der Gesellschaft für Nuklear-Service beträgt der Kostenvorteil eines solchen Konzeptes ohne Wiederaufarbeitung und mit der Direkten Endlagerung rund 40-50 Mio. DM pro 1000 MW.